hlz.

C 3428

Zeitschrift der GEW Hamburg
September-Oktober 2023

crappy birthday AZM

Musste gerade einen Pflicht-Onlinekurs „Zeitmanagement" absolvieren, selbstverständlich außerhalb der Arbeitszeit...

K O E B

hlz-Notiz

Sven Quiring, Yvonne Heimbüchel, Bodo Haß

Liebe Kolleg*innen!

Das *Lehrerarbeitszeitmodell* (AZM) – oder auch: die *Lehrerarbeitszeitverordnung* (LAZVO) – hat Hamburg nun seit zwanzig Jahren im Griff. Die vorliegende hlz hat sich des unerfreulichen Themas wieder einmal angenommen. Denn die LAZVO ist intransparent und zudem ein schlechtes Vorbild für die Dienstzeitregelung des Pädagogisch-Therapeutischen Fachpersonals an Schulen (PTF). Dessen Arbeit ist nun auch bereits seit fünf Jahren nach gegliederten Tätigkeiten geregelt, nach Regelungen, die genauso unverständlich sind wie die der LAZVO. Meist werden diese nur von Menschen verstanden, die ihre Haltung schon stark in die Diskussionen während der Einführung eingebracht haben. Oder es sind die Schulpersonalräte, welche mit den Fragen und Unklarheiten ihrer Kollegien konfrontiert werden und sich für die Interessen der Beschäftigten in die Irrungen und Wirrungen einarbeiten müssen. Die LAZVO wurde nie richtig angefasst, das heißt grundsätzlich überprüft, evaluiert oder auch nur einmal wirklich transparent dargestellt. Doch nun wird sich das Dickicht lichten – endlich! Die *Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften der Universität Göttingen* startet eine Arbeitszeit- und Belastungsstudie für Hamburger Lehrkräfte, von der GEW kraftvoll unterstützt. Im November geht's los, seid dabei!

Markante Ergebnisse zum Thema Belastung hat bereits die Online-Befragung zur Arbeitsbelastung der Leitungskräfte an Schulen ergeben. Die GEW Hamburg stellte sie am 25. September zusammen mit der GEW Rheinland-Pfalz und der Bundes-GEW in einer Pressekonferenz vor. Viele Kolleg*innen aus den Leitungsteams haben sich an der Umfrage beteiligt und machen deutlich, dass auch dort die Belastung hoch ist. Dass die Medien das Thema so gut aufgenommen haben zeigt, wie relevant es ist.

Ab Herbst laufen die Tarifverhandlungen für den TVL, also für unsere Tarifbeschäftigten an Schule, Hochschule und anderen Bereichen im Landesdienst. Nachdem wir im Sommer die Umsetzung von A13 an den Grund- und Stadtteilschulen und die Aufwertung der Vorschulkolleg*innen und Schulischen Therapeut*innen feiern konnten, gilt es, einen hohen Abschluss für alle Kolleg*innen durchzusetzen. Nach dem schwachen Abschluss vor zwei Jahren und der hohen Inflation ist dies dringend geboten. Auch bleibt die Forderung nach einer Tarifierung der studentischen Beschäftigten aktuell. Die GEW Hamburg ist mit einer sehr engagierten Arbeitskampfleitung für die kommenden Auseinandersetzungen gut aufgestellt und wird auch die speziellen Hamburger Themen weiter auf die Straße bringen. Dort wollen wir dann gemeinsam mit Euch unsere Forderungen durchsetzen!

Wieder einmal ist in Hamburg eine Volksinitiative G9 gestartet und fordert das Abitur nach neun Schuljahren am Gymnasium. Die Auseinandersetzung über G8 und G9 wird in den schulischen Fachgruppen der GEW diskutiert. Wir machen in diesem Zusammenhang auch erneut auf die Potsdamer Erklärung aufmerksam. Sie stellt ein Modell der flexiblen Oberstufe dar, welches ein Schritt in ein flexibles Lernen ganz nach den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen sein kann. Die ständigen Diskussionen über die alten Schulstrukturformen machen deutlich, dass endlich Alternativen diskutiert und gefunden werden müssen.

Auch in Hamburg haben sich am letzten Septemberwochenende viele Menschen zur bundesweiten Demo *Bildungswende Jetzt!* versammelt. In der gesamten Republik waren es 25.000 Teilnehmende. Die Aktion verband alle im Bereich Bildung Beschäftigten und Engagierten. In Hamburg waren es besonders die Kolleg*innen aus der Erwachsenenbildung, die mit dem Motto auf die Menschen zugingen.

Liebe Kolleg*innen, das Schuljahr ist noch nicht alt, aber es passiert viel und es gibt viele Notwendigkeiten und Möglichkeiten, sich zu engagieren – wir freuen uns, wenn wir dies mit möglichst vielen von Euch tun können!

TITELTHEMA: Crappy Birthday, AZM!

21 Zum Jubiläum: 20 Jahre AZM
Der Gesamtpersonalrat hält ein Ständchen

23 Eine Reform muss dringend angestoßen werden!
Ein Geburtstagsgruß der GEW-Fachgruppe Berufliche Schulen

25 »Um den Kampf kommt man nicht herum…«
Ein Gespräch mit Hans-Peter de Lorent a. k. a. delo über die von ihm in den 90iger Jahren unterstützte Idee eines alternativen Arbeitszeitmodells (Antje Géra und Sebastian Schreull)

32 Der Fucktor
Eine Liebeserklärung von Liese Kühnel

34 »…wenn man sich entsprechend des AZM verhalten würde, würde Schule zusammenbrechen«
Ein Gespräch mit Hans Voß über die vertrackte Natur und Geschichte des AZM (Antje Géra)

42 Ladenhüter Beziehungsarbeit
Liese Kühnel über das AZM als Ungleichheitsverstärker

44 Hamburger Arbeitszeitmodell? Nein danke!
Susanne Gondermann rechnet vor, wie das AZM eine diskriminierende konservative Pädagogik stützt

45 Es wird Zeit für echte Arbeitszeit!
Yvonne Heimbüchel enthüllt das Geburtstagsgeschenk der GEW: eine Lehrkräfte-Arbeitszeit- und Belastungsstudie!

GEW HAMBURG

9 Die Offene Liste
Sabine Lafrentz über das Kita-Qualitätsgesetz und die Milliarden vom Bund für die Kitas

10 »Nicht nachlassen!«
Die GEW Hamburg ist vorbereitet! Fredrik Dehnerdt und Birgit Rettmer über die anstehende Tarifrunde TV-L 2023

12 Mit langem Atem zum Erfolg
Bodo Haß über die Aufwertung der Vorschullehrkräfte und schulischen Therapeut*innen

14 Erfolg der Kampagne ›VHS-Fair‹
Detlef Zunker über die gewonnenen und bevorstehenden Kämpfe der VHS-Kolleg*innen

16 Wer und was spaltet hier wen?
Heike Niedrig und Anke Petersen fragen, (ob und) wie die GEW die Anliegen der angestellten Lehrer*innen repräsentiert

18 Die Aktivitäten der Betriebsgruppe Ruheständler*innen
Marianne Hansen berichtet

19 Otto fehlt uns!
Ein Nachruf auf Otto Pagel

BILDUNGSPOLITIK

47 Neu, aber alles andere als besser
Ein Gespräch mit Kirsten Hitter über die problematische Abschaffung des Lehrertrainings durch den ›VD 2025‹ (Antje Géra)

PÄDAGOGISCHE PRAXIS

52 Şahmaran: ›Frau, Leben, Freiheit!‹
Karsten Bohn und Dilan Stêrk über das transkulturelle Tanz- und Musiktheaterprojekt der ILSe

LESEN!

58 »Ein Buch für alle, die schon mal gestolpert sind«
Ein Gespräch mit Josefine Sonneson über ihren Debütroman ›Stolpertage‹ (Antje Géra)

ANTIFA

60 Wie weit kann die Rechte gehen?
Anthony Schuster berichtet über die Veranstaltung zur Kampagne ›Björn Höcke ist ein Nazi‹

66 Die Wahrheit in den Fakten suchen
Wolfgang Svensson zur innergewerkschaftlichen Diskussion um Rechtsoffenheit

72 Vermeintlich neutrale Experten
Charles Paresse zeigt, wie die Kronzeugen der Friedensbewegung Erich Vad und Peter Brandt seit Jahren die Nähe zur ›Neuen Rechten‹ suchen

75 Die reaktionäre Offensive
Frank Bernhardt über Geschlechterverhältnisse als Kampfzone der Rechten

STREIK!

79 Mantelpaviane und Elefanten – Streik im Zoo
Gaston Kirsche über den Kampf der Beschäftigten des Tierpark Hagenbeck für einen Rahmentarifvertrag

RUBRIKEN

3 hlz-Notiz
6 Editorial: Für einen hilfsbereiten Antifaschismus
8 Leser*innenbriefe
82 Impressum

TERMINE

54 gba: Bei Stimme und in Stimmung bleiben…
55 Gesund in den Ruhestand (24.10., 28.11.)
56 Bildungsclub: Mit ›ArbeiterKind.de‹ soziale Schranken in der Bildung überwinden (01.11.)
56 GEW: Smash the AZM! Unterstützt die Hamburger Arbeitszeit- und Belastungsstudie! (Schulung am 03.11.)
57 AK PuR: Alternativen zum Hamburger Religionsunterricht in der Grundschule – Niedersachsen macht's vor! (09.11.)
57 AfGG: ›Die Optimistinnen‹: Lesung mit Gün Tank (16.11.)
82 Termine Geschäftsstelle

EDITORIAL

Für einen hilfsbereiten Antifaschismus

Leben, einzeln und frei / wie ein Baum und dabei / geschwisterlich wie ein Wald / diese Sehnsucht ist alt / sie gibt uns Halt / in unserem Kampf / gegen die Dummheit, den Hass, die Gewalt / Ihr Gefährten* im Zorn / Ihr Gefährten* im Streit / mit uns kämpft die Vernunft und die Zeit!

Frei nach Nazim Hikmet (*1902-1963)

Verse wie aus einem Traum. Sie wirken nicht mehr passend, irgendwie mögen sie etwas anrühren, aber es ist vermutlich eher die Nostalgie, die wachgerufen wird: im Bewusstwerden eines Abstands zwischen der Zeit dieser Zeilen und der unseren, in der etwas so verrutscht zu sein scheint, dass das Poetische ihrer Worte nicht mehr ungehindert zu uns durchdringt. Wir müssen Staubschichten aufwirbeln, damit sie wieder für uns klingen. Und doch: ein Traum ohne Fichtensterben, mit dem Blick auf saftig grüne Wipfel, die sich in ihrem Wachsen an keine Staatsgrenzen halten, die einzeln sind, aber auch zusammen. Ein Traum, der einmal wirklich war, als ihn Gewerkschafter*innen träumten, die sich damals nicht als bloße Mitglieder einer Serviceinstitution begriffen, die für ihr Tagwerk kämpften – und für die dieser Kampf eine Verbesserung ihres Elends bedeutete, ihrer verarmten und unterdrückten Gegenwart. Wie gut geht es uns heute? Besser als noch vor 150 Jahren sicherlich, aber uns ist diese Zuversicht, dass die Vernunft und die Zeit auf unserer Seite stünden, aus Gründen abhandengekommen.

Die Differenz zu heute ist einfach: Heute gibt es zwar rechtlich abgesicherte Gewerkschaften und keine *Sozialdemokratische Partei* muss sich mehr vor dem Untergrund fürchten, doch es gibt auch keine wirkliche *Internationale* mehr. Die Arbeiter*innenbewegung wurde schon tausend Mal zu Grabe getragen, ihr Erbe findet sich in sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften, außerparlamentarischen sozialen Bewegungen und all den NGOs und institutionalisierten Bürger*inneninitiativen. Sie alle bilden nicht die eine gemeinsame Bewegung (gab es das je?), sondern ein dynamisches Knäuel, welches sich gerade nicht gut entwirren lassen will. Das mit diesem »Voran!« klappt in diesem Milieu nicht mehr wirklich. Es ist klar, dass wir aus diesem Knäuel nicht einfach herauskommen werden und sich das Ganze nicht so auflösen lassen wird, indem wir an dem *einen* roten Faden ziehen. Dabei geht es doch gerade um sehr viel: die Verhinderung einer Faschisierung Europas. Sicherlich hat sich das »Nie wieder!« abgenutzt – wie oft wurde schon vor dem kommenden Faschismus gewarnt?

Die 90er Jahre kommen wieder

Vor 150 Jahren gab es diese Hoffnung auf einen »Verein freier Menschen« (Karl Marx und Friedrich Engels), auf einen besseren Zustand, den es unbedingt zu erkämpfen gelte. Auch damals stand man vor der Alternative ›Barbarei oder etwas Besseres‹. Dem Europa des Weltkrieges und der imperialen Großmächte setzten sich die Kräfte der Arbeiter*innenbewegung in den Fabriken, Häfen und Städten entgegen, beendeten in Petersburg oder Kiel die Metzeleien. Und auch die damit verbundene Losung, dass sich die »Proletarier aller Länder« zu vereinigen hätten, mag heute ein Traum sein. Wer träumt diesen Traum zusammen und gemeinsam mit den Geflüchteten, die über das Mittelmeer diese ›Insel der Glückseligen‹ erreichen wollen, die unser grauer und trister Alltag ist?

Und wer macht, dass dieser Traum als Alptraum erscheint? Wenn heute die Rechte global zur Offensive bläst, dann ist es erschreckend, wie die ›Fortschrittskoalition‹ dem nachgibt und in Wahlkämpfen mit dem kollektiven Unbewussten Deutschlands spielt, das sich um »kriminelle Clans«, »Schlepperkriminalität«, »Zahnarzt-« und »Sozialtourismus« dreht. Die berauschte Angst vor einer »links-grünen Diktatur« auch in den Verschwörungsphantasmen einer »Wiederauflage der DDR« benutzt eine Rechte, um die Linke kleinzuhalten. Und diese Regierung spielt mit. Die Festung Europa soll abgeriegelt, die Mauern ›unüberwindbar‹ und das individuelle Recht auf Asyl de facto abgeschafft werden – durch Fiktionen wie die »Nicht-Einreise bei Betreten europäischen Bodens« und mit polizeilicher, militärischer, allzu oft tödlicher Gewalt. Und das dahinterstehende politökonomische Klima zeichnete sich schon seit längerem ab: »Der Punkt einer gesellschaftlichen Umkehr ist seit mindestens über zehn Jahren überschritten. Die Weiche für die politische Gegenwart wurde wahrscheinlich mit Gerhard Schröders Regierung eingeleitet. Entsolidarisierung gegenüber den unteren Einkommensklassen, Ausverkauf von kommunalem Wohnraum an Konzerne, Privatisierung von öffentlichem Eigentum und das Delegieren der Altersversorge an Versicherungen – alle diese Maßnahmen tragen die Unterschrift der Arbeiterpartei SPD« (Mely Kiyak).

Das Vaterland ist ein Märchen

Wie wäre es mit mehr Internationalismus dagegen? Warum feiern wir nicht den Sieg, ja, so nennt man dies, wenn streikende Arbeiter*innen, wenn LKW-Fahrer aus allen möglichen Ländern Zentralasiens, Ost- und Südeuropas auf einer hessischen Raststätte ihren Lohn erkämpft haben, sich gegen Schlägertrupps und Anzeigen erfolgreich wehrten, darin von sozialen Initiativen und der europäischen Gewerkschaftsbewegung unterstützt wurden – so als ob es diese Internationale noch heimlich gäbe, als Maulwürfe im Untergrund oder Eulen im Schatten der Nacht. Das ist dieser hilfsbereite Antifaschismus – denn hier geht es nicht nur um Lohnraub, sondern auch um Rassismus – der jene unterstützt, denen Rechte und Anerkennung verwehrt werden, der jenen beisteht, mit denen umgesprungen wird, als wären sie ›sprechende Werkzeuge‹. Unser hilfsbereiter Antifaschismus muss aber auch dort, wo es weniger medienwirksam ist, weiterhin Geflüchtete unterstützen (schaut mal bei medibuero-hamburg.org, die suchen zur Zeit dringend Leute, die erkrankten Menschen helfen!) und sich mit ihnen gegen Neonazis und Rechtskonservative wehren. Keine Festung Europa wird uns retten, von ihr werden nur die Ruinen künden, wie der österreichische Sozialdemokrat Andreas Babler diagnostizierte.

Wir fallen den Rechten in die Parade, indem wir für unsere Rechte kämpfen – für unser aller Rechte. Dazu gehört auch eine Sozialpolitik, die diesen Namen verdient, die also wieder selbstbewusst sagt, dass sie eine Klassenpolitik ist. Schließlich hat die Gegenseite gar kein Problem damit, ihre Interessen auf Kosten der Mehrheit durchzusetzen.

Auch wenn sich dies im gewerkschaftspolitischen Bereich nicht selten zunächst in Kampffelder und Anliegen übersetzt, die noch auf eine andere Weise weit entfernt von Hikmets poetischen Versen zu sein scheinen: »Tarifrunde TV-L 2023!« – dabei hat jedes erkämpfte Prozent, was über die (vermutlich lächerlichen) Einstiegszugeständnisse der ›Arbeitgeber‹-Seite hinaus errungen wird, große Auswirkungen im Alltag vieler. Also bitte, hier ist Solidarität gefragt mit den betroffenen Kolleg*innen: Unterstützt sie im Streik durch Präsenz auf der Straße und durch Nichtpräsenz dort, wo ihr ihre Reihen am Arbeitsplatz schließen sollt (keine Unterrichtsvertretungen!). Und nicht nur diese Runde steht an, wir wünschen in aller Nachträglichkeit: »Crappy Birthday, AZM!« Lohnerhöhungen sind fein, weniger Arbeit noch besser. Die GEW Hamburg hat eine »Lehrkräfte-Arbeitszeit- und Belastungsstudie« beschlossen. Auch darüber hätte der Kommunist Hikmet vermutlich keine Verse gedichtet, aber nur wegen des Sprachklangs, nicht der Sache wegen: Denn der Kampf um Arbeitszeit ist eine Faser in diesem roten Faden, der uns mit den universellen Anliegen der Arbeiter*innenbewegung verbindet. Ob ihr von einer neuen oder wenigstens einer untoten *Internationalen* träumt oder nicht, beteiligt euch an dieser Studie: Schließlich bemisst sich ein gelingendes Leben am Maß der zur Verfügung stehenden wahrhaft freien Zeit: der Muße, die als erfüllte Zeit auch mit dem Engagement für andere und anderes gefüllt werden kann. Und wenn das Ergebnis der Erhebung bestätigt, was Realität ist, nämlich: »Skandal! Mehrarbeit!«, dann gehen wir noch einmal auf die Straße und reißen ein paar Sprüche, so dass es in der Mönckebergstraße von den Hauswänden schallt. Wie sang ein westdeutscher Antifaschist damals, als er die Verse unseres türkischen Genossen interpretierte?:

Sag, bist du bereit / Dich mit aller Kraft zu wehren / viele Kämpfe zu besteh'n? / Du hast Mut genug / Willst du unsern langen schweren Weg / Gemeinsam mit uns geh'n / Oder willst du deine Kraft verschwenden / Im Alleingang gegen eine ganze Welt / Um zum Schluss in traurigen Legenden / Dazusteh'n als gescheiterter Held? / Leben, einzeln und frei / wie ein Baum und dabei…

EURE REDAKTION

Programmkritik

(hlz 5-6/2023, 56-59: Israel, eine Erkundungsreise)

GEW-Reisen nach Israel/Palästina wünsche ich mir mit einem ausgewogeneren Programm als das der Märzgruppe! Ich finde es richtig, dass die Reisen sich jetzt vor allem an die Junge GEW und die GEW/Studis wenden. Als ich letztes Jahr im Herbst selbst nach Israel/Palästina fahren wollte, gefiel mir aber vor allem das Programm der GEW-Reise nicht. Ich wünsche mir, dass das Programm für die nächsten Reisen ein umfassenderes Bild von Israel/Palästina vermittelt.
Vorweggenommen: Ich möchte kritische Stimmen gegenüber dem Staat, der Regierung und der aktuellen Politik hören und mehr Gespräche und Erlebnisse der komplexen Gegenwart für GEWler*innen.
Ich habe selbst in den 70Jahren politische und gewerkschaftliche Reisen nach Cuba geleitet. Damals wie heute wird in unseren Medien überwiegend ein einseitiges Bild dieser Länder vermittelt. Politisch-gewerkschaftliche Reisen bieten die Chance, mehr zu erfahren.
Auch vorweggenommen: Hier in Hamburg bin ich in der Erinnerungs- und Gedenkkultur aktiv und selbstverständlich war der Besuch in Yad Vashem ein Hauptgrund für meine Reise.
Ich hatte das große Glück, mit dem Berliner Reisebüro Al Sharq eine Reise zu finden, die von zwei Journalistinnen (Judith Poppe, TAZ; Marina Klimschuk frei), beide Expertinnen mit jahrelangen Aufenthalten in Israel, begleitet wurde. Die Reise war darüber hinaus als Bildungsreise für Berlin/Brandenburg anerkannt!!! Außer Yad Vashem gab es mit dem Programm der GEW-Gruppe kaum Überschneidungen, nur dass wir z. T. an denselben Orten waren, aber auch da hatten die Führungen unterschiedliche Schwerpunkte. Wir trafen u. a. direkt am Gazastreifen die Friedensaktivistin Roni Keidar in Netiv Haasara, über die und ihre palästinensische Mitstreiterin Marwan Mahmoud es einen Dokumentarfim (Other Voices, Regie: Ose Oyamendan) gibt. Wir waren bei einem rechten Siedler, trafen auch einen Exsoldaten, palästinensische Aktivisten, viele Israelis, arabische Israelis, Palästinenser, in Israel lebende Deutsche, darunter bildende Künstler, Filmemacher, Daoud Nasser (Begegnungsstätte Zelt der Völker im Westjordanland), waren im Ghetto Fighters Museum und im Palestinian Museum, bei der Olivenernte und in Unterkünften im Westjordanland. Wir lernten dort die Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Land, in Städten und im Flüchtlingslager kennen. Wir besuchten NGOs und Stiftungen und viele(s) mehr.
Für weitere Auskünfte und eine Überarbeitung bzw. Ergänzung des GEW-Programmes stehe ich gern zur Verfügung.

SABINE GROSSKOPF

agitare bene

(hlz 7-8/2023, Schwerpunkt: akademisch prekär)

Liebe hlz-Redaktion,
erneut eine thematische Ausgabe, die deutlich macht, dass Bildung so viel mehr ist als nur Bildungsarbeit in der Schule (die *auch* strukturell unterfinanziert ist, aber das ist ein anderes Thema).
Das Verdienst der *hlz*-Redaktion und GEW Hamburg ist es, Themen ans Licht geholt zu haben, die deutlich machen: Bildungsarbeit außerhalb der Schule wie die Arbeit in der Erwachsenenbildung, in der vorschulischen kindlichen Bildung sowie im Hochschulbereich ist chronisch unterfinanziert. Und überall ist das überwiegend betroffene Geschlecht weiblich und der Organisationsgrad zu gering. Die selektiven Strukturen sind darauf angelegt, die überkommenen Privilegien zu zementieren. Gerade auch das ›Scheitern‹ in universitären Selektionsprozessen verdankt sich ihrer männlichen Prägung. Das hat die hlz-Redaktion grandios aufgezeigt, nicht zuletzt mit ihrem mutigen Vorwort.
Herzlichen Glückwunsch dafür.
Die Sommer-Ausgabe der hlz macht Lust auf mehr zu diesen Themen. Und es verstärkt die Lust, sich in der GEW zu organisieren und zu engagieren, um endlich Bewegung in die starren Verhältnisse zu bringen. Diese gilt es zu verändern, gemeinsam. Glück auf!

DETLEF ZUNKER,
Sprecher der Fachgruppe
Erwachsenenbildung

Die Offene Liste
ZUSAMMEN Gestalten Einmischen Wegweisen
GEW
Im Betriebsrat der elbkinder-Vereinigung + EKSG

Alle ziehen an einem Strang

Das Kita-Qualitätsgesetz und die Milliarden vom Bund für die Kitas

Die öffentlichen Medien haben darüber informiert, dass der Bund, in Person von Familienministerin Lisa Paus erklärt hat, dass jetzt alle Bundesländer Verträge zum Kita-Qualitätsgesetz unterschrieben haben und somit vom Bund in den nächsten Jahren 4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Der *Landeselternausschuss* (LEA) hat ebenfalls darüber berichtet. Damit ist es sicher, dass vom Bund Gelder fließen für Qualitätsverbesserungen in den Kitas. Positiv ist, dass mit den Geldern vom Bund auch die Sprach-Kitas weiter finanziert werden sollen.

Die Hamburger Vereinbarungen mit dem Bund
Der Hamburger Vertrag sieht vor, die Gelder hauptsächlich für Verbesserungen des Fachkraft-Kind-Schlüssels zu verwenden. Allerdings scheint der Hamburger Senat sich davon im Nachhinein die von den Beschäftigten, ihren Gewerkschaften und dem Kita-Netzwerk mühsam erkämpften Verbesserungen der letzten Jahre in den Krippen finanzieren lassen zu wollen.
Im Handlungs- und Finanzierungskonzept der Freien und Hanse-Stadt Hamburg heißt es u. a. auf Seite 5: »Da die zugesagten und gesetzlich geregelten Qualitätsverbesserungen im Krippenbereich seit dem 1. Januar 2021 final umgesetzt werden, sind keine weiteren Meilensteine vorgesehen.« Die minimalen Verbesserungen im Elementarbereich sollen weiter durch Landesmittel finanziert werden.
Die **O**ffene **L**iste hält es für fatal, dass die Haushaltsmittel für die Personalausstattung in Kitas für 2023 und 2024 um die Beträge vom Bund gekürzt werden sollen, um andere Projekte zu finanzieren. Aus unserer Sicht muss der Senat die Mittel für Kitas auf dem vereinbarten Niveau belassen und die Gelder vom Bund für weitere personelle Verbesserungen einsetzen.

Was wird in den Kitas gebraucht?
Die Kitas brauchen weitere Meilensteine und neue konkrete Schritte zur Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels, um die pädagogische Arbeit zu verbessern und die Beschäftigten zu entlasten, länger im Beruf zu halten und neue Mitarbeitende zu gewinnen. In der Krippe bedeutet das einen echten 1:4 Schlüssel und im Elementarbereich einen echten 1:10 Schlüssel. Zudem:

- Berücksichtigung von Urlauben, Fortbildungen und Krankenzeiten
- Einbeziehung von Vor-und Nachbereitungszeiten, Kooperationszeiten, Berichtszeiten, etc.
- Der Fachkraft-Kind-Schlüssel muss für die gesamte Öffnungszeit bzw. Betreuungszeit gelten.

Entweder durch die Anhebung des Personalschlüssels in der Krippe auf **1:3** und im Elementarbereich auf **1:7**, oder durch die Vereinbarung von Personalquoten für die Ausfälle und die Sonderaufgaben.

Einbeziehung der Beschäftigten und ihrer Vertretungen in die Gestaltung!
Die Planungsmöglichkeiten, die sich aus der Finanzierung durch den Bund ergeben, müssen die Verantwortlichen in Hamburg zusätzlich zur Vertragskommission auch mit den Beschäftigten – zum Beispiel vertreten durch das Kita-Netzwerk und die Gewerkschaften – verhandeln und in einem Abkommen festhalten.

Lasst uns gemeinsam für weitere Verbesserungen einsetzen!

DOL Ansprechpartner*innen

Konstanze Fischer – Betriebsrätin	040 / 42109 – 184	k.fischer-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Ilona Scheither – Betriebsrätin	040 / 42109 – 180	i.scheither-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Holger Timmermann – Betriebsrat	040 / 42109 – 187	h.timmermann-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Sabine Lafrentz – GEW	0151 / 22523919	lafrentz@gew-hamburg.de

TARIFRUNDE TV-L 2023

»Nicht nachlassen!«

Die Umfrage und erste Tarifkonferenz der GEW Hamburg zur Tarif- und Besoldungsrunde der Landesbeschäftigten (TV-L Runde 2023)

Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im Landesdienst werfen ihren Schatten voraus. Ab Ende Oktober 2023 werden die Gewerkschaften mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder als Arbeitgeberverband über Verbesserungen der Bezahlung von beispielsweise Lehrkräften, PTF-Personal und Beschäftigten an den Hochschulen verhandeln. Das Ergebnis der Tarifrunde wird in Hamburg zeit- und wirkungsgleich auf die Landesbeamt*innen übertragen.
In den letzten Jahren waren die Tarifrunden immer begleitet von Protestaktionen und Warnstreiks. Damit ist auch dieses Mal zu rechnen. Da uns die Meinung unserer Mitglieder wichtig ist, haben wir gleich nach den Sommerferien in einer kleinen Umfrage gezielt danach gefragt, was unsere Hamburger Kolleg*innen von dieser Runde erwarten. Die Ergebnisse der Befragung haben wir auf der Tarifkonferenz der GEW Hamburg am 11. September vorgestellt und bewertet. Sie werden zusammen mit den von unseren Mitgliedern auf dem Treffen diskutierten Schwerpunkten des Hamburger Landesverbands auch in die Forderungsdiskussion auf Bundesebene einfließen.

Rücklauf ist gut, kann aber besser werden

Von den ca. 1600 tarifbeschäftigten Hamburgischen GEW-Mitgliedern im TV-L, haben sich 312, also ca. jede*r fünfte, an der Umfrage beteiligt. Gut 2/3 der Teilnehmenden sind weiblich. In absoluten Zahlen am stärksten war die Beteiligung der schulischen Lehrkräfte, aber auch die anderen Beschäftigten an den Schulen (VSK-Leitungen, Sozialpädagog*innen, Erzieher*innen und Ergo- bzw. Physiotherapeut*innen) sind gut vertreten. Auch wissenschaftlich Beschäftigte und Studierende haben mitgemacht.

Prozentuale Lohnforderung muss zweistellig sein

Ein deutliches Bild ergibt die Frage nach der prozentualen Lohnforderung. Ein knappes Zehntel votiert für eine Forderung unter 9 Prozent, je ca. ein Drittel entfallen auf die Forderungen 9-11, 12-14 bzw. 15 oder mehr Prozent. Somit ist eindeutig, dass sich die Forderung zwischen 10-15 Prozent bewegen muss, um den Wünschen unserer Mitglieder gerecht zu werden.

Weitere wichtige Themen

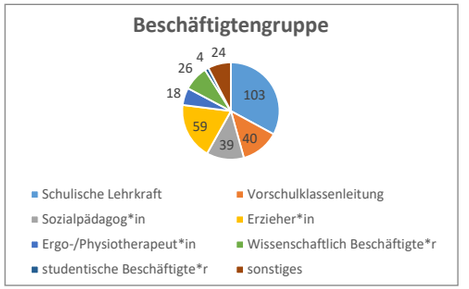
Wir haben in der Befragung acht Themen vorgegeben, bis zu drei Antworten waren pro Teilnahme möglich. Gleich auf Platz 1 mit jeweils 163 Stimmen ist die Forderung nach stufengleicher Höhergruppierung und die Forderung nach besserer Anerkennung von Berufserfahrung bei Einstellung und Arbeitgeberwechsel. Auf den Plätzen drei und vier folgen die Forderungen nach einer sozialen Komponente (Sockelbetrag, 119 Stimmen) und nach einer verbesserten Entgeltordnung für Lehrkräfte (110 Stimmen). Auch zusätzliche freie Tage (96 Stimmen) und gleiche Bezahlung für schulische Ergo- und Physiotherapeut*innen und Erzieher*innen in schwieriger Tätigkeit (93 Stimmen) ist den Abstimmenden wichtig.

Hohe Beteiligungsbereitschaft für Aktivitäten

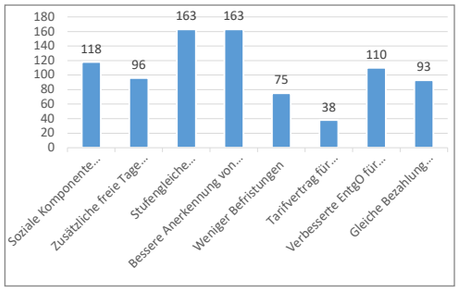
Erfreulich ist das Ergebnis in Bezug auf die Frage, ob die Kolleg*innen bereit sind, sich zur Durchsetzung unserer Forderungen an Aktivitäten während der Tarifrunde zu beteiligen. Nur sechs lehnen das für sich ab, 237 sind dabei, 72 sind noch unsicher. Dieses Ergebnis ist sicherlich nicht auf alle Tarifbeschäftigten übertragbar, da an der Umfrage in der Tendenz eher Menschen teilnahmen, die sowieso aktiv sind. Zu beachten ist die hohe Zahl an Unsicheren. Dies zeigt, dass wir deutlich machen müssen, dass Tarifaktivitäten rechtlich abgesichert sind und niemandem durch (Streik-)Aktivitäten Nachteile entstehen dürfen. Eine weitere Frage war die nach der Art der Beteiligung, wobei auch Mehrfachnennungen möglich waren. 251 Personen gaben an, an Warnstreiks teilnehmen zu wollen, 218 erklären sich bereit, Kolleg*innen zu informieren und zur Teilnahme an Aktionen zu motivieren. 31 Personen würden sogar ein Zitat, Bild, oder ein kleines Video für die Online-Kampagne der GEW Hamburg beisteuern (was den Autor dieses Artikels, der zugleich Onlineredakteur ist, freut).

»Nicht nachlassen!«

In einem offenen Feld wurde abschließend gefragt, welches Thema sonst noch wichtig bzw. was der GEW sonst noch zu sagen ist. Wegen der auch inhaltlichen Vielfalt der Antworten ist eine Rangliste nicht möglich, jedoch lassen sich drei Bereiche identifizieren: Angesprochen wurden *tarifrelevante* Themen wie »gleiche Bezahlung für alle schulischen Angestellten«, »Altersentlastung«, »Inflationsausgleich von 3000€«, »Laufzeit maximal 24 Monate«, aber auch, dass der »letzte Abschluss kein Erfolg« war. Angesprochen wurden auch *nicht tarifrelevante* Themen wie eine »Fachaufsicht fürs PTF« und »gleiche Bezahlung für angestellte und verbeamtete Kolleg*innen« (das ist natürlich ein Tarifthema, bedingt aber vorab eine politische Diskussion innerhalb der GEW, siehe hierzu den Beitrag auf S. 16 dieser *hlz*). Ein dritter Bereich der Antworten umfasst Lob für unsere gewerkschaftliche Arbeit – wir sollen »nicht nachlassen« in unserem Bemühen, bessere Arbeitsbedungenen zu erstreiten. Das werden, wir mit eurer Hilfe!



Teilnehmende: 312 (199 w, 111 m, 2 sonstige)



Frage: Welche Themen sind dir darüber hinaus wichtig in der Tarifrunde? Bitte wähle maximal 3 Punkte aus

Tarifkonferenz mit Bundesbeteiligung

Am 11. September fand eine Infoveranstaltung und Forderungsdiskussion in der GEW Hamburg statt. Gut 30 Kolleg*innen waren anwesend. Daniel Merbitz, der Leiter des Bereichs Tarif- und Beamtenpolitik der GEW Bund führte in die Rahmenbedingungen dieser Verhandlungsrunde ein, gab einen Rück- und einen Ausblick und plauderte ein wenig »aus dem Nähkästchen«. Im Anschluss stellte Fredrik Dehnerdt die Umfrage vor und Birgit Rettmer, Tarifreferentin der GEW Hamburg, führte in die Diskussion möglicher Forderungen und Schwerpunktsetzungen des Hamburger Landesverbands ein. Einig war man sich schnell, dass der Schwerpunkt der Tarifrunde auf einer deutlichen Gehaltserhöhung liegen müsse. Die Kolleg*innen haben sich daher für eine hohe zweistellige Entgeltforderung ausgesprochen. Diskutiert wurde ebenfalls das Thema Inflationsausgleichszulage. Dazu kommentierte Daniel Merbitz, dass die Arbeitgeber gern diese Form an nicht tabellenwirksamen Einmalzahlungen wählen, weil sie ihnen langfristig viel Geld sparen. Denn der Effekt einer Einmalzahlung ist verpufft, wenn das Geld ausgegeben wurde. Nur eine tabellenwirksame Entgelterhöhung wirkt sich über den ›Zinseszinseffekt‹ nachhaltig auf zukünftige Gehaltssteigerungen und die Rentenhöhe aus. Daniel Merbitz argumentierte deshalb, dass die Arbeitgeberseite die Inflationsausgleichszulage in die Verhandlungen einbringen wird.
Weitere wichtige Themen für die GEW-Forderungen auf Bundesebene haben die Teilnehmer*innen der Veranstaltung anhand der Vorlage von Birgit Rettmer angeregt diskutiert und bewertet.
Themen, die alle Gruppen der Beschäftigten betreffen, wie die stufengleiche Höhergruppierung und die bessere Anerkennung beruflicher Vorerfahrungen hatten dabei unbestritten eine hohe Priorität. Ebenso die Forderung der studentischen Beschäftigten nach Aufnahme in den Geltungsbereich des TV-L.
Diskutiert wurde ebenfalls die Frage, wie sich die Bundestarifkommission der GEW hinsichtlich einer weiteren Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes – analog zu den Verbesserungen im kommunalen Bereich – aufstellen soll (TVöD; in Hamburg TV AVH, z. B. diverse Kitas). Deutlich wurde in der Diskussion, dass in einem Stadtstaat wie Hamburg, in dem im Sozial- und Erziehungsdienst aufgrund des Fachkräftemangels ein harter Konkurrenzkampf um den besseren Tarifvertrag bei den tarifgebundenen Kitas und GBS-Trägern besteht, dringend für gleiche Bedingungen gesorgt werden muss. Sonst laufen den Schulen die pädagogischen Fachkräfte weg.
Den Belangen engagierter Beschäftigtengruppen wie den schulischen Therapeut*innen und den Vorschulkolleg*innen werden die Hamburger Mitglieder der Bundestarifkommission selbstverständlich großes Augenmerk widmen. Insbesondere für die Vorschulkolleg*innen sah man allerdings vor allem auch den Hamburger Arbeitgeber als Adressaten.
Der vorgelegte Entwurf möglicher Forderungen für die kommende Tarifrunde wurde schließlich mit den diskutierten Veränderungen beschlossen und wird nun in die weitere Forderungsdiskussion auf Bundesebene eingehen. Vor diesem Hintergrund werden somit die in der Umfrage von unseren Mitgliedern priorisierten Punkte von den Hamburger Delegierten in den Forderungsbeschluss der GEW-Bundestarifkommission am 10. Oktober ein-

»

Beamt*innen sind aufgefordert, ihre tarifbeschäftigten Kolleg*innen größtmöglich zu unterstützen, und vor allem: sie an Streiktagen nicht zu vertreten!

gebracht werden. Dieser wiederum wird Teil des gemeinsamen Forderungsbeschlusses der DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst der Länder (GEW; GdP; ver.di; IG BAU) und am 11. Oktober der Presse vorgestellt.
Alles in allem ist der GEW-Landesverband damit gut in die Vorbereitung der kommenden Tarif- und Besoldungsrunde gestartet. Diese beginnt am 26. Oktober. Weitere Verhandlungstermine sind für den 2. und 3. November sowie für den 7. und 8. Dezember angesetzt.

Es zeichnet sich schon jetzt ab, dass es sehr harte Verhandlungen werden. Die hohe Inflation muss endlich ausgeglichen werden, gleichzeitig jammern die Arbeitgeber, dass das Geld dringend für ›wichtigere‹ Dinge benötigt werde. Was aber ist wichtiger als ein gut funktionierender öffentlicher Dienst und motiviertes, gut bezahltes Personal? Politische Themen gegen die Beschäftigten auszuspielen ist angesichts des Fachkräftemangels sicher kein kluger Weg, die Tarifrunde zu gestalten.

Deutlich wird also, dass uns trotz der sicherlich aufkommenden Vorweihnachtsstimmung im kommenden Spätherbst nichts geschenkt wird. Stellt euch also auf einen ›heißen Herbst‹ ein und seid dabei, wenn die GEW Hamburg zu Aktionen und zu Streiks aufruft. Beamt*innen sind aufgefordert, ihre tarifbeschäftigten Kolleg*innen größtmöglich zu unterstützen, und vor allem: sie an Streiktagen nicht zu vertreten!

FREDRIK DEHNERDT,
Pressesprecher und Internetredakteur
der GEW Hamburg

BIRGIT RETTMER,
Referentin für Tarif- und Beamtenpolitik
der GEW Hamburg

Mit langem Atem zum Erfolg

Ein großer Erfolg für die Kolleg*innen und die GEW Hamburg: Die Vorschullehrkräfte und schulischen Therapeut*innen werden endlich besser bezahlt!

Am Anfang der Sommerferien verkündete die Schulbehörde, dass ab dem 1. August die Vorschullehrer*innen und die schulischen Therapeut*innen besser bezahlt werden: Vorschullehrer*innen werden in der E10 eingruppiert. Ergo- und Physiotherapeut*innen an Schulen bekommen eine ›Angleichungszulage‹ an das Gehalt der Erzieher*innen in Sonderschulen. Selbstverständlich wird die GEW die Forderung der Therapeut*innen in Schulteams nach gleicher Eingruppierung wie die Erzieher*innen an den Speziellen Sonderschulen in die im Herbst beginnenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder einbringen. Wir hoffen hierbei auf die Unterstützung des Hamburger Arbeitgebers.

Jahrelang hat die GEW Hamburg zusammen mit den Kolleg*innen für diese Aufwertungen gestritten. So waren beide Berufsgruppen bei allen Warnstreiks immer besonders engagiert und mit besonderen Aktionen vertreten. Beispielhaft seien hier die ›blauen Westen‹ oder die Aktion *Wir hinterlassen Spuren* genannt. Aber auch außerhalb der Tarifrunden waren die Kolleg*innen aktiv. Sie machten immer wieder mit Aktionen, Briefen an den Senator und den Bürgermeister, Treffen in der *Behörde für Schule und Berufsbildung* (BSB), Postkartenaktionen und Artikeln in der *hlz* auf ihre unfaire Bezahlung aufmerksam. Stets hatten sie die solidarische Unterstützung der Lehrkräfte, Erzieher*innen und weiterer Berufsgruppen ihrer Schulen. Trotz allem weigerte sich der Schulsenator lange Zeit, sich mit mehr als Lippenbekenntnissen für Vorschullehrkräfte und schulische Therapeut*innen einzusetzen. Er berief sich dabei darauf, dass die Bezahlung der Kolleg*innen Aufgabe der Tarifpartner sei. Ein auf Dauer nicht haltbares Argument angesichts der realen Dynamik der vergangenen Tarifrunden!

Vorschulen für schulpflichtige und nicht schulpflichtige Kinder gibt es nur im Stadtstaat Hamburg, schulische Therapeut*innen nur in ganz wenigen Bundesländern. So bedurfte es immer wieder eines zusätzlichen Aufwands, diese beiden Berufe in die bundesweiten Verhandlungen für den Tarifvertrag der Länder (TV-L) einzubringen. Zwar wurde das Hamburger Anliegen von der Bundes-GEW unterstützt, aber auch dort musste das Bewusstsein für die Problematik erst einmal geschaffen werden. Vor diesem Hintergrund empfanden wir es bereits als einen politischen Erfolg, als die Verhandlungsführer*innen der Bundes-GEW sich am Ende der Verhandlungen 2019 in großer Runde bei uns entschuldigten, dass sie die schulischen Therapeut*innen nicht in die Tabelle für den Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) bekommen hatten.
Die Folgen der Verweigerungshaltung der Arbeitgeber in den vergangenen Tarifrunden waren allerdings konkret an den Hamburger Schulen spürbar. Unruhe entstand, und Unzufriedenheit motiviert nicht – im Gegenteil: die Stimmung an den Schulen und unter den Kolleg*innen war spürbar schlecht. Einige Kolleg*innen verließen den Arbeitsplatz Schule, andere machten trotz Frustration weiterhin engagiert ihre Arbeit. Die GEW Hamburg ließ nicht locker, in Gesprächen auf allen politischen Ebenen sowie mit flankierenden Aktionen auf die Eingruppierungsungerechtigkeit aufmerksam zu machen. Die GEW warb in der BSB immer wieder für die Vorschullehrkräfte und die schulischen Therapeut*innen, deren Arbeit durch die Inklusion mit immer mehr Aufgaben verbunden ist. Dies und sicherlich der auch bei diesen Berufsgruppen beginnende Fachkräftemangel hat jetzt zu einer Haltungsänderung in der BSB geführt und es gibt endlich eine lokale Lösung für beide Berufsgruppen. Auch hier noch einmal ein ganz dickes Dankeschön an alle engagierten Kolleg*innen! Ohne Euch wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen. DANKE!

Wo so viel Licht ist, ist allerdings auch Schatten: Im TV-L gibt es im Moment keine stufengleiche Höhergruppierung. Das heißt, dass die Vorschulkolleg*innen in den meisten Entgeltstufen eine Erfahrungsstufe niedriger eingestuft werden, wenn sie in die E10 aufsteigen. Sie bekommen aber immer mehr Geld als vorher und auf lange Sicht gesehen ist so ein Aufstieg gut. Nur im Einzelfall, wenn z. B. ein Stufenaufstieg zeitnah in der E9b vollzogen worden wäre, kann dies kurz- bzw. mittelfristig zu finanziellen Nachteilen führen. Diese werden allerdings in den meisten Fällen langfristig durch die insgesamt höhere Bezahlung in der E10 kompensiert.

Foto: GEW

Mit roten Regenschirmen: Die Vorschullehrer*innen beim Warnstreik

Die Ergo- und Physiotherapeut*innen in allen Entgeltgruppen, also auch die koordinierenden Kolleg*innen, erhalten in der Erfahrungsstufe 3 eine monatliche Zulage in Höhe von 140 Euro brutto, in den Erfahrungsstufen 4 bis 6 eine monatliche Zulage in Höhe von 300 Euro brutto. Diese Zulage gleicht den Gehaltsunterschied zu den Erzieher*innen aber noch nicht komplett aus. Daher wird die Forderung nach gleicher Bezahlung wie die Erzieher*innen an den Speziellen Sonderschulen ein für Hamburg wichtiges Thema in den am 26. Oktober beginnenden Tarifverhandlungen zum TV-L sein. Die Weichen dafür sind gestellt. Trotzdem werden wir das Thema auch wieder laut auf die Straße bringen müssen, genauso wie die Forderung nach einem stufengleichen Aufstieg, der im TVöD schon lange möglich ist. Wenn es den gäbe, wäre auch die E10 für die Vorschule noch einen ganzen Schlag besser gewesen.

Deshalb mein Appell: Engagiert euch weiterhin so stark und seid dabei, wenn die GEW im Herbst zu Aktionen aufruft!

BODO HAß,
stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg

Erfolg der Kampagne ›VHS-Fair‹

Aber: Soziale Absicherung ist noch nicht erreicht – der Kampf geht weiter!

Unsere zwei lautstarken Kundgebungen für die berechtigten Forderungen der Kursleiter*innen an der Volkshochschule (VHS) Hamburg und unsere politischen Gespräche mit den bildungspolitischen Verantwortlichen der rot-grünen Regierung haben endlich Wirkung gezeigt: 4,5 % mehr Honorar seit dem 1. September 2023 und weitere 4 % zum 1. Januar 2023 – zusammen 8,66 % mehr für die Kursleitenden des freien Angebotes der VHS Hamburg!

Zusätzlich wird für arbeitnehmerähnliche Kursleitende, die mehr als die Hälfte ihres Lebensunterhaltes aus ihrer VHS-Tätigkeit bestreiten und somit einen gesetzlichen Anspruch auf ein Urlaubsentgelt haben, dies ab dem 1. September 2023 von 7,7 % der jährlichen Honorarsumme auf 9,6 % erhöht.

Das ist erfreulich, reicht aber noch nicht! Denn die Volkshochschulen z. B. in Berlin und Bremen (als Bundesländer vergleichbar mit den Bedingungen in Hamburg) haben immer noch deutlich bessere Bedingungen für arbeitnehmerähnliche Kursleitende als wir in Hamburg. Sie ›leisten‹ sich für ihre VHS einen angemessenen Schutz der arbeitnehmerähnlichen Kursleiter*innen durch Zuschüsse für Sozialversicherung, Ausfallhonorar bei Krankheit, bezahlte Konferenzen usw. – Das muss jetzt in Hamburg der nächste Schritt sein! Es bleibt daher bei unseren VHS-Fair-Forderungen für die Kursleiter*innen an der VHS Hamburg.

»

Die arbeitnehmerähnlichen Kolleg*innen … müssen fast 40 % des Honorars für die Sozialversicherungskosten aufbringen. So lassen sich die Lebenshaltungskosten in der Metropole Hamburg nicht refinanzieren!

Wir fordern für alle VHS-Kursleiter*innen:

- Honorarsatz von 41 Euro pro Unterrichtseinheit (UE) von 45 Min, auch für die Kursleiter*innen des offenen Angebots
- Ausgleich des Mehraufwandes für Hybrid- und andere besonders aufwändige Kurse
- Honorar für Teilnahme an Konferenzen etc. für arbeitnehmerähnliche Kursleiter*innen:
- Zuschüsse entsprechend den gesetzlichen Arbeitgeberanteilen für Sozialversicherungen (Kranken-, Pflege-, Rentenversicherung), Mutterschutz und Unfallversicherung
- Anspruch auf Bildungsurlaub
- Erstattung des Umsatzsteueranteils bei den Kursleiter*innen, die die Obergrenze von 22.000 Euro Jahreseinkommen überschreiten
- Ausfallhonorar bei Krankheit: 90 % für bis zu 6 Wochen
- Einbeziehung in das Hamburger Personalvertretungsgesetz

Hierfür werden wir weiter aktiv in die Öffentlichkeit gehen! Vor allem für die Zuschüsse entsprechend den gesetzlichen Arbeitgeberanteilen für Sozialversicherungen muss die VHS dringend aktiv werden. Denn die arbeitnehmerähnlichen Kolleg*innen, von denen die meisten im *Gesamtprogramm Sprache* lehren (den Sprach- und Integrationsangeboten der VHS für Menschen mit Flucht- und Einwanderungshintergrund) hat sich kaum etwas verbessert. Ihre Honorarhöhe wird bundesweit durch den unzureichenden *Mindestlohn Weiterbildung* festgelegt. Das heißt, für sie hat es zum 1. September keine Honorarerhöhung gegeben. Zudem gibt es für sie keine Honorarfortzahlung bei Krankheit. Sie müssen fast 40 % des Honorars für die Sozialversicherungskosten aufbringen. So lassen sich die Lebenshaltungskosten in der Metropole Hamburg nicht refinanzieren! Und so wird es der VHS Hamburg nicht gelingen, das sehr gut qualifizierte Personal zu halten. Viele überlegen einen Quereinstieg in den Schuldienst, einige haben es schon gemacht. – Da droht der VHS Hamburg ein ganz anderes »Ohne-uns-keine-VHS!!!«

Deshalb muss ›VHS-Fair‹ im Haushalt der Stadt dauerhaft Berücksichtigung finden. Denn ein nachhaltig gutes Qualitätsangebot der VHS kann es nur geben, wenn die Arbeits- und Honorarbedingungen konkurrenzfähig gegenüber dem schulischen öffentlichen Dienst sind und die Kolleg*innen hier eine Perspektive haben. Kurz gesagt: »Hamburg, Stadt der guten Arbeit« (Koalitionsvertrag von Rot-Grün) muss auch für die VHS Hamburg gelten! Dafür werden wir weiter mit allen Kursleitenden der VHS mit Aufmerksamkeit erregenden Aktionen in die Öffentlichkeit gehen. Wenn nötig, mit einem langen Atem bis zu den nächsten Haushaltsberatungen und der nächsten Bürgerschaftswahl 2025.

PS: Falls es bei der VHS Hamburg und der *Behörde für Schule und Berufsbildung* Bedenken hinsichtlich der hälftigen Beteiligung an der sozialen Absicherung gibt, hätten wir einen Alternativ-Vorschlag: Aus den ›arbeitnehmerähnlichen‹ Kursleitenden werden Arbeitnehmer*innen. Mit TV-L und integrierter sozialer Absicherung – wie die anderen Beschäftigten der VHS Hamburg – und mit einer Obergrenze von 25 Unterrichtseinheiten (UE) pro Vollzeitstelle. Das wäre ein längst überfälliges Abschneiden eines mehr als 100 Jahre alten Zopfes (»alle VHS-Kursleitenden sind Freiberufler*innen«) mit einer Anerkennung, dass die VHS für den Erhalt ihrer Qualität festes Lehrpersonal für erkennbare Daueraufgaben benötigt.

DETLEF ZUNKER,
Sprecher der GEW-Fachgruppe
Erwachsenenbildung

Foto: Antje Gera

Die VHS-Kolleg*innen haben gekämpft und sind einen Schritt vorangekommen. Die Schilder von der Auftaktkundgebung zum Kampagnenstart ›VHS-Fair‹ (29. Juni 2022) warten aber schon auf ihren nächsten Einsatz: Die soziale Absicherung ist noch zu erstreiten!

Wer und was spaltet hier wen?

Oder: Welche Repräsentation finden die Anliegen der angestellten Lehrer*innen in der GEW? – Eine Reaktion auf den Schwerpunkt *Mehr Streik!* der *hlz* 5-6/2023

Um es von vornherein klarzustellen: Wir schätzen unsere verbeamteten Kolleg*innen sehr. Aber wir fragen uns, warum die strukturellen Ungleichheiten zwischen angestellten und verbeamteten Beschäftigten, die »nebeneinander die gleiche Arbeit« (Hartmann in *hlz* 5-6/2023, S. 26) verrichten, fast ausschließlich dann lautstark skandalisiert werden, wenn sie (mal) zuungunsten der Beamt*innen ausfallen?

Als wir vor einigen Jahren auf einer GEW-Beratungsveranstaltung zu Tarifergebnissen mit Andreas Hamm und Birgit Rettmer ganz naiv-optimistisch nachfragten, inwiefern die GEW sich denn eigentlich dafür engagiert, die großen Unterschiede im Nettoeinkommen zwischen verbeamteten und tariflich bezahlten Lehrer*innen anzugleichen, wurde uns gründlich der Kopf gewaschen: Wenn der Arbeitgeber es für richtig halte, diese beiden unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnisse für die gleiche Tätigkeit nebeneinander einzurichten, dann sei das so zu akzeptieren – mit allen speziellen Bedingungen, die diese Differenzierung mit sich bringt. Die Angestellten hätten halt Pech: zu alt, zu krank, zu ausländisch. Da ist der Beamtenstatus mit allen Privilegien eben verbaut. »Bitte keine Neid-Debatte!«[1], so ermahnten uns streng erst Hamm, dann Rettmer unabhängig voneinander. Es hörte sich wie eine GEW-interne Sprachregelung an.
Zudem sei die Klage von zwei angestellten Lehrerinnen in der Entgeltstufe E13 über schlechtere Bezahlung doch wirklich »Jammern auf hohem Niveau« gegenüber angestellten Kolleg*innen, die aufgrund anderer Abschlüsse sogar unterhalb E13 eingestuft werden. Klar, es sei bekannt: Die Sozialabgaben sind hoch und der Nettoverdienst, den man tatsächlich auf dem Konto vorfindet, fällt entsprechend geringer aus. – Der Unterschied beträgt, nebenbei gesagt, bis zu 1000 Euro im Monat, je nach erreichter Stufe und individuellen Merkmalen der Beschäftigen.[2] – Aber wir sollten doch, so Rettmer, einfach »stolz darauf« sein, dass wir mit unseren Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung den medizinischen Fortschritt bezahlen. Auch wenn das heißt: wochen- oder sogar monatelang auf einen Termin für eine Vorsorgeuntersuchung warten, der privat Versicherten schon am nächsten Tag angeboten wird.

Neiddebatte? – Mit diesem Begriff lässt sich wohl so ziemlich jedes gewerkschaftliche Anliegen diskreditieren. – Zum Beispiel: Die Kolleg*innen in den Grundschulen finden es ungerecht, dass sie nach A12 besoldet werden? – »Bitte keine Neiddebatte!«, könnte man auch ihnen entgegenrufen: »Andere Ausbildung, andere Schulform, weniger Korrekturlast...!« Aber natürlich haben auch wir die gewerkschaftliche Kampagne JA13! unterstützt. Und das, obwohl – was wenigen klar ist – A12 gegenüber E13 ebenfalls ein deutlich höheres Nettoeinkommen bedeutet, von Pensionsansprüchen und anderen Privilegien nicht zu sprechen (siehe *Gehaltsrechner Öffentlicher Dienst*).

Und jetzt lesen wir dies in der letzten *hlz*, in der es um das Streikrecht für Beamt*innen geht: »in Verwaltungen und Schulen machen in Arbeitsverhältnissen beschäftigte und verbeamtete Kolleg*innen nebeneinander die gleiche Arbeit. Die Arbeitgeber spalten die Belegschaft in Beamt*innen (die nicht streiken dürfen) und Arbeitnehmer*innen, für die das Streikrecht garantiert ist. Das schürt Missgunst zwischen den Beschäftigten und schwächt damit deren Durchsetzungskraft« (Hartmann ebd., S. 26). – Echt jetzt? DAS schürt Missgunst und spaltet die Beschäftigten?
Wie kann man hier von Spaltung sprechen, ohne die massive Schlechterstellung von »in Arbeitsverhältnissen beschäftigten« Lehrer*innen zu thematisieren – gegenüber ihren privilegierten verbeamteten Kolleg*innen, die weder in die Renten- noch in die Kranken- oder Arbeitslosenversicherung einzahlen müssen und daher bei jeder Brutto-Verdiensterhöhung einen immer größer werdenden Vorsprung im Nettoeinkommen einstreichen, die keine Angst haben müssen, nach sechs Wochen schwerer Erkrankung aus der Lohnfortzahlung herauszufallen und mit dem deutlich niedrigeren Tagegeld auskommen zu müssen, deren Pensionen in einer Höhe liegen, von der Rentner*innen nur träumen können?

Wer wissen möchte, was »Jammern auf hohem Niveau« bedeutet, muss die Seite 50 der vorletzten *hlz* studieren, auf der die Verschlechterung der Pensionsansprüche verdeutlicht wird. Nur noch 3.592 Euro (brutto) hat also inzwischen eine Berufsschullehrerin in der Besoldungsgruppe A13 zu erwarten. Nach knapp 10-jähriger Dienstzeit finden wir als vollbeschäftigte Lehrerinnen der Entgeltgruppe E13 jetzt endlich ein Nettoeinkommen von knapp über 3.000 Euro auf unserem Konto vor.[3] An unsere kläglichen Rentenaussichten, die *deutlich unter* 2.000 Euro brutto liegen werden, wollen wir gar nicht erst denken.
Niemand zwingt Lehrer*innen übrigens dazu, verbeamtet zu sein. Man kann darauf verzichten. Aber das ist natürlich keine Option für die GEW: »Trotz der Einschränkung der Verhandlungsrechte ist der Beamtenstatus bei vielen Menschen beliebt« (Hartmann ebd., S. 25). – Das verwundert nach den oben nur knapp skizzierten strukturellen Ungleichheiten nicht.

»

Wer es ehrlich meint mit der Überwindung von Spaltung und Missgunst, der muss auch dafür eintreten, dass Kolleg*innen mit gleicher Qualifikation, gleichen Arbeitsaufgaben und gleichen Belastungen … eine annähernd gleiche Entlohnung und Absicherung erhalten – jetzt und im Ruhestand.

Aber halt – ganz vergessen werden wir Angestellte und zukünftigen Rentner*innen dann doch nicht: »Manche*r wird einwenden, dass die Kürzungen einer Anpassung an die strukturell schlechtergestellten Bezieher*innen der gesetzlichen Rente geschuldet sind. Doch damit wird es nicht besser. Im Gegenteil: Anstatt zu argumentieren, dass die skandalös niedrigen Renten den Versorgungsbezügen des öffentlichen Dienstes angepasst werden müssten, versuchen die Haushälter*innen und Finanzpolitiker*innen es als Naturgesetz erscheinen zu lassen, dass es nur eine Richtung geben kann: nach unten.« (Geffers ebd., S. 51).
Ja, genau. So machen das die Finanzpolitiker*innen, wenn sie Geld sparen wollen. Aber wo ist der kollektive solidarische Aufschrei der Gewerkschaft angesichts der »skandalös niedrigen Renten«, denen die angestellten Kolleg*innen im künftigen Ruhestand entgegensehen? – Erwähnt wird dieser Skandal hier, leider, nur aus dem einen Grund: Es muss ein Argument beiseite geräumt werden, das die Verringerung der Beamten-Vorteile rechtfertigen könnte.

Bitte versteht uns nicht falsch: Wir sind absolut für das Streikrecht für alle abhängig Beschäftigten. Wir fänden es großartig, wenn wir wenigen angestellten Lehrer*innen beim nächsten Streik nicht als klägliches Grüppchen auf die Straße gehen würden, sondern wenn wir die ganze Schule dicht machen könnten. Aber wir haben großen Zweifel, dass das Streikrecht für Beamte die Spaltung der Schulbeschäftigten beenden würde. Wofür würden denn unsere verbeamteteten Kolleg*innen kämpfen, wenn sie das Streikrecht hätten? Wenn man die *hlz* liest, bekommt man den Eindruck, dass es ihnen mehrheitlich darum ginge, die Vorteile ihres Beamtenstatus zu sichern und auszubauen – und dabei unweigerlich die Kluft zwischen ›uns‹ und ›ihnen‹ zu zementieren.

Oder dürfen wir damit rechnen, dass unsere privilegierten Kolleg*innen ihre Arbeit niederlegen und mit uns auf die Straße gehen würden, um dafür zu kämpfen, dass die strukturellen Nachteile der »in Arbeitsverhältnissen beschäftigten Kolleg*innen« nach oben angeglichen werden? Würden sie zum Beispiel unserem Aufruf zu einer lauten, nachdrücklichen GEW-Kampagne mit dem Slogan »Passt die Renten unserer Kolleg*innen an unsere Pensionsbezüge an!« folgen? – Das würden wir uns jedenfalls wünschen!
Wir verstehen durchaus, dass es niemandem gefällt, wenn eigene Vorteile abgebaut werden, und dass man sich gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zur Wehr setzen möchte. Aber wir denken: Wer es ehrlich meint mit der Überwindung von Spaltung und Missgunst, der muss *auch* dafür eintreten, dass Kolleg*innen mit gleicher Qualifikation, gleichen Arbeitsaufgaben und gleichen Belastungen am gleichen Einsatzort eine annähernd gleiche Entlohnung und Absicherung erhalten – jetzt und im Ruhestand.

HEIKE NIEDRIG und ANKE PETERSEN,
Stadtteilschule Horn

[1] Die Aussagen sind aus der Erinnerung zusammengefasst. In Anführungszeichen: O-Ton-Zitate.
[2] Siehe *Gehaltsrechner öffentlicher Dienst* im Internet sowie das Gutachten von Michael Popp *Einkommensunterschiede zwischen verbeamteten und angestellten Lehrkräften in NRW*, erstellt im Auftrag der Schutzgemeinschaft angestellter Lehrerinnen und Lehrer in NRW (SchaLL.NRW e.V.), 2018. Eine Zusammenfassung der Studienergebnisse von Andrea Stettner findet sich hier: https://www.merkur.de/leben/karriere/gehalt-lehrer-angestellte-beamte-zr-10046495.html.
[3] Ein verbeamteter Lehrer kann vom ersten Tag seiner Lehrerarbeit an – selbst nach Abzug der Kosten für die Private Krankenversicherung – mit einem Nettogehalt von über 3.000 Euro rechnen, wie Herr Rabe vor einem Jahr, für den Lehrerberuf in Hamburg werbend, explizit herausstellte.

Unterwegs in der Geschichte

Nachdem wir im Juni in Eppendorf auf den Spuren von Wolfgang Borchert unterwegs waren, wegen der großen Nachfrage gleich an zwei Terminen, haben wir im September ein Angebot der Geschichtswerkstatt Bergedorf genutzt: *Bergedorf im Gleichschritt*. Auch hier hatten wir unter der sehr kompetenten Führung Gelegenheit, in die Geschichte Bergedorfs zur Zeit des Nationalsozialismus einzusteigen und gleichzeitig den Charme des Bergedorfer Stadtkerns zu erleben.

Senior*innen-politische Fachtagung

Im Juli haben Sabine Großkopf und Marianne Hansen Hamburg auf der senior*innenpolitischen Fachtagung *Alterspolitik und soziale Verantwortung* in Bonn vertreten. Ein ausführlicher Bericht zur Tagung findet sich hier: https://www.gew-hamburg.de/themen/gew/2023-08/vielleicht-ist-70-bald-das-neue-30.

MARIANNE HANSEN,
für die Betriebsgruppe Ruheständler*innen

Foto: Betriebsgruppe Ruheständler*innen

Umtriebig unterwegs: die Betriebsgruppe Ruheständler*innen

NACHRUF

Otto fehlt uns!

Gelebtes gewerkschaftliches Engagement: Otto Pagel wirkte in der GEW Hamburg als Vermittler und Initiator, als Personalrat, Schatzmeister und Gesellschafter. Ein Nachruf

Otto Pagel ist Ende August nach langer Krankheit gestorben. Wir haben einen sehr guten Kollegen und Freund verloren.

Otto war seit seiner Studentenzeit Mitglied der GEW, und er lebte seine Mitgliedschaft – seiner gewerkschaftspolitischen Arbeit lag kein Abwägen zugrunde, er fragte nicht »was nützt mir das?«, er brachte sich ein. Als Handelslehrer an der damaligen H13 prägte er seine Betriebsgruppe, und er war Mitglied der Fachgruppe Handel; maßgeblich war er dort daran beteiligt, den Sechs-Jahres-Beschluss für GEW-Ämter einzuführen, Ämter, die einige Kolleg*innen gerne für längere Zeit besetzt hätten.

Otto war Mitglied des *Landesvorstandes* und des *Geschäftsführenden Ausschusses*; viele Jahre managte er als Schatzmeister die Finanzen der GEW in Hamburg und war bis zuletzt Treuhandgesellschafter und Mitglied im Aufsichtsrat der VTG, der Gesellschaft, die das Immobilienvermögen der GEW verwaltet. »Persönlich vermisse ich ihn sehr im VTG-Aufsichtsrat, wo er die Arbeit durch seine Umsicht und Klugheit intensiv unterstützt und bereichert hat. Auch sein Humor fehlt mir da sehr«, so Dirk Mescher, der Geschäftsführer der GEW Hamburg.

Bei der Frage, wie die GEW mit dem ehemals jüdischen Eigentum an dem Gebäude Ro19 umgehen soll, konnte Otto gegensätzliche Meinungen, Interessenkonflikte und hoch emotional geführte Diskussionen nicht nur gelassen aushalten, sondern diese durch Versachlichung und Blick auf Wesentliches auch zu breit getragenen Lösungen führen.

Über Erfolge konnte sich Otto freuen, seine Augen blitzten, manchmal schalkhaft, wenn er meinte, dass dies besonders gut gelungen sei.

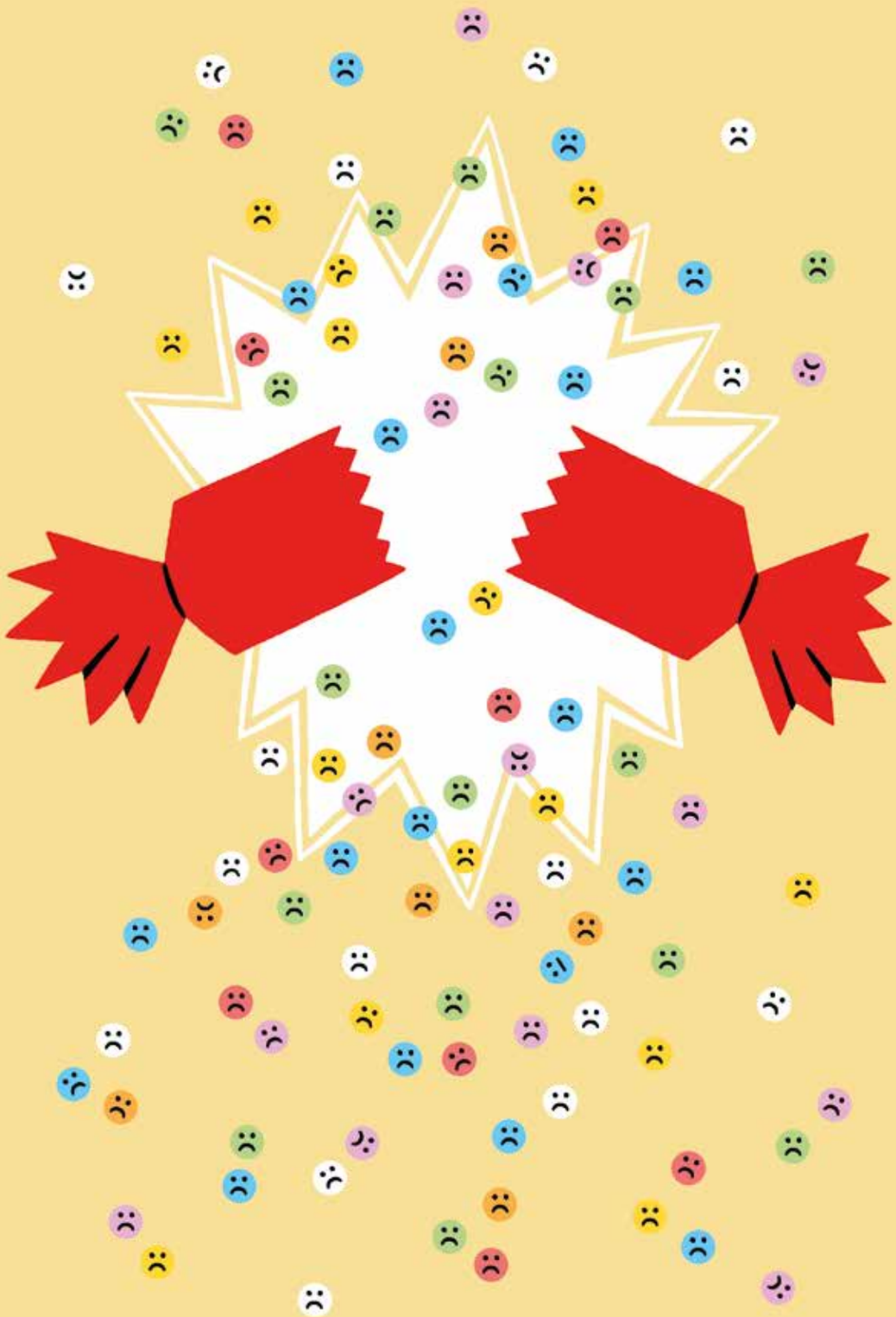
Zweimal wurde Otto in den *Personalrat Berufliche Schulen* gewählt, beide Male über die Angestellten-Liste, womit ein umfangreiches Arbeitsgebiet – das Angestelltenrecht – schon festgelegt war. Auch hier waren Ottos Lust an Rechtsfragen und sein Wissen ein Gewinn für uns. Er fuchste sich ein, wusste, mit wem auf Augenhöhe verhandelt werden konnte und wer im Streitfall als Schlichter der Personalstelle vorgeschlagen werden konnte. Dabei teilte er gerne seine Kenntnisse um Inhalte und Strukturen, er unterstützte, machte Mut. Nicht selten begann er seine Rede-Beiträge mit ausführlicher Einleitung und diversen Exkursen, die er meist in humorvolle kleine Geschichten verpackte, um dann auch schnell auf den Punkt zu kommen.

Welchen Spielraum bietet das Personalvertretungsgesetz? Grenzen mussten nicht übertreten aber durchaus ausgereizt werden, wie bei der Frage des Laufbahnwechsels von Volks- und Realschulkolleg*innen im Bereich der Beruflichen Schulen, um die Möglichkeit einer A-14 Beförderung zu bekommen. Otto war ein wesentlicher ›Mitdenker‹ dieses Initiativ-Antrags des Personalrats, der für viele Kolleg*innen zu höherer Anerkennung und Bezahlung führte. – Privatisierung der Beruflichen Schulen? Da waren größere Netzwerke gefragt. Welche Rolle übernimmt die GEW? Wo greift der Personalrat? Wie auch bei dem Thema der neuen Steuerungsmodelle konnte Otto jonglieren, ausgleichen, GEW-Interessen vertreten und mit der Personalratsarbeit zusammenführen, meist ohne große Bühne, aber zuverlässig und klar.

Aus dieser kompetenten und verlässlichen Zusammenarbeit gingen viele Freundschaften hervor, die Otto auch im Ruhestand pflegte, gerne in geselliger Runde und verbunden mit gutem Essen.

Otto, wir vermissen Dich!

BRIGITTE, EDITH, HANS,
JOCHEN, RENATE, VERONIKA und VOLKER



Zum Jubiläum

Schon diese Abkürzungen verheißen nichts Gutes: 20 Jahre Hamburger Arbeitszeitmodell (AZM) bzw. Lehrkräfte Arbeitszeit-Verordnung (LehrArbzVO, auch LAZVO)

Die Älteren erinnern sich mit Grauen: 2002 beschloss – trotz einer Großdemonstration von mehr als 50.000 Eltern, Lehrer*innen und vor allem Schüler*innen – der damalige Senat unter Führung von Bürgermeister Ole von Beust und Schulsenator Konteradmiral a. D. Rudolf Lange eine Arbeitszeiterhöhung, die aber nicht so aussehen durfte: das Hamburger Arbeitszeitmodell (AZM). Eine Kommission organisierte die Lehrerarbeitszeit unter der Prämisse der ›Auskömmlichkeit‹ neu. Im Behördendeutsch hieß das: »Die Lehrerarbeitszeitkommission soll im Rahmen einer Effizienzsteigerung und zur Bedarfsdeckung einen signifikanten Beitrag an ersparten Lehrerstellen erarbeiten.«[1] Schon die ehemalige Schulsenatorin Rosemarie Raab bezeichnete das AZM als ein »Arbeitszeitvermehrungsmodell« und eine »schulpolitische Nebelkerze«. Das Versprechen, dass die »Arbeitszeit nach ihrem tatsächlichen Arbeitsaufwand bemessen wird«[2], wurde und wird – wie wir alle wissen – stetig gebrochen. »Wem dies [die Einführung des AZM] nicht passe, der hätte die Alternative: Kündigen und Wechsel des Arbeitgebers«, so die Behörde in einem Rundschreiben.[3]
Mit der Einführung des AZM wurde seinerzeit aber nicht nur die Arbeitszeit um zwei Stunden und mehr durch die Hintertür erhöht[4], es wurde zudem noch gekürzt (Weihnachtsgeld) und gestrichen (Urlaubsgeld) und die Eingangsbesoldung im gehobenen Dienst wurde von A13 auf A12 abgesenkt. Letzteres hat der Senat durch gewerkschaftlichen Einsatz nach mehr als einer Dekade wieder rückgängig gemacht – und möchte jetzt dafür gefeiert werden. Wähnte sich der damalige Senat im Erfolgshimmel und lud andere Bundesländer ein, die am 1. Juli 2003 erlassene Lehrkräfte-Arbeitszeit-Verordnung (LehrArbzVO) zu kopieren, zeigte sich schnell, dass niemand in Deutschland solches wollte. Hamburg blieb und bleibt das einzige Bundesland, das kein Pflichtstundendeputat besitzt.

Exkurs: Am 27. April 2023 hat die *Deutsche Telekom Stiftung* eine neue Studie zur Lehrkräftearbeitszeit veröffentlicht. Senator Rabe rekurrierte jüngst in der Lehrerkammer auf diese Studie, da sie Hamburg als einzigem Land kein ungerechtes Arbeitszeitmodell ausstellt.

AZM

Unterricht 75%
Funktionen 15%
allgemeine Aufgaben 10%

Ziel der Neuregelung der Arbeitszeit für Lehrkräfte im Jahr 2003 war eine Orientierung an den tatsächlichen Aufgaben. Neben den Unterrichtsstunden sollten auch Zeiten für allgemeine Aufgaben in der Schule (z. B. Konferenzen, Aufsichten, Fortbildungen) und Zeiten für Funktionen (z. B. Klassenleitung, Fachleitung) berücksichtigt werden. Das Modell geht bei der Zuweisung einer Lehrkraftstelle davon aus, dass 75 % der Arbeitszeit für den Unterricht benötigt werden. Hinzu kommen 10 % für allgemeine Aufgaben und 15 % für Funktionen.

Die Realität lässt grüßen!

Aber Herr Rabe unterschlägt: Es hätte dieser Studie gar nicht bedurft, sind die Ergebnisse doch schon lange bekannt! Die LehrArbzVO führt zur höchsten Mehrarbeit in Deutschland. Die durchschnittliche Arbeitszeit in Deutschland beträgt für Lehrkräfte 49,56 Stunden, auf das Jahr hochgerechnet knapp drei Wochen Überstunden![5] »Und in Hamburg arbeiten im Ergebnis die Lehrkräfte deutlich länger, als in anderen Bundesländern.«[6] Darin begründet liegt die bundesweit höchste Teilzeitquote von 58 %.[7]

Das AZM wurde mittlerweile mehrfach evaluiert, 2004 durch den *Runden Tisch*, 2005 durch *Mummert und Consulting* und 2008 durch die *Behler-Kommission*. Und es wurde tatsächlich auch etwas geändert: 2004 wurde der Unterrichtsfaktor in der Grundschule um drei Minuten (!) angehoben, 2011 die Altersentlastung in Höhe von zwei WAZ (Wo-

»

Die Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung führt zur höchsten Mehrarbeit in Deutschland.

chenarbeitszeitstunden) für Kolleg*innen über 60 Jahre eingeführt und die Faktoren der gymnasialen Oberstufe wurden nun auch auf die der Stadtteilschule und des Studienkollegs übertragen (nebenbei: in anderen Bundesländern gibt es die Altersentlastung schon für Kolleg*innen ab 55 Jahren).

Auf der anderen Seite aber zählte der GPR schon 2008 in einer Stellungnahme 54 neue und/oder nicht im AZM berücksichtigte Aufgaben[8] – und selbst die von der Senatorin Alexandra Dinges-Dierig (»Anzahl der Lehrerstellen interessiert mich nicht‹[9]) eingesetzte *Behler-Kommission* kam auf 42 neue, nicht mit zusätzlicher Arbeitszeit versehene Aufgaben. In der Zwischenzeit veränderte sich die Schullandschaft erheblich: Schulreform, Inklusion, Ganztag, Digitalisierung und nun Implementierung neuer Bildungspläne. Doch auch das Muster hier kennt man schon: neue Aufgaben ohne zusätzliche Arbeitszeit!

Neben der LehrArbzVO sorgte und sorgt die sogenannte SVS, die selbstverantwortete Schule, für Durcheinander und Missstimmung in den Kollegien. Viele Schulleitungen – das zeigen die täglich beim GPR eintreffenden E-Mails der Schulpersonalräte – sind besonders ›kreativ‹ im Auslegen der LehrArbzVO. Das als ›Planungsmodell‹ beschriebene AZM wird dort als ›Abrechnungsmodell‹ verstanden, wo Kolleg*innen ihre Stunden noch nicht abgeleistet haben (z. B. Fortbildungen, Konferenzen, vermeintlich auch in S4-Zeiten in der Oberstufe). Anders herum wird auf das Planungsmodell rekurriert, wenn es darum geht z. B. Aufsichten zu führen oder Vertretungen zu übernehmen, und gerne ›übersehen‹, dass für bestimmte Tätigkeiten bei den Kolleg*innen keine Arbeitszeiten mehr ›übrig‹ sind.

So müssen gerade die (immer noch gültigen) sogenannten *Rosenboom-Briefe*[10] aus der Anfangszeit des AZM und die *Dienstvereinbarungen*[11], die der *Gesamtpersonalrat* (GPR) mit der *Behörde für Schule und Berufsbildung* (BSB) abgeschlossen hat, nach 20 Jahren LehrArbzVO leider immer noch für Klarheit sorgen.

Zur Erinnerung: Norbert Rosenboom, Amtsvorgänger von Landesschulrat Thorsten Altenburg-Hack, erklärte z. B., dass Pädagogische Jahreskonferenzen auch an einem Unterrichtstag stattfinden dürfen oder andernfalls verrechnet werden müssen. Er schlug vor, dass zur Vereinfachung des AZM ausfallende und zu vertretende Stunden jeweils mit dem *Durchschnittsfaktor* der Schulform anzurechnen sind. Er erläuterte, dass Schulleitungen Faktoren nicht einseitig dauerhaft ändern können oder dass die F-Zeiten dem Personalrat offengelegt werden müssen. Er hat auf die Achtung der Obergrenze von 29 Unterrichtsstunden (für Teilzeitkräfte anteilig) hingewiesen, Anrechnungen von Wegezeiten garantiert oder die einvernehmliche Ferienzeitregelung für Sekretariate festgelegt.
Nicht zuletzt war es Norbert Rosenboom, der die *Fürsorgepflicht* für ältere Kolleg*innen ernst nahm: besondere Beachtung bei der Erstellung des Stundenplans oder Anrecht auf einen freien Tag bis 80 % Teilzeit, keine Teilnahmepflicht bei Klassenreisen oder keine Versetzung wider Willen, um nur einige Aspekte zu benennen.
Leider hat Landesschulrat Thorsten Altenburg-Hack jüngst – ohne Mitbestimmung des GPR – ›klargestellt‹, dass diese langjährigen Regelungen zu den Klassenreisen und zur Versetzung ausdrücklich aufgehoben sind. Der ›stramme Wind‹ aus den Anfangszeiten des AZM scheint in der BSB wieder aufzufrischen – und das in Zeiten, in denen nach Corona die Krankheitsquote unter Lehrkräften um 25 % angestiegen ist![12]

Die Kritik an dem AZM/der LehrArbzVO seitens des GPR oder der Gewerkschaften ficht Senator Ties Rabe nicht an. Mit dem Hinweis auf Senkung der Klassenfrequenzen, Streichung des dritten Präsenztages oder Verringerung der Anzahl von Klausuren versucht er, die erheblichen Mehrbelastungen der letzten 20 Jahre glattzubügeln.

»Trotz attestierter Anpassungsbedarfe [...] wurde das Modell [AZM] bis heute nicht verändert.«[13] Schon 2008 aber schrieb der GPR eine Stellungnahme für die *Behler-Kommission*. Die die Stellungnahme abschließende Feststellung des GPR ist auch 15 Jahre später noch gültig und soll auch heute den aktuell verantwortlich Handelnden mit auf den Weg gegeben werden: »Wir können leider nur feststellen, dass die in den Veröffentlichungen der BBS [jetzt BSB] zur Einführung des Arbeitszeitmodells getätigten Versprechen nicht eingelöst wurden. Eine Kultur der Vertröstung auf Evaluationen wurde etabliert (*Runder Tisch, Mummert-Consulting, Behler-Kommission*), ohne dass sich für die Kolleg*innen bisher eine fühlbare Besserung der Arbeits(zeit)bedingungen ergeben hat. Vor dem Hintergrund der in den nächsten Jahren auf die Schulen zukommenden bildungspolitischen Herausforderungen ist ein deutliches Signal in Richtung einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen an die Kolleg*innen von Nöten. Uns bleibt nur, daran zu erinnern, was *Mummert-Consulting* feststellte: ›Das Engagement von Lehrkräften ist ein volatiler Stoff, was in der Praxis von Schulen erhebliche Auswirkungen hat. Das mag man bedauern oder gerne ändern mögen. Dem Fakt muss man Rechnung tragen.‹«[14]

Vielen Dank an dieser Stelle an Hans Voß, den ehemaligen GPR-Vorsitzenden, für die leider immer noch unerlässliche Zusammenstellung wichtigster Dokumente rund um die LehrArbzVO (zu finden unter: voss-hh.de).

Quelle: GPR-INFO Juli 2023, S. 2-4.

Anmerkungen:

[1] *Hamburger Abendblatt* vom 11.09.2002.
[2] *Das neue Lehrerarbeitszeitmodell*, in: BBS 04/03, 20.03.2003.
[3] *Hamburger Abendblatt* vom 18.10.2003.
[4] *taz* vom 06.04.2005.
[5] Mark Rackles: *Expertise im Auftrag der Deutschen Telekom Stiftung*, Berlin 2023, S. 19.
[6] Ebenda, S. 18.
[7] Ebenda.
[8] https://t1p.de/stellungnahme08.
[9] Hamburger Abendblatt vom 23.08.2007.
[10] https://www.voss-hh.de/Lehrerarbeitszeit/BBS-Dokumente.html.
[11] https://t1p.de/dienstvereinbarungen.
[12] Vgl. Pressemeldung des Senats vom 12.04.2023.
[13] Mark Rackles: *Expertise im Auftrag der Deutschen Telekom Stiftung*, Berlin 2023, S. 18.
[14] https://t1p.de/behler.

Eine Reform muss dringend angestoßen werden!

Die Lehrerarbeitszeitverordnung (LAZVO) gaukelt eine gerechte Anrechnung der Arbeitszeit vor, entspricht aber schon lange nicht mehr der pädagogischen Wirklichkeit

Stellen Sie sich bitte vor, dass im Jahr 2003, unter der Federführung von Schulsenator a. D. Rudolf Lange (FDP), die Regelung der Arbeitszeit von Lehrkräften mittels des Pflichtstundenmodells durch die Einführung der Lehrerarbeitszeitverordnung (LAZVO) abgelöst wurde. Damals wurden die Tätigkeiten von Lehrkräften in der Freien und Hansestadt Hamburg in ihre Einzelteile zerlegt, um eine besser planbare Einsetzung der Lehrkräfte in ihre Tätigkeiten zu erreichen. So viel sei an dieser Stelle zunächst einmal historisch zur LAZVO gesagt. Denn sie wurde in den vergangenen 19 Jahren bereits oft kritisiert. Viele Beteiligte und Betroffene, allen voran die GEW, haben ihre Reform oder gar die Abschaffung gefordert. Warum wurde also die Abschaffung eines augenscheinlich gerechten Planungsinstrumentes gefordert? Es ist schlichtweg gesagt die Ungerechtigkeit, welche mit der LAZVO einhergeht.

Stellen Sie sich bitte weitergehend die folgende Begebenheit vor: Noch bis vor kurzem war das Hauptmedium in einem Klassenraum eine Kreidetafel. War die Tafel kaputt, so konnte ein Handwerker diese mit Werkzeugen und geringem Materialeinsatz wieder instand setzen. Nehmen wir, rein hypothetisch, einen Zeitwert von 1,5 Stunden je Reparatur an. Heute ist das Hauptmedium in den meisten Klassenräumen ein Smartboard oder gar ein Smart LED-Display. Diese Geräte sind technisch deutlich komplizierter und aufwendiger aufgebaut als ihre zuvor genannten historischen Vorfahren. Eine Reparatur kann hier nur durch speziell geschulte Techniker*innen mit einem deutlich anspruchsvolleren technischen Equipment durchgeführt werden. Oft ist der Zeiteinsatz hierfür auch deutlich höher als im Umgang mit der Schiefertafel. Die Arbeitsabläufe und Qualifikationen der Mitarbeitenden sowie der Einsatz von Spezialwerkzeugen sind mit der Zeit deutlich komplexer geworden, ebenso wie die Reparaturzeiten.

Sie werden sich nun fragen, warum dies hier so ausgeführt wird und was der Lehrberuf mit der Reparatur von Tafeln und Smart-Displays zu tun hat. Nun, der Beruf der Lehrkraft hat sich in den vergangenen 19 Jahren ebenfalls deutlich verändert. Nur wurde die LAZVO von keiner in dieser

Zeit amtierenden Regierung in Hamburg angefasst bzw. reformiert. Auch wenn sich breite Teile der Bevölkerung und auch der Regierungen dies kaum vorstellen können, aber der Lehrberuf hat sich stark gewandelt. Im Rahmen der selbstverwalteten Schule sind Lehrkräfte heute nicht nur pädagogisches Fachpersonal, sie sind auch in der Schul-, Bildungsgang- und Bildungsplanentwicklung tätig, sie planen und gestalten Räume, planen und führen Umzuge durch, sie setzen Pandemiemaßnahmen um, sind Sonderbeauftragte für die vielfältigsten Tätigkeiten, welche früher bspw. noch von Behörden wahrgenommen wurden sowie Sozialbearbeiter*innen, Berufsberater*innen und auch Prüfungsersteller*innen.

Viele neue Tätigkeitsfelder sind einfach additiv in das allgemeine Tätigkeitsfeld einer Lehrkraft aufgenommen worden: Schulreformen, Planung und Umsetzung von Schulfusionen, Entwurf und Umsetzung neuer Schulformen wie bspw. die Beschulung von Geflüchteten, etc. Dieser Aufgabenzuwachs endet nicht selten in gesundheitlichen Beeinträchtigungen, da die zeitliche Anrechnung nicht gegeben ist.

Keine der aktuell in der Hamburgischen Bürgerschaft regierenden Koalitionsparteien hat die Absicht, sich einer Reform der LAZVO anzunehmen und selbst die Oppositionsparteien reagieren bei diesem Thema verhalten.

Wir fordern daher: Eine Reform der LAZVO muss dringend angestoßen werden. Die im Bund vergleichsweise gut ausgestatteten Hamburger Schulen müssen durch engagiertes Lehrpersonal auf eine moderne und zukunftsorientierte Weise konsequent weiterentwickelt werden. Dafür braucht es Zeit. Und diese Zeit steht gemäß der LAZVO aus dem Jahre 2003 nicht ausreichend zur Verfügung. Lehrkräfte brauchen mehr Zeit und angemessene zeitliche Entlastungen für die ambitionierten Aufgaben, die eine moderne Entwicklung von Schule und Unterricht mit sich bringt.

Meine sehr verehrten Leser*innen, bitte sorgen Sie gemeinsam mit uns dafür, dass der politische Druck steigt und die Hamburger Bürgerschaft die Reformierung der LAZVO von 2003 endlich auf die Tagesordnung setzt und dieses Thema in die Regierungsarbeit aufnimmt!

Vielen Dank!

GEW FACHGRUPPE BERUFLICHE SCHULEN

Quelle: Fachgruppen-Info der GEW Fachgruppe Berufliche Schulen 2023

»

Viele neue Tätigkeitsfelder sind einfach additiv in das allgemeine Tätigkeitsfeld einer Lehrkraft aufgenommen worden: Schulreformen, Planung und Umsetzung von Schulfusionen, Entwurf und Umsetzung neuer Schulformen wie bspw. die Beschulung von Geflüchteten, etc. Dieser Aufgabenzuwachs endet nicht selten in gesundheitlichen Beeinträchtigungen, da die zeitliche Anrechnung nicht gegeben ist.

»Um den Kampf kommt man nicht herum«

Schon in den 1990iger Jahren gab es innerhalb der GEW Diskussionen um ein alternatives Arbeitszeitmodell. Wir haben mit dem damaligen Vorsitzenden der GEW Hamburg, Hans-Peter de Lorent a.k.a. delo über diese seinerzeit von ihm unterstützte Idee eines Arbeitszeitmodells gesprochen.

Noch vor der Einführung dessen, was wir seit 20 Jahren als *Hamburger Lehrerarbeitszeitmodell* (AZM) oder auch *Lehrerarbeitszeitverordnung* (LAZVO) kennen, hast du dich schon Mitte der 90er Jahre als Vorsitzender der GEW Hamburg für ein Arbeitszeitmodell für Lehrer*innen eingesetzt. Was waren damals deine Beweggründe?

Hans-Peter de Lorent (delo): Da gab es viele Gründe. Die Vorgeschichte ist, dass wir als Vorsitzende der Hamburger GEW seit 1988 viele Kampfmaßnahmen initiiert haben. Ich bin 1988 stellvertretender Vorsitzender und auch Pressesprecher gewesen und wir hatten damals eine Arbeitsniederlegung in der Unterrichtszeit organisiert, mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und Neueinstellungen von Lehrkräften. Die Beteiligung an dieser Aktion war sehr hoch und sie wurde von der Öffentlichkeit deutlich wahrgenommen. Auch in der Folgezeit – 1990 bin ich Vorsitzender der GEW geworden – haben wir einige öffentlichkeitswirksame Aktionen durchgeführt. Wir hatten große Demonstrationen mit Kundgebungen auf dem Rathausmarkt, dank einer sehr klugen Bündnispolitik mit der Hamburger Schüler*innenkammer und mit den Elternorganisationen konnten wir zum Teil 40.000 Leute mobilisieren. Das Problem war nun aber, dass dies dennoch nicht für eine wirkliche Verbesserung der Situation sorgte, also kaum konkrete Auswirkungen hatte. Wir konnten uns zwar freuen, eine große öffentliche Resonanz zu haben, in der Hamburger Presse und sogar in der *Tagesschau* oder in den *Tagesthemen* präsent zu sein, aber faktisch wurde unsere Forderung von der Politik nicht aufgenommen. Das Problem ist, dass sich eine Kampfkraft abnutzt, wenn es nicht zu konkreten Erfolgen kommt. Es gab zu dieser Zeit eine beachtliche Gruppe von politisierten Mitgliedern in der GEW, die immer bereit waren, für sinnvolle Sachen auf die Straße zu gehen, aber es gab auch nicht wenige, die sagten: »Okay, warum soll ich da jedes Mal mitlaufen und auch noch in Kauf nehmen, diszipliniert zu werden für Aktionen, die während der Arbeitszeit sind, wenn es dann zu keinen Ergebnissen führt!« Daher war es aus meiner Sicht notwendig, darüber nachzudenken, wie man nun weiter vorgehen kann. Das ist der eine Teil der Geschichte.

Und der andere Teil?

Der zweite Teil ist, dass ich als GEW-Vorsitzender ja auch Mitglied im Hamburger DGB-Vorstand gewesen bin und in den Diskussionen, die wir dort geführt haben, festgestellt habe, dass es andere Gewerkschaften nicht so leicht haben wie wir. Der ÖTV-Vorsitzende Wolfgang Rose hat damals zu mir gesagt: »delo, ihr macht das gut, aber ihr habt es auch leicht. Ihr mobilisiert die Schüler und aktiven Eltern und habt auch ziemlich viele fortschrittliche Lehrkräfte, und so schafft ihr das, 40.000 Leute auf die Straße zu bringen. Wenn *wir* aber für die Pflegekräfte von der ÖTV Maßnahmen ergreifen wollen: Wen können wir dafür mobilisieren und welchen Effekt hat das?«

Das heißt, dass es für euch vielleicht leicht war, schnell zu mobilisieren, aber sich das auch trügerisch zeigte, weil der Druck in der konkreten politischen Situation nicht zum Veränderungsdruck werden konnte?

Ja, denn ein weiterer Aspekt, den wir berücksichtigen müssen, ist, dass es ganz andere Zeiten gewesen sind als heute. Heute wundert man sich ja, wenn man länger in der Politik ist, wie viel Geld mobilisiert werden kann. Also beispielsweise auch im Bildungsbereich.

Na ja…

…ich denke da an diese Milliarden, die beispielsweise zur Verfügung stehen, um neue Schulen zu bauen, da tränen einem ja manchmal die Augen, wenn man zurückdenkt, wie die Situation damals war. Der Hamburger Haushalt war wirklich ungeheuer knapp und es war grundsätzlich schwierig,

überhaupt Gelder zu mobilisieren. Das haben auch die anderen Gewerkschaften zu spüren bekommen. Es war eine Situation, wo in vielen Bereichen Sparmaßnahmen beschlossen worden sind und in der es kompliziert war, Gelder für Forderungen zu mobilisieren. Wir hatten also die Situation, dass darüber nachgedacht wurde, die Arbeitszeiten der Lehrer*innen aufzustocken, die Altersermäßigung für die Über-60-Jährigen zu senken und die Klassenfrequenzen zu erhöhen. Das sind ja stets die Parameter, an denen man zur Einsparung Veränderungen vornehmen kann.

Es war also damit zu rechnen, dass Einsparungen über eine Regulierung der Arbeitszeit vorgenommen werden sollten, als extensive Erweiterung in Form einer Erhöhung der Stundenzahlen, und/oder über eine intensive Erweiterung, also die Erhöhung der Arbeitslast. In dieser Situation zielten eure Überlegungen zu einem neuen Arbeitszeitmodell auf einen grundsätzlich anderen Umgang mit der Arbeitszeit von Lehrer*innen?

In Bezug auf die Arbeitszeit zeigten sich zwei Probleme, die zugleich Ansatzpunkte für unseren Vorschlag sein sollten: Das grundlegende Problem der Lehrerarbeitszeit war schon damals, dass sie nie wirklich gesenkt wurde, weil die Unterrichtsverpflichtung immer gleichblieb. Auch wenn die Arbeitszeit im Öffentlichen Dienst mehrmals reduziert wurde und es da eine konkrete Entlastung gegeben hat, blieb sie für die Lehrer*innen stets gleich hoch.

Das zweite Problem ist eines, das meiner Meinung nach von einigen auch heute noch nicht richtig gesehen wird: Es gab immer eine Ungleichverteilung der Pflichtstunden über die unterschiedlichen Schulbereiche hinweg. Die Grundschul- und Hauptschullehrer*innen hatten 28 Unterrichtsstunden, die Gymnasiallehrer*innen 23 Unterrichtsstunden, die Berufsschullehrer*innen entsprechend, die Realschullehrer*innen 26, an der Sonderschule waren es 25. Das war eine Berechnung, die in keinem Bereich der tatsächlichen Belastung entsprach. Die Ungerechtigkeit dieser Aufteilung zwischen den Schulformen ist zum Teil 100 Jahre alt gewesen. Klar war, dass sich die Kolleg*innen am Gymnasium weniger beklagen mussten als jene an der Grundschule oder an der Hauptschule, die eine zum Teil anstrengendere Schülerklientel hatten. Diese mussten vielleicht weniger Zeit für Korrekturen aufbringen, aber dafür mehr an Zeit und Kraft investieren, um überhaupt Unterricht machen zu können.

Es ging euch darum, die Ungerechtigkeit in der Verteilung der Pflichtstunden zu beseitigen?

Ja. Dass das möglich war, zeigte sich in Dänemark: Dort gab es Anfang der 90er Jahre eine Verhandlung und neue Vereinbarung zwischen der Arbeitgeberseite und der dänischen Lehrergewerkschaft, die ein anderes Arbeitszeitmodell entwickelt hatten: Ein Arbeitszeitmodell, das die *tatsächliche* Arbeit der Lehrer*innen abbildet. Denn eine weitere Dimension der Ungerechtigkeit in der Verteilung war, dass viele Lehrer*innen über ihren Unterricht hinaus sehr engagiert waren, sich beispielsweise in Gremien, Sportgruppen und Aktivitäten außerhalb des Unterrichts stark für die Schule, die Schüler*innen und das Kollegium einsetzten. Und es gab natürlich andererseits auch Leute, die es beim ›Dienst nach Vorschrift‹ beließen – die also über ihren Unterricht hinaus nichts gemacht haben. In Dänemark wollte man das so regeln, dass man die tatsächliche Arbeitszeit auch abbildet. Das heißt, diejenigen, die über ihre Unterrichtsverpflichtung hinaus in allen möglichen Gremien für die Schule gearbeitet haben, haben dafür etwas gutgeschrieben bekommen, was dann sozusagen von ihrer Unterrichtsverpflichtung abging. Das war der Gedanke, der hinter diesem neuen Arbeitszeitmodell stand. Mich hat das inspiriert, weil es meiner Ansicht nach notwendig war, in die Verteilung der Arbeitslast mehr Gerechtigkeit hineinzubringen. Ich habe hier auch mit den Kolleg*innen und GEW-Vorsitzenden aus Hessen, Bremen und anderen Bundesländern eng zusammengearbeitet.

Gab es in den frühen Diskussionen um ein solches Modell auch Kritik?

Eine Kritik von Anfang an war die Befürchtung einer Überbürokratisierung. Schließlich müsste man ja dann mit der Schulleitung und an anderen Stellen eine Menge Vereinbarungen treffen. – Und ja, mit so einer Veränderung kann vielleicht eine starke Bürokratisierung einhergehen, aber es ist eben auch ein demokratischer Prozess, einmal gemeinsam untereinander und auch mit der Schulleitung über solche Fragen wie die Arbeitsverteilung im Kollegium nachzudenken. Mein Gedanke war, das anzustoßen und daran zu arbeiten. Mein Plan war, gegebenenfalls mit der Schulbehörde und mit dem Senat darüber zu verhandeln, ob so etwas nach Art des dänischen Modells auch in Hamburg eingeführt werden kann. Trotzdem muss ich natürlich auch zugeben: Auch wenn es um eine gerechtere Verteilung ging, ist Gerechtigkeit hier ein schwieriges Wort. Es gibt ja beispielsweise Kolleg*innen, die aus unterschiedlichen Gründen in der Vorbereitung schneller, stringenter und organisierter sind, und andere brauchen mehr Zeit dafür. Das kann man individuell gar nicht so gut auf einen gemeinsamen Nenner bringen.

Wie sollte das Modell genau aussehen?

Das Ideal des Modells war, dass die tatsächliche Arbeitszeit der einzelnen Lehrkraft auch abgebildet wird. Das heißt, alle haben sozusagen umgerechnet auf das Jahr eine bestimmte Verpflichtung: das kann Unterricht sein, das kann aber auch andere Tätigkeit für die Schule sein. Die Berechnung im ersten Schritt sollte lauten: Das Jahr hat 52 Wochen, bei einer 37-Stunden-Woche müsste das 1.924 Stunden ergeben, wobei man davon die Ferien abzieht. Das hatte auch den Vorteil, gegenüber der Öffentlichkeit sagen zu können: »Wir machen das, wie es im Öffentlichen Dienst insgesamt ist, wir haben genauso viel Ferien wie ihr!«; weil immer argumentiert wird: Ja, ihr Lehrer*innen habt ja zig Wochen Ferien und arbeitet da zu wenig. Die Stundenzahl wurde also umgerechnet aufs Jahr und das ergab eine bestimmte Unterrichtsverpflichtung, die wiederum nicht nach Schulform getrennt wurde. Dann gab es im zweiten Schritt eine Gegenrechnung für alles, was die einzelne Lehrkraft an der Schule sonst noch macht: Verwaltung, Klassenlehrer*innenfunktion usw. Klassenlehrer*innen haben ja mehr zu tun als die Fachlehrer*innen, und so gewährt man ihnen dafür einen Anspruch auf Entlastung. Das ergab dann eine sehr unterschiedliche Unterrichtsverpflichtung für die einzelnen Kolleg*innen. Aber es war natürlich auch gesetzt, dass jeder den notwendigen Unterricht ableisten muss.

Die Zielsetzung hinter diesem Modell war also, über eine Umverteilung und andere Berechnung der Unterrichtsverpflichtung die Arbeitsbelastung insgesamt zu verringern. Wenn du nun aber sagst, ›bestimmte Kampfmaßnahmen haben nichts gebracht, also versuchen wir das jetzt auf einem anderen Weg, nämlich über den Vorschlag eines neuen Arbeitszeitmodells‹, bleibt denn da nicht trotzdem das Problem, dass man diesen Vorschlag in eine politische Konstellation einbringt, die Einsparungen plant? Ist das nicht strategisch heikel und auch ein bisschen gefährlich, weil man damit rechnen muss, dass sich so ein Vorschlag gegen einen wenden kann, da mit einer guten Umsetzung Kosten verbunden sind, die dann niemand aufbringen will?

Das Problem war, dass die Belastung für die Lehrerschaft insgesamt auch damals schon größer war, als die Pflichtstunden das abbilden können. Und sie ist bis heute noch größer geworden. Es ist mehr Bürokratie hinzugekommen, es gibt mehr zu organisieren usw. Die Herausforderungen sind gewachsen, gerade auch für die Schulleitungen. Da haben wir damals beispielsweise darüber nachgedacht, ob nicht jede Schule auch eine kaufmännische Leitung haben sollte, so dass Schulleitungen nicht auch noch für den Schulbau und für alle möglichen Sachen zuständig sind. Und ja, das von uns vorgeschlagene Modell hätte sicherlich dazu geführt, dass zusätzliche Stellen hätten bewilligt werden müssen. Dazu kann ich eine kleine Anekdote erzählen. Die damalige Schulsenatorin Rosemarie Raab hat zehn Jahre später – nachdem sie nicht mehr Senatorin und ich nicht mehr Vorsitzender war – zu mir gesagt: »Ich bin damals heilfroh gewesen, dass die GEW nicht über das Arbeitszeitmodell verhandelt hat, denn ich hätte im Senat und in der Bürgerschaft einfach nicht die dafür notwendigen zusätzlichen Stellen bekommen.« Das heißt, wenn wir wirklich mit der Forderung nach einem solchen Arbeitszeitmodell an die politischen Verantwortlichen herangetreten wären und gesagt hätten: »Wir wollen darüber verhandeln!«, dann hätten sie blankziehen müssen. Dann hätten wir das natürlich auch nicht gemacht. In dem Fall wäre man bei der alten Regelung geblieben oder man hätte vielleicht gesagt: Dann müssen wir das so hinkriegen, dass eben alle Lehrer*innen nicht mehr als 25 Stunden unterrichten, also die Unterrichtsverpflichtung der Grund- und Hauptschullehrer*innen reduziert wird.

Übrigens ist auch das dänische Arbeitszeitmodell nicht bis heute fortgesetzt worden, weil es hierfür auch zusätzliche Stellen benötigt hätte. Meiner Erinnerung nach ist das nur in Bremen realisiert worden. Der Bremer Senat und die Bürgerschaft haben die notwendigen Stellen dafür investiert.

Wenn man sich die Situation damals anschaut, war es denn nicht schon zu jener Zeit fraglich, ob man mit einem solchen Modell wirklich eine Entlastung der Kolleg*innen erreicht hätte? Denn Raab hatte ja schon vor den Verhandlungen klar gesagt, dass sie die Pflichtstundenerhöhung und die Kürzungsmaßnahmen von Lehrer*innenstellen keinesfalls zurücknehmen werden. Dadurch hätte sich ja dann an der Arbeitsbelastung sehr wahrscheinlich erstmal nichts verändert…

Ob Reformen gelingen, ist von der Stärke der jeweiligen Verhandlungspartner abhängig. Wir hatten im Vorfeld durch unsere Protestaktionen ziemlich viel Stärke gezeigt. Wenn wir dann wirklich so ein neues Modell vorgelegt hätten, hätte man über eine schrittweise Einführung verhandeln können und dafür dann natürlich noch einmal massive Kampfmaßnahmen planen und durchführen müssen. Dazu wären wir, glaube ich, damals auch in der Lage gewesen – wenn man sich denn in der GEW hätte einigen können. Andererseits – das habe ich ja am Anfang bereits gesagt – hatte ich schon auch gesehen, dass der Hamburger Haushalt in einer schwierigen Situation war. Es war nicht die reine Böswilligkeit der anderen Seite. Wir haben ja auch gute Leute, GEW-Kollegen, in der Behörde gehabt. Der Landesschulrat Peter Daschner war ja selbst auch einmal stellvertretender GEW-Vorsitzender gewesen. Also das Verständnis für unsere Forderungen wäre dort vorhanden gewesen. Aber am Ende sind es die Kampfmaßnahmen, die entscheidend sind – nicht nur eine kluge Überzeugung. Um den Kampf kommt man nicht herum. Was das betrifft, gab es damals im Prinzip auch in der GEW keine unterschiedlichen Haltungen, auch wenn die Situation karikiert so dargestellt wurde, dass die Befürworter*innen des Modells kuscheln und verhandeln wollen, die anderen aber ›stark bleiben‹ und kämpfen wollen. Das ist natürlich absoluter Quatsch gewesen. Wir haben ja mindestens sechs Jahre lang massive Kämpfe geführt und sind dafür auch diszipliniert worden usw. Das war kein Kuschelkurs. Und auch eine Verhandlung ist nicht ›Kuscheln‹, sie muss durch Kämpfe und Stärke begleitet werden.

Dein Vorschlag, sich für ein solches Arbeitszeitmodell nach dänischem Vorbild einzusetzen, wurde also innerhalb der GEW abgelehnt und die Idee damit erstmal begraben?

Ja. Wir haben das diskutiert. Wir hatten eine große Veranstaltung im Curio-Haus organisiert, die dänischen Kollegen eingeladen, aber es gab am Ende keine Mehrheit dafür, das tatsächlich einführen zu wollen. Dadurch blieb es eine Idee.

2003, also zehn Jahre später, wurde ja dann in Hamburg doch ein Arbeitszeitmodell für Lehrer*innen verordnet, das AZM. Die Idee dieses seither wirksamen Modells – das ja nicht ein Arbeitsentlastungsmodell, sondern eher ein Einsparungsmodell ist, hat also mit dem, was Dir vorschwebte, nichts zu tun?

Nein. Ich wehre mich in diesem Kontext dagegen, dass es manchmal heißt: »Das haben wir delo zu verdanken«. Das Arbeitszeitmodell, zu dem wir damals gearbeitet haben, sollte die Grundlage für mehr Gerechtigkeit, für Handlungsfähigkeit sein. Mit dem, was da eingeführt wurde, habe ich gar nichts zu tun, da war ich nicht mehr Vorsitzender – und mit der Einführung bin ich auch nicht einverstanden gewesen. Ich hätte dagegen gekämpft. Schon allein gegen die Auskömmlichkeitsklausel und dass keine einzige Stelle zusätzlich investiert werden sollte. Ich frage mich manchmal: Wo ist der Kampfesmut der GEW eigentlich gewesen, als die CDU mit Schill-Partei und FDP regiert hat? Der ist offenbar sehr viel geringer gewesen als in den Zeiten von ’86 bis ’96.

Es gab doch aber auf jeden Fall auch zu jener Zeit sehr viele Aktionen, sogar Großdemos und Aussperrungsmaßnahmen, wie auch Aktionen von Eltern und Schüler*innen, – oder beispielsweise den Klassenfahrtsboykott…

Ich erinnere die schwierigen Diskussionen, weil auf Klassenfahrten zu verzichten aus pädagogischen Gründen doch sehr problematisch ist.

Ohne das Prinzip der Auskömmlichkeit und mit der Schaffung neuer Stellen würdest du das verordnete Arbeitszeitmodell also gut finden?

Na ja, das Thema der Gerechtigkeit ist für mich damals wirklich ein wichtiges Motiv gewesen. Ich fand das ungerecht, wie die Arbeitszeit auch zwischen den Schulformen verteilt war. Das ist einfach so hingenommen und eigentlich nie diskutiert worden. Ich habe ja auch an Grund-, Haupt- und Realschulen gearbeitet, die Grundschullehrer haben da 28 Stunden, die Realschullehrer haben 26 Stunden gehabt.

Aber wenn wir uns die Faktorisierung anschauen, dann ist dieses Ungleichgewicht doch geblieben. Bei gymnasialen Schulen gibt es ja immer noch einen höheren Faktor als z. B. in der Grundschule. Es ist doch fraglich, ob die höhere Faktorisierung wirklich angemessen ist, gerade auch wenn wir uns die Anstrengung anschauen, die es bedeuten kann, an einer Haupt- oder Realschule zu unterrichten.

Das sehe ich auch kritisch. Es gibt ja auch ein Ungleichgewicht dort, wo Gerechtigkeit gar kein Faktor ist, nur ein Beispiel: Auf einer Versammlung hat mal ein Kollege aus dem Gymnasialbereich zu mir gesagt: »Meine Güte, wenn ich daran denke, meine Frau, die arbeitet in einer Hauptschule, wenn die erzählt, wie viel Stress sie in einer Stunde hat, um überhaupt Unterricht stattfinden lassen zu können und ich mit meinem Oberstufenkurs, wo ich gerade ein philosophisches Thema habe, ich komme da manchmal beglückt aus der Stunde raus«.

Ist das nicht ein grundsätzliches Problem bei solchen Faktorisierungen, dass diese Differenzierungen im Kollegium auch zu einer Entsolidarisierung untereinander führen können, weil jeder dann seine Arbeit unterschiedlich anerkannt oder wertgeschätzt fühlt? Das hat ja auch Konsequenzen für eine gewerkschaftliche Gegenmacht, weil das zu Spaltungen im Kollegium führen oder vorhandene Spaltungen verstärken kann.

Na, ich bin ja selbst lange Lehrer gewesen und ich meine, in jedem Kollegium gibt es Leute, die ihren Unterricht machen, aber auch in der Schulkonferenz sind, die Sportwettkämpfe machen, Fachvertreter für ein Fach sind und dies und jenes machen und – mal ein bisschen karikierend gesagt – es gibt Leute, die haben das Surfbrett schon an ihrem Wohnmobil, mit dem sie zur Schule kommen, und die machen dann ihren Unterricht und danach machen sie etwas anderes. Ich will das ja auch nicht abwerten, aber es gibt eben oft ein erheblich größeres Engagement von Leuten, die alle möglichen zusätzlichen Aufgaben für die Schüler*innen und das Kollegium übernehmen. Das hat mir immer eingeleuchtet, dass man da zu einem Ausgleich kommen musss. Es war aber auch klar, dass das sehr bürokratisch wird und es hat ja auch dazu geführt, dass dann Kolleg*innen, wenn sie irgendwas übernehmen sollten, gesagt haben: »Und, Schulleiter, was kriege ich dafür, was gibt es dafür?« Also, der pädagogische Impetus und Eros, der verblasste ein bisschen, es wurde dann gefeilscht: »Aber unterschreib mir, dafür möchte ich aber auch noch eine halbe Stunde Entlastung haben«. Das ist das Negative, was das Modell mit sich gebracht hat, und das ist auch etwas richtig Nerviges, das kann ich durchaus nachvollziehen. Aber es geht ja auch anders. Meine Frau zum Beispiel war 30 Jahre lang Lehrerin und Schulleiterin an der Blinden- und Sehbehinderten-Schule, und sie sagt: Das Modell hat Transparenz eingebracht, weil auf den Konferenzen über die Zeitverteilung geredet werden konnte und es gemeinsame Vereinbarungen gab. Die Schulen hatten Mittel und Möglichkeiten, dafür zu sorgen, dass es für die tatsächlich notwendige Arbeit auch eine Anrechnung gegeben hat. Dafür braucht man Kommunikations- und Gremienstrukturen, Lehrervertreter*innen, die gemeinsam mit der Leitung eine gerechte Verteilung vereinbaren.

Aber das letzte Wort bei dieser Verteilung hat ja die Schulleitung, was bedeutet, dass Kolleg*innen in die Auseinandersetzung gehen müssen, denn die Möglichkeiten der Interessenvertretung, da selbst was an der Wochenarbeitszeit zu drehen, sind doch begrenzt.

Sicher hatte die Schulleitung die Verantwortung bei der Verteilung, die Vorgaben mussten berücksichtig werden. Dennoch gab es transparente Auseinandersetzungen um die Verteilung. In vielen Schulen und Kollegien war das auch möglich. Und: In Hamburg haben ja viele Kollegien qualifizierte Schulleitungen gewählt.

Okay, sowas mag in einer guten Schule möglich sein. Aber wir können doch nicht von einem Ideal ausgehen!

Da muss eine kompetente Schulleitung einen konstruktiven und transparenten Verhandlungsprozess führen. Und der Personalrat hat dabei ja auch eine wichtige Funktion.

Du würdest also sagen, das AZM hat einen Gerechtigkeitseffekt, und dahingehend ist es auch sinnvoll, entsolidarisierende Effekte hat es nicht?

Ja. Im Prinzip ja.

Das Hamburger Arbeitszeitmodell ist also sinnvoller als das Pflichtstundenmodell, das mit der Gießkanne vorgeht?

Ja, das würde ich sagen. Auch an einer Schule kann man und muss man darum kämpfen, dass das in einer Konferenz mit Schulleitung und Kollegium vernünftig und akzeptabel verteilt wird. Wenn das Modell allerdings so eng gestrickt ist, wie es zum Teil gestrickt wurde, wird es zwangsläufig Unzufriedenheiten geben.

Lass uns trotzdem noch ein wenig über die Probleme des Modells sprechen. Du hast vorhin von größerer Transparenz gesprochen. In der Praxis zeigt sich aber doch, dass es für viele Kolleg*innen undurchsichtiger geworden ist – davon können ja Personalräte

ein Lied singen: Ständig wollen Leute von ihnen wissen, wie das jetzt eigentlich korrekt zu berechnen ist. Und diese Undurchsichtigkeit kann zusammen mit dem Prinzip der Auskömmlichkeit gut für eine verdeckte Arbeitsintensivierung ausgenutzt werden.

Die verdeckte Arbeitsintensivierung kritisiere ich auch. Und die ist in den letzten 20 Jahren größer geworden. Bei der Frage der Transparenz, da kritisiere ich aber die Schule, die muss sich um Transparenz kümmern. Das muss sich der Personalrat mit der Schulleitung zusammen angucken.

Das große Problem ist ja dann tatsächlich: Wie stark ist man in solchen Verhandlungen um das Arbeitszeitmodell? Da ist man dann ja wieder bei diesem Problem des Kräfteverhältnisses. Und viele Kräfte werden ja allein durch die Komplexität und Herumrechnerei gebunden: Da wird etwas in die Schule reingegeben, was erst mal auch so ein Kollegium doch ganz schön lange beschäftigt und auch Konflikte generiert, beispielsweise im Ausklamüsern, wie eine gerechte Faktorisierung aussieht und wie man die ganzen zusätzlichen Tätigkeiten und Funktionen irgendwie fair verteilt. Es gibt ständige Auseinandersetzungen um die Frage: Wer kriegt da jetzt was und wie viel?

Ja klar. Aber dazu gibt es auch die Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule, wenn das funktioniert zwischen dem Personalrat, dem Kollegium und der Schulleitung. Das Problem der vorgegebenen Auskömmlichkeit muss allerdings politisch gelöst werden.

Aber setzt dieses Sich-Einbringen und Erkämpfen von Mitbestimmungsmöglichkeiten dann nicht auch wieder eine starke politische Organisierung voraus? Und gerade die hat ja auch durch die krasse Überlastung der Kolleg*innen, die wiederum eine Auswirkung des AZM ist, stark abgenommen. In Bezug auf diese Probleme und die Problemlösungsmöglichkeiten beißt sich ja dann die Schlange in den Schwanz. Gerade weil es ja auch nicht unüblich ist, dass bei Auseinandersetzungen darum, wie man beispielsweise endlich mal eine Korrektur des Arbeitszeitmodells durch ein Einbeziehen all der seit 2003 hinzugekommenen Aufgaben hinbekommt, dann von der Leitungsseite Sprüche gedrückt werden wie: »Ach, macht doch mal ein bisschen Yoga!«, oder »Versucht doch, mal mehr abzuschalten!« Es ist eine Erfahrung vieler engagierter Kolleg*innen, dass solche Veränderungsbemühungen mit der Standardfloskel dieser verdammten >Auskömmlichkeit< abgeschmettert wurden. Und deswegen ist das AZM eben ein so starkes Problem: Es wurde damit auch ein Instrument geschaffen, das die Diskussion, Problematisierung und Beseitigung von Überlastung und Intensivierung unglaublich erschwert hat.

Absolut, das kritisiere ich ja auch. Unter diesen Bedingungen wäre ich auch wirklich nicht damit einverstanden gewesen und froh schon überhaupt nicht. Aber die GEW muss sich natürlich auch fragen, was sie konkret will. Wofür will sie kämpfen? Ich meine, es ist wahrscheinlich einerseits eine günstige Zeit, wo Geld da ist in den Haushalten. Und andererseits ist wirklich viel in den letzten Jahren dazu gekommen, an zusätzlichen Aufgaben, Belastungen usw. Es gäbe also einen Grund zu sagen: »Das muss berücksichtigt werden« und Forderungen zu stellen. Aber es ist ja auch ein Austarieren von unterschiedlichen Interessen. Als wir 2008-2010 die Einführung einer sechsjährigen Primarschule in Hamburg geplant und vorbereitet hatten, beschloss die Bürgerschaft dafür 1000 Stellen für eine deutliche Senkung der Klassenfrequenzen. Das war auch eine Maßnahme zur Senkung der Arbeitsbelastung der Kollegien gewesen. Und es zeigt, dass Politik es machen kann, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist.

Wie schätzt du das ein, dass die GEW Hamburg nun eine Arbeitsbelastungserhebung, eine wissenschaftliche Untersuchung der konkret geleisteten Arbeitszeit durchführen wird? Die Hoffnung ist ja, den Zusammenhang von AZM, gestiegener Arbeitsbelastung, Überlastung und Abnahme der Vollzeitbeschäftigung nachweisen zu können.

Ich finde das interessant und richtig. Je nachdem, wie stichhaltig die Ergebnisse dann sind, könnte es eine wichtige Verhandlungsgrundlage sein.

Wobei es auch da, das hast du ja mehrmals betont, dann auch auf die Kampfeskraft ankommt… die wäre in Begleitung der Studie mit zu stärken. Denn für viele Kolleg*innen bleibt ja oft nur der individuelle Weg: >Teilzeit<. Der Einspareffekt des AZM wird ja irgendwie auch über die Teilzeit finanziert: Kolleg*innen arbeiten freiwillig weniger, um das alles noch schaffen zu können, aber arbeiten trotzdem mehr als die in der Teilzeit enthaltenen Arbeitsstunden. Das senkt gleichzeitig den Pensionsanspruch, und hier kommt ja auch wieder eine krasse Ungerechtigkeit rein, wenn wir bedenken, dass überwiegend Frauen* in Teilzeit gehen (müssen), weil sie noch zusätzliche Belastungen in der Familie zu schultern haben. Der individuelle Weg der Teilzeit kann also auch nicht so wirklich die Lösung sein.…

Das ist nicht die Lösung, aber das entlastete natürlich die Politik. Fairerweise muss man allerdings auch sagen, dass der Hamburger Senat die Besoldung für über 5.000 Lehrkräfte wieder auf A 13 gehoben hat und deren finanzielle Spielräume sich dadurch verbessern.

Das heißt, die Konsequenz müsste sein: weniger Teilzeit, mehr Kämpfe für eine gut lebbare Vollzeit!

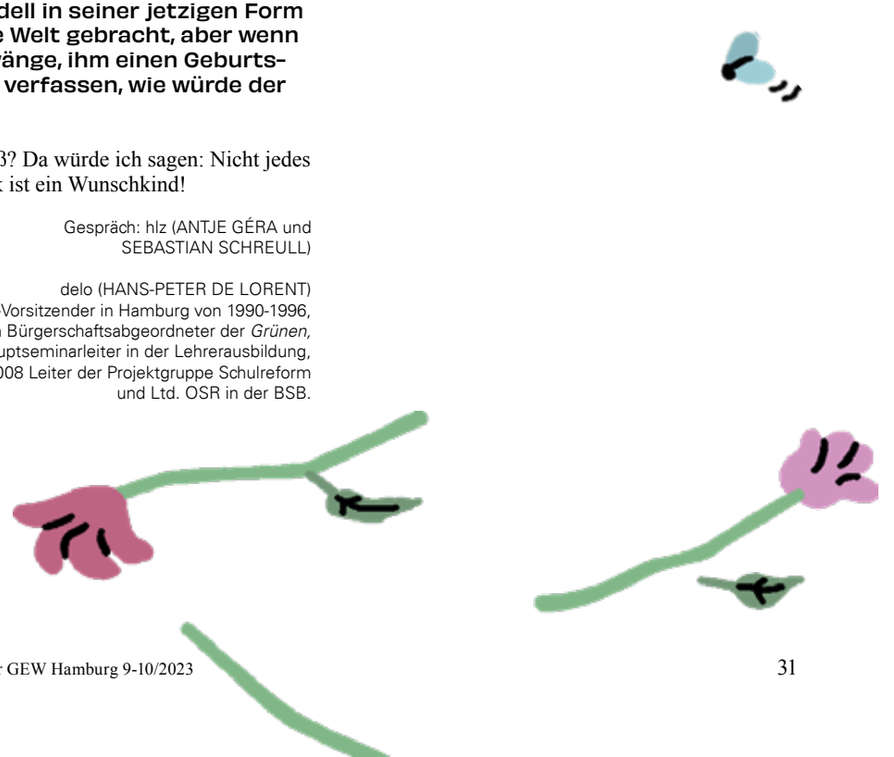
Ein guter Schluss, wobei manche Teilzeit auch individuell und familiär notwendig und gewollt ist.

Eine Frage noch: Zwar hast du das Arbeitszeitmodell in seiner jetzigen Form nicht auf die Welt gebracht, aber wenn man dich zwänge, ihm einen Geburtstagsgruß zu verfassen, wie würde der lauten?

Geburtstagsgruß? Da würde ich sagen: Nicht jedes Kind der Politik ist ein Wunschkind!

Gespräch: hlz (ANTJE GÉRA und SEBASTIAN SCHREULL)

delo (HANS-PETER DE LORENT)
war GEW-Vorsitzender in Hamburg von 1990-1996, danach Bürgerschaftsabgeordneter der *Grünen,* Hauptseminarleiter in der Lehrerausbildung, seit 2008 Leiter der Projektgruppe Schulreform und Ltd. OSR in der BSB.



Der Fucktor

Lieber Stephan,
ich hoffe, du bist bei bester geistiger Gesundheit, denn freiwillig zurück in die Schule zu gehen sollte man sich gut überlegen :D.
Selbstverständlich bist du jederzeit herzlich willkommen. Ich habe dir meinen Stundenplan angehängt und kann dir empfehlen, dir SPA-Klassen anzugucken. Da lernst du auch mich noch mal von einer ganz neuen, unentspannten Seite kennen ;).
Melde dich einfach, damit ich den Klassen Bescheid sagen kann.
Beste Grüße, Liese

Diese Mail schrieb ich just am Montag einem ehemaligen Schüler, der in einer überdurchschnittlich leistungsgeilen Klasse staatlich anerkannter Erzieher wurde und sich nun selbstentwürdigend als ›Lehramtsersti‹ bezeichnet. Warum will ein herzensguter, kluger, bescheidener und hilfsbereiter Mensch Lehrer werden? Und noch spannender: Warum hält ihn niemand auf? – Ersteres vermutlich, weil wir alle auch mal dachten, wir werden keine verrohten Zyniker*innen, die sich freitags einen reinstellen, um die vergangenen 5 Schultage zu überfluten, und Zweiteres wahrscheinlich, weil niemand, der nicht selbst im Business ist, den Endgegner kennt: den FUCKTOR.

Der Fucktor ist der Typ, der Chuck Norris seinen Eiweißshake abgezogen hat, der Fucktor war das Double von Bud Spencer bei allen Faustschlag-Szenen, der Fucktor hat Alexander Gauland seine Katzenkrawatte vom Halse gerissen und ihm diesen Hundelappen umgewürgt, der Fucktor isst mittags im Lehrer*innenzimmer und bringt nie sein Tablett zurück. Der Fucktor ist auf dem Bauernhof das Gerät, was die Gülle vom Stall aufs Feld pumpt und bei 20 unentschuldigten Fehlkopien direkt wieder absaugt. Der Fucktor ist in der Kita der Grund, aus dem man erst beim Wechseln der randvollen Windel merkt, dass es keine neue mehr gibt, der Fucktor ist das Zeug, das die Disponentin geraucht hat, die die Müllabfuhr jeden Dienstag pünktlich um fünf vor acht vor der Schule die Tonnen leeren lässt! Selbst beim HSV kennen sie das Fucktor, treffen es jedoch selten.

!*#@%?

Bin ich kurz abgeschweift? Vielleicht. Aber nur, weil mich dieser Faktor wirklich auf die Palme bringt! Ich komme nochmal neu rein.

Ja, guten Abend,
mein Name ist Lasse Amsel, Leiter des Geschäftsbereichs Personal und Finanzen. Ich darf Sie beglückwünschen zu einer durchaus auskömmlichen Personalzuweisung, auch wenn Sie im Bereich der Mathematik vielleicht einen anderen Eindruck haben könnten.
Wir im berufsbildenden Bereich sind in der luxuriösen Situation, keinen Unterricht mit einem geringeren Faktor als 1,4 ausstatten zu dürfen. Schließlich nennt man das hier nicht umsonst ›gehobenen Dienst‹ im Vergleich zum Malen nach Zahlen mit Zwergen und Halbwüchsigen an Grund- und Stadtteilschulen. Seit die BSB 2003 das Lehrerarbeitszeitmodell eingeführt hat, kann durch die Faktorisierung der jeweiligen Fächer, Schulformen und -stufen der Arbeitsaufwand endlich gerecht abgebildet werden. Anders als beim Vorläufer, dem Pflichtstundenmodell, können wir nun sogar außerunterrichtliche Aktivitäten in die Berechnung miteinbeziehen! Konferenzen! Aufsichten! Fachgruppen! Gremienarbeit! Fortbildungen! Vertretungen! Schulentwicklung! Klassenlehrertätigkeit! Beratungsgespräche! – Das ist jetzt alles im Faktor mit drin!

Aaaahhh, wenn ich diesen Halbsatz nur höre: »IM FAKTOR MIT DRIN«! Immerhin ist nach jahrelangem Kampf zumindest die Debatte um die Gleichstellung der Schulformen fair ausgegangen und alle Lehrer*innen in Hamburg steigen mit der Besoldungsstufe A 13 ein. Aber dieser Faktor ist wie ein schwarzes Loch, in dem meine Arbeitskraft verschwindet, egal, wie viel oder gut ich arbeite! Und das Schlimmste ist, der Faktor frisst nicht nur meine Kraft, sondern an ganz miesen Tagen auch meine Motivation. Meine Überzeugung, dass es einen Unterschied macht, ob ich junge Menschen ernstnehme und mich auf jeden einzelnen als komplexe Persönlichkeit einlasse. Der Faktor nagt so wie RWE an den Wäldern dieses Landes an meiner Haltung, in der Schule nicht nur Getrennt- und Zusammenschreibung, sondern auch Solidarität lehren und lernen zu dürfen. Der Faktor sagt mir »Freu dich Liese, du kriegst für deinen Deutschunterricht mehr Geld als die Kolleg*innen in der Kita für Sprachbildung!«

Und ich sage darauf nicht »Fuck you, Goethe«, nein, ich sage »Fuck you, Fucktor«, denn es geht mir nicht ums Geld, sondern um Zeit. Und ja, das ist am Ende eins, aber es muss doch möglich sein, Vollzeit zu arbeiten und für die wichtigste Sache der Welt Zeit zu haben, nämlich für die Beziehungsarbeit. Und der Vergleich zwischen Arbeitszeit- und Pflichtstundenmodell bringt uns in dieser Sache kein Stück weiter. Nur, weil fliegen mit CO2-Ausgleich besser ist als fliegen ohne CO2-Ausgleich ist es trotzdem eine Klimasünde! Man könnte Kurzstreckenflüge auch einfach verbieten, aufhören, Kerosin zu subventionieren und die Penunsen in die Erforschung alternativer Treibstoffe stecken, statt das Elend immer weiter voranzutreiben und gebetsmühlenartig zu wiederholen, dass es leider keine Alternativen gibt. Klar, am Arsch vorbei führt auch ein Weg. Aber die Frage ist doch, wollen wir da hin? Und noch spannender: Wie kommt man von da zurück?

Schon jetzt arbeitet nur gut die Hälfte der Hamburger Lehrer*innen Vollzeit und seltsamerweise haben wir ein handfestes Nachwuchsproblem. Gleichzeitig müssen wir den Fachkräftemangel im sozialen Bereich beheben, diese Last könnte nicht mal Obelix stemmen!

Am nächsten Freitag kommt ›Lehramtsersti‹ Stephan mit in meinen Unterricht. Ich habe ihm erst heute den konkreten Termin zugesagt, weil ich dachte, ich hätte ihm schon längst geantwortet. Ein mittelgroßer deutscher Dichter fragte einst: »Warum bin ich so vergesslich?« Er weiß es nicht, aber ich kenne die Antwort: Weil es im Fucktor mit drin ist!

LIESE KÜHNEL

»…wenn man sich entsprechend des AZM verhalten würde, würde ›Schule‹ zusammenbrechen«

Kaum jemand kennt sich so gut mit dem Hamburger Arbeitszeitmodell aus wie Hans Voß, und kaum jemand kann es so gut kritisieren – war er doch langjährig für die GEW als Personalrat tätig. Wir haben mit ihm über die Natur, die Geschichte und die Probleme dieses Modells gesprochen.

Lieber Hans, diese erste Frage dürfte dir leichtfallen: Was ist überhaupt das AZM, das Hamburger Arbeitszeitmodell?

Hans Voß: Ja, leider ist es kein Modell, sondern es ist die Realität und wird aber immer noch unter dem Stichwort ›Arbeitszeitmodell‹ geführt. Die Kolleg*innen sprechen vom ›Modell‹, aber wissen ganz genau, das ist ihr täglich Brot, das sie erleben. Ja, was ist das Arbeitszeitmodell? Oder, ganz grundsätzlich gefragt, was sollen Arbeitszeitmodelle? – Die sollen die Arbeitszeiten abbilden, welche einer Lehrkraft für bestimmte Tätigkeiten zugestanden werden. Das sollte natürlich dann möglichst umfassend und auch angemessen sein, so dass also auch wirklich die Arbeitszeit berücksichtigt wird, welche die Kolleg*innen investieren. Das ist natürlich schon der erste Knackpunkt und genau daran krankt auch dieses Arbeitszeitmodell in Hamburg. Wenn wir jetzt in unserem Gespräch die Realität beschreiben, sollten wir vereinbaren, dass wir von dem AZM-Arbeitszeitmodell sprechen, dann wissen wir, was damit gemeint ist.

Aber es ist natürlich auch eine Verordnung.

Ja, das ist eine Verordnung, die dem Ganzen zugrunde liegt. Und die ist nicht aus Jux und Tollerei entstanden, sondern hat eine bestimmte Funktion. Darüber muss man sich im Klaren sein.

Genau darüber reden wir jetzt. Die Arbeitszeitverordnung bzw. das AZM wurde 2003 in Hamburg unter einem CDU-Bürgermeister eingeführt, nämlich Ole von Beust und unter dem Schulsenator Rudolf Lange von der FDP, einem Konteradmiral außer Dienst, auch ein Roland Schill war mit dabei. Das klingt ja eigentlich schon mal nicht nach einer politischen Konstellation, die das Wohlergehen der Lehrer*innen in den Mittelpunkt ihrer Reformbemühungen stellt. Allerdings sind auch schon davor, in den 90er Jahren, eine ganze Menge problematische Dinge gelaufen. Kannst du uns etwas über den Prozess der Einführung dieses Modells, aber auch über die vorangegangenen Auseinandersetzungen erzählen?

Gerne. Es sind ja damals nicht nur problematische Sachen gelaufen, sondern es hat sich immer auch etwas bewegt. So wurde ’89/’90 in Hamburg die Arbeitszeit der öffentlich Bediensteten und damit auch der Hamburger Lehrer*innen verkürzt von 40 auf 38,5 Stunden, das ist ja erst mal was Positives auch wenn dies durch eine geringere Besoldungserhöhung ›erkauft‹ wurde. Für einen Beamten in einer Behörde war dabei klar: Nach 38,5 Stunden fällt der Bleistift. Aber was bedeutete das für die Lehrer*innen? Dort hatte man sich Folgendes ausgedacht, man hat gesagt: »Okay, wir geben den Schulen eine bestimmte Arbeitszeit, einen Arbeitszeitpool und aus diesem Pool heraus erhält jeder etwa alle drei Jahre eine Pflichtstundenreduzierung.« Das war die sogenannte Poolstunde. Und etwas, was uns heute immer noch begegnet, ist der sogenannte Organisationstag zum Halbjahr. Das alles war aber ’95 schon vorbei: Die Poolstunde wurde gestrichen. Es wurde aber nicht nur die Erleichterung weggenommen, sondern auch noch die Pflichtstundenzahl erhöht. Die Begeisterung darüber war natürlich nicht sehr groß. Dann kam 2002 die Erhöhung der Arbeitszeit der Beamt*innen und der Lehrer*innen in Hamburg und im gesamten Öffentlichen Dienst von 38,5 auf 40 Wochenstunden. Die Kolleg*innen, die in der Schule tätig waren, haben gesagt: »Wieso? Wir haben doch schon geliefert! All das, was wir im Zuge der Reduzierung bekommen hatten, ist uns jetzt ja schon wieder weggenommen worden – man hat sogar die Pflichtstundenzahl erhöht!«
Zudem kam von dem Schulsenator Lange ein Brief an die Schulen, in dem er sinngemäß schrieb: »Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Öffentlichkeit ist viel diskutiert worden, aber ihr könnt beruhigt sein, unter meiner Ägide wird es keine Erhöhung der Pflichtstunden geben und auch die Besoldung wird nicht reduziert…« – Und dann kam doch beides, und das kam eben auch über das Arbeitszeitmodell. Mit diesem Brief hatte sich Senator Lange ein bisschen vergaloppiert. Denn es gab 2002 die Senatsklausur in Jesteburg, auf der man beschlossen hatte, dass alle Kapitel, alle Bereiche, alle Behörden Stellen liefern müssen. Nun stand der gute Herr Lange vor dem Problem: Was mache ich denn nun? Ich habe denen doch gerade erst den Brief geschrieben. Dann ist er auf die Idee gekommen: Wir machen das anders, wir führen ein Arbeitszeitmodell ein unter der Überschrift ›Wir wollen die Arbeitszeit gerechter verteilen‹. Aber hier war natürlich gleich eingebaut: ›Ich muss liefern, ich muss Stellen liefern.‹ So wurde das Arbeitszeitmodell als Vehikel benutzt, um Stelleneinsparungen durchzusetzen und zu verschleiern. Gegenüber der Öffentlichkeit wurde das mit alternativen Wahrheiten – also im Trump’schen Sinne – kommuniziert: »Wir machen hier keine Kürzungen, sondern wir wollen es nur gerechter machen.«

Das ›Gerechter-Machen‹ – ich frage jetzt ein bisschen böse – stand ja auch in den Diskussionen um ein Arbeitszeitmodell innerhalb GEW in den 90er Jahren im Vordergrund. Schon damals wurde darüber nachgedacht, ob es denn nicht gut wäre, auch in Hamburg so etwas wie ein Arbeitszeitmodell einzuführen, nach dem Vorbild des dänischen Lehrer*innen-Arbeitszeitmodells. Könnte man hier nicht auch unfreiwillig etwas inspiriert haben, dessen Geister man dann nicht mehr losgeworden ist?

Grundsätzlich ist ja so ein Arbeitszeitmodell eine gute Sache. Da war ich auch damals durchaus mit einverstanden, dass die GEW sich Gedanken macht und guckt, wie es in anderen Ländern läuft. Das war mit Sicherheit eine gute Sache! Es gab ja auch schon vor 2002 eine Lehrerarbeitszeitkommission. Die erste Lehrerarbeitszeitkommission hat 1999 einen Bericht vorgelegt, in dem sie versucht, auf Grundlage der auch von der GEW forcierten Idee ein Modell aufzubauen, damals mit Professor Klaus Klemm, der ja nicht im Ruf steht, den Lehrer*innen etwas Böses zu wollen. Die Kommission hat ein Modell entwickelt und dann gesagt: »Wir brauchen Pilotschulen, die dieses Modell erproben.« Das Problem war, dass sich keine Pilotschulen fanden. Es gab zwar Schulleiter*innen, die bereit gewesen wären, aber die Kolleg*innen haben gesagt: »Nee, bei uns nicht, sollen andere das ausprobieren.« So verschwand dieser Entwurf in der Schublade. Und an diesen Entwurf erinnerte sich dann der gute Herr Lange, oder die Leute um ihn herum haben sich daran erinnert und gesagt: »Das wäre doch der Weg!« Da hat man dann eine zweite Kommission auf diesen Weg geschickt, um die Lehrerarbeitszeit ›gerechter‹ zu verteilen. Allerdings – und das ist dann ein-zwei Jahre später herausgekommen – mit der Anweisung, Lehrerstellen einzusparen. Mit diesem engen vorgegebenen Rahmen, der schon die Einsparung der Lehrerstellen vorgab, wurde dann ein Arbeitszeitmodell aufgebaut, das die Faktoren dementsprechend so entwickelte, dass diese Arbeitszeit dann ausreichen sollte, um die steigende Schüler*innenzahl auch mit Lehrkräften zu versorgen und gleichzeitig mit weniger Lehrerstellen mehr Schüler*innen zu unterrichten.

Gab es damals schon Proteste bei der Einführung?

Es gab vor der Einführung sehr, sehr viele Proteste. Also 2002 gab es diese überwältigende Demonstration mit 50.000 Demonstrierenden, die sternförmig aus allen Bereichen kamen und sich dann auf dem Rathausmarkt trafen, um gegen die Kürzung zu protestieren. Daraufhin hat man dann bekräftigt: »Wir wollen ja gar nicht kürzen, wir wollen es doch nur gerechter machen!« Darin lag die Schwierigkeit für die Kolleg*innen der GEW, jetzt deutlich zu machen: Warum sind wir gegen ein Arbeitszeitmodell, das wir doch eigentlich auch wollen, aber eben nicht so und nicht zu diesen Bedingungen? Dass die Faktoren, die den Kolleg*innen zugestanden wurden, zu niedrig angesetzt waren, das war ja erst einmal nicht direkt ersichtlich – es wurde erst im Laufe von 2003 deutlich, was das Modell für die Kolleg*innen bedeutete.

Man kann das ja mittlerweile sehr gut zeigen, wenn man sich anschaut, wie die Teilzeitquote sich verändert hat. Es ist ja nur selten so, dass Kolleg*innen weniger arbeiten, weil sie das gerne möchten, sondern eher, dass die Überlastung so groß ist, dass es in Vollzeit nicht zu schaffen ist.

Hamburg ist unter allen Bundesländern mittlerweile führend im Bereich der Teilzeitquote von Lehrer*innen oder überhaupt der Teilzeitquote im Bereich der Schulen. Man kann genau sehen, wann diese Teilzeitquote zu steigen begann. Der Startpunkt des Anstiegs ist 2003 mit dem Startpunkt des Arbeitszeitmodells. 2004, das habe ich noch

gar nicht angesprochen, gab es ja nochmals eine Einsparung durch die sogenannte Basisfrequenzerhöhung, die die Lage nochmals verschärfte. Da fragen sich nun unsere geneigten Leser*innen: Was ist eine Basisfrequenzerhöhung? Der Gedanke dahinter ist: Wir machen die Zuweisung an die Schulen immer bei einer ganz bestimmten Klassenfrequenz bei der die Grundstunden für die Klasse gewährleistet sind und diese Frequenz erhöhen wir jetzt einfach mal. In der Zuweisungsformel steht die Basisfrequenz im Nenner, und wir wissen vom Bruchrechnen, wenn die Zahl unter dem Bruchstrich erhöht wird, dann wird das Ergebnis geringer. Das haben die Kolleg*innen dann erfahren dürfen: dass sie die steigenden Schülerzahlen mit noch weniger Lehrer*innen versorgen mussten. Das ging nur dadurch, dass die Zitrone immer weiter ausgepresst wurde, von den Kolleg*innen immer mehr Tätigkeit verlangt wurde – also nicht mehr Tätigkeit*en*, sondern komprimierter: mehr Tätigsein in derselben Zeit.

Mit dem Anspruch dieses Arbeitszeitmodells, so etwas wie Transparenz oder auch Gerechtigkeit in Bezug auf die Tätigkeit der Kolleg*innen zu schaffen, ist es also nicht so weit her, wenn man das mit der Wirklichkeit abgleicht, weil es von Anfang an darum ging, Einsparungen vorzunehmen. Dass das Arbeitszeitmodell eine verdeckte Arbeitszeiterhöhung und ein Einsparmodell ist zeigt sich ja auch sehr deutlich, wenn wir uns die Aufgaben anschauen, die innerhalb des Modells gar nicht aufgeführt werden. Es sind ja mindestens 42, eher über 54 Aufgaben, die nicht über das Modell abgebildet werden. Das heißt, all diese Tätigkeiten finden da ihren Ort nicht – und das bedeutet Mehrarbeit.

Die Zahl 42 der neuen Aufgaben hat schon 2008 die *Behler-Kommission* festgestellt, die das Arbeitszeitmodell daraufhin untersuchen sollte, was verändert werden muss. Seitdem sind noch mehr Tätigkeiten hinzugekommen. Das heißt, die Zahl floatet, und zwar nach oben, nicht nach unten. Das ist ein großes Problem. Wir sollten aber noch mal einen Schritt zurückgehen. Es ist ja auf eine perfide ›elegante‹ Weise gelungen, durch diese Einführung des Arbeitszeitmodells und der Basisfrequenzerhöhung unter anderem die Zahl der Stellen für Vertretungen zu erhöhen, und zwar ist von 2003 auf 2004 diese Zahl einfach um knappe 400 Stellen erhöht worden. Das heißt aber nicht, dass diese 400 Stellen dann vor Ort gewesen sind, sondern die wurden (damals noch) von der Behörde aus verwaltet und den Schulen als sogenannte Vertretungs- und Organisationsmittel zur Verfügung gestellt. Nach außen konnte man dann sagen: »Wir berücksichtigen doch die Vertretungen, damit können wir das, was bis jetzt immer so schlecht gelaufen ist, nämlich dass so viel Unterricht ausfällt, jetzt durch diese Mittel beheben. Aber wo kamen denn die Mittel her? Da hat die Behörde nämlich nicht etwa *zusätzliches* Geld dafür in die Hand genommen, sondern die Mittel durch die schlechtere zeitliche Bezahlung der Kolleg*innen generiert. Dadurch sind dann für diesen Teil die 400 Stellen ›geschaffen‹ worden, so dass dann nachher durch das Arbeitszeitmodell und die Basisfrequenzerhöhung insgesamt 1.200 Stellen *weniger* da waren – bei steigenden Schüler*innenzahlen! Gegenüber dem Jahr 2000 waren es 3.800 Schüler*innen mehr. Dies musste man mit so viel weniger Lehrerstellen wuppen! Das war natürlich klar, dass das den Kolleg*innen wehtat. Und das führte dann dazu, dass also beispielsweise ein engagierter Erdkunde- und Sportlehrer plötzlich mehr Unterrichtsstunden hatte: Vor der Einführung des Arbeitszeitmodells kam er auf 21 statt der 23 Stunden, die er unterrichten musste, weil er Klassenlehrer und Fachleiter war. Nach den Sommerferien musste er nun mit einem Mal 28 Stunden unterrichten *und* hatte dann noch die Verpflichtung, eine Wochenstunde Vertretung abzuliefern, so dass er jetzt mit fast 29 Stunden am Start war – und er war noch nicht mal derjenige, der am höchsten verloren hat. Wir hatten Kolleg*innen, die dann mit weit über 30-31 Stunden an den Start gehen mussten. Das hat natürlich dazu geführt, dass die Kolleg*innen nicht sehr erfreut waren.

Wie haben sie reagiert?

Der Widerstand war groß, gerade bei den Sportlehrer*innen, aber auch in anderen Bereichen. Die Kunstlehrer*innen haben als Protestaktion ›Malen nach Zahlen‹ gemacht, um vorzuführen, dass mehr Aufwand nicht drin ist, wenn man mit den Faktoren auskommen will. Es gab viel Protest mit ähnlichen Aktionen: Die Sportlehrer*innen haben keine Wettbewerbe mehr durchgeführt, und und und… Das haben natürlich die Eltern auch wahrgenommen. Aber leider hat es keine grundsätzliche Veränderung des Arbeitszeitmodells gegeben. Das Arbeitszeitmodell in der Form, wie es in der Verordnung von 2003 formuliert worden ist, ist nur zweimal geändert worden, 2004 und zuletzt 2011. 2004 hat man ja tatsächlich die Faktorisierung der Unterrichtszeit verändert.

Ja, lass uns bitte die Veränderungen anschauen und im Zuge dessen mal kurz das mit der Faktorisierung klären!

1,3 Zeitstunden bekam ein*e Lehrer*in an der Grundschule für die Durchführung eines 45-minütigen Unterrichts. Da war drin: Elterngespräche, die Unterrichtsvorbereitung, die Klassenarbeiten und Ähnliches. Im Arbeitszeitmodell gibt es das sogenannte UFA-Modell. Was wir gerade besprochen haben bei der Faktorisierung ist der U-Faktor. Dann gibt es noch den A-Faktor: Die Kolleg*innen machen ja nicht nur Unterricht, sondern die müssen ja auch Aufsichten, Vertretungen übernehmen und sie müssen an Konferenzen und an Fortbildungen teilnehmen. Das hat man da in den sogenannten A-Zeiten für ›allgemeine Aufgaben‹ berücksichtigt. Und dann steckt im UFA-Modell ja noch das F, das sind die Funktionen. Der Kollege, von dem ich gesprochen habe, der Erdkundelehrer, der war Fachleiter. Diese Funktion wurde jetzt auch mit einem Zeitfaktor versehen. Trotzdem ging seine Arbeitszeit so heftig nach oben, obwohl er dieselben Tätigkeiten wie vorher hatte. Es wurde alles berücksichtigt – und trotzdem gingen seine Unterrichtsverpflichtungen so hoch, dass er dann im Jahr darauf reduziert hat. Und das war schwer für ihn, weil er Alleinverdiener war, da kann man nicht so ohne Weiteres reduzieren. Eine Familie muss ja irgendwie finanziert werden. Da jongliert man dann. Ganz viele Teilzeiten sind nicht auf längere Dauer festgeschrieben, sondern da merkt man dann: Aha, da war es ein bisschen zu wenig, das Geld war zu knapp, also muss ich im nächsten Jahr wieder ein bisschen mehr arbeiten. Und im Jahr darauf dann wieder: Die Arbeit frisst mich auf, also muss ich wieder reduzieren.

Aber nun nochmal zurück zu dem Problem: Die Kolleg*innen bekamen also für den Unterricht – der U-Faktor war 1,3, – 1,3 Zeitstunden. Zwei Dinge sind mit Arbeitszeitmodell auf die Lehrer*innen zugekommen: Die Hamburger Lehrer*innen mussten lernen, wie man Zeiten dezimal berechnet. Und kleine Veränderungen im Faktor, wie die für die Grundschullehrer*innen von 1,3 auf 1,35 – also eine Erhöhung von 0,05 WAZ (Wochenarbeitszeitstunden) – haben eine relativ große Auswirkung. Warum? Weil die Grundschullehrerin, die zum Beispiel 28 Unterrichtsstunden pro Woche zu geben hat, dann 28 x 0,05 mehr angerechnet bekommt – das entspricht drei Minuten mehr Arbeitszeit pro Unterrichtsstunde. Das Ganze aufs Jahr gesehen bei 38 Unterrichtswochen bedeutet dann in der Summe über 53 Zeitstunden im Schuljahr. Das ist also eine ganze Menge. Das ist auch das Vertrackte, dass eben so winzig kleine Änderungen ganz viel bewirken.

Warum hat man diese Veränderung damals denn überhaupt zugestanden? Gab es eine Notwendigkeit?

Ja, die gab es, weil die Grundschullehrer*innen mit so einem niedrigen Faktor von 1,3 ihre gesamte Wochenarbeitszeit nicht mehr an der eigenen Schule unterbringen konnten, da es zu wenige Klassen gab. Die Anzahl der Jahrgänge war ja begrenzt. Da hat dann die Nachfolgerin von dem Herrn Lange, Frau Dinges-Dierig, gesagt: »Ja, die können die Stunden, die sie da noch zusätzlich erbringen müssen, doch an den umliegenden Haupt- und Realschulen erbringen.« Da ist sie selbst in ihrer Partei, in der CDU auf Widerstand gestoßen und man hat dann den Faktor auf 1,35 erhöht.

Und was war die zweite Veränderung im AZM?

2011 ist es auch dank heftiger Kämpfe durch die GEW gelungen, wieder eine Altersentlastung für die Kolleg*innen einzuführen: Sie haben zwei WAZ, also zwei Wochenarbeitszeitstunden bekommen. Diese Altersentlastung ist in die Lehrerarbeitszeitverordnung eingetragen worden und man hat auch gleich festgelegt, dass die Oberstufenfaktoren an den Stadtteilschulen nun dieselben sind wie an den Gymnasien. Das sind die einzigen Änderungen seit 2003. Im Zeitraum von 20 Jahren ist ja nun viel in der Schullandschaft passiert, aber nur diese beiden Veränderungen sind in die Lehrerarbeitszeitverordnung eingeflossen. Alles andere ist nicht verändert worden. Die Unterrichtsfaktoren sind noch immer dieselben wie damals.

Die gleichen Faktoren trotz Inklusion, trotz gestiegener Beziehungsarbeit, trotz Digitalisierung, Schulreformen und neuer Bildungspläne?

Ja. Fairerweise muss man aber unterscheiden: Das Lehrerarbeitszeitmodell ist ja etwas, was die Arbeitszeit der Lehrer*innen regelt. Es hat durchaus Veränderungen gegeben wie eine Erhöhung der Lehrerstellen an den Schulen, indem man beispielsweise die Zuweisung verändert hat. Das war ja auch das Schwierige. Wenn früher, also vor 2007, zum Beispiel die Schüler*innenzahlen nach oben gegangen sind, war das immer so, dass dann die Schüler*innen in den Schulen ankamen und es nicht die Lehrerstellen dafür gab. Da musste dann erst der Senat einen Antrag an die Bürgerschaft stellen, und dann wurde in der Bürgerschaft diskutiert, wie viel Stellen genehmigt werden, und dann kamen erst die Lehrerstellen. Seit 2007 hat man nun eine Zuweisungsformel verbindlich beschlossen, in die verschiede Faktoren eingehen, z. B. die schon erwähnte Basisfrequenz aber auch ein schulform- und stufenspezifischer Durchschnittsfaktor. Jetzt kann man davon ausgehen: Wenn die Schüler*innenzahl steigt, dann steigt auch die Zu-

weisung an Arbeitszeit an die Schulen. Dass das nicht immer so hundertprozentig klappt, ist noch mal eine andere Geschichte. Aber das ist nun wenigstens erst einmal grundsätzlich geregelt. Das ist ein Fortschritt.
In der Zuweisung für die einzelnen Schulen ist der sogenannte Durchschnittsfaktor verändert worden. Wenn nun aber z. B. Stadtteilschulenkolleg*innen davon in der Zeitung gelesen und gedacht haben: ›Ooch, der Durchschnittsfaktor ist erhöht worden, toll! Dann kriege ich also auch mit meinen Faktoren für den Unterricht einen höheren Faktor!‹ – Mitnichten so, sondern über diese Arbeitszeit, die dann mehr zur Verfügung steht, entscheidet die Schulleitung. Sie entscheidet, wie sie die einsetzt, ob sie da vielleicht noch den besonderen Kurs XY einsetzt oder ob sie vielleicht dann doch sagt: »Okay, es ist zwar in der Lehrerarbeitszeitverordnung nicht vorgesehen, aber ich erhöhe den Unterrichtszeitfaktor«. Allerdings rechtsverbindlich ist das nicht, juristisch gelten nur die in der Verordnung festgelegten Faktoren.
Das läuft dann von Schule zu Schule unterschiedlich ab und das zeigt: Es gibt nicht *das* Arbeitszeitmodell, sondern ganz viele – jede Schule hat ihr eigenes Arbeitszeitmodell. Kein*e Kolleg*in kann sagen: »Ich will auch nur so viel unterrichten wie du«. Kann er*sie natürlich sagen, aber ob er*sie es bekommt, hängt davon ab, welche Fächer, in welcher Stufe und wie viele Stunden er*sie an welcher Schule unterrichtet.

Es heißt ja, dass das Arbeitszeitmodell an einer Schule nur so gut ist wie die Schulleitung.

Da ist sicher was dran. Aber fairerweise muss man natürlich sagen, dass den Schulleitungen ja auch keine Arbeitszeit aus der Tasche wächst, sondern die müssen versuchen, klug mit der ihnen zugewiesenen Arbeitszeit umzugehen und vielleicht auch mal sagen: »Gut, liebe Behörde, *du* forderst das und das, das können wir aber in dem Umfang nicht leisten, weil es folgte keine Arbeitszeit.« Die Schwierigkeiten wurden immer da am größten, wo es blinden Gehorsam bei Schulleitungen gab: »Wir müssen: die haben das angeordnet!« Da wurde der Druck immer nach unten weitergegeben. Aber es gab auch Schulleitungen, die das eben nicht mitgemacht haben und die gibt es wahrscheinlich auch jetzt noch. Das muss man fairerweise sagen.

Wenn ich mir das so anhöre, wie du das aufzählst mit den Zuweisungen, den Faktorisierungen und diesen ganz feinen Ausdifferenzierungen, was macht das eigentlich mit einem Kollegium? Es ist zwar einerseits so, dass man sagen kann: Na ja, dies könnte theoretisch zu mehr Gerechtigkeit führen. Wenn die aber darin liegt, immer genau gucken zu müssen, was unterrichtet jemand, wie viel Vorbereitung wird investiert, was macht jemand noch, und wie regelt es dann noch die jeweilige Schule – hat das nicht auch etwas Spalterisches und dann wieder Auswirkungen auf die Bedingungen politischen, gewerkschaftlichen Tätigseins?

Mit Sicherheit wird dadurch die Solidarität untereinander nicht erhöht. Das zeigt sich auch daran, dass an ganz vielen Schulen diese Funktionszeiten – also die Antworten auf die Frage: Wie viel bekomme ich z. B. für den besagten Fachleiterposten? – geheim waren. Die Personalräte und die GEW haben gefordert, dass darüber Transparenz in der Schulöffentlichkeit hergestellt wird, damit man sehen konnte, dass da nicht irgendwelche Schulleiter*innen unter Umständen ihren Lieblingen ganz besonders viel zuschanzen und den anderen weniger. Da sind wir wieder bei dem Problem, dass jede Schule ihr eigenes Modell hatte. An vielen Schulen hing die Funktionszeitenverteilung am schwarzen Brett aus, bei anderen Schulen musste der Personalrat heftig darum kämpfen, dass es überhaupt dem Personalrat vorgelegt wurde, damit der gucken konnte: ›Der Fachleiter Erdkunde bekommt so viel, die Fachleiterin Musik erhält so viel‹. Da haben wir gefragt: »Warum ist das unterschiedlich? Erläutern sie das mal!« Eine Schulleitung muss dann erläutern können, warum da mal mehr oder da mal weniger gegeben wurde.

Du hast dich ja sehr lange mit dem Modell auseinandergesetzt. Auch wenn wir schon viele Kritikpunkte genannt haben, kannst du noch einmal zusammenfassen, was für dich die Hauptprobleme an diesem Modell sind?

Die Auskömmlichkeit!

...auch so eine perfide ›elegante‹ Formulierung für eine ziemlich große Sauerei!

›Auskömmlichkeit‹ war bei Lehrer*innen 2003 das Unwort des Jahres. Das Problem ist ja, die Auskömmlichkeit ist ja nur die euphemistische Bezeichnung dessen, dass die Behörde dir sagt: »Für diese Tätigkeit erhältst du diese Arbeitszeit – und damit musst du auskommen!« In der Erläuterung der Lehrerarbeitszeitverordnung definieren dann die Faktoren das, was die Behörde für angemessen hält. Wenn du aus individueller Entscheidung mehr Arbeitszeit dafür investierst, ist das dein Problem. Das heißt, wenn du jetzt also feststellst: »Für diese Korrektur steht mir nur so und so viel Arbeitszeit zur Verfügung. Wenn ich das entsprechend machen würde, dann kann ich nur kurz am Rand was anstreichen und eine Zensur darunterschreiben. Wenn aber ein*e Schüler*in aus der Korrektur etwas lernen soll, muss ich erläutern: ›Das hast du falsch gemacht.‹ Ich muss einen Kommentar dahinter schreiben. Das ist aber zeitlich nicht vorgesehen, und wenn ich das tue, dann mache ich das aus eigener Entscheidung, die Faktoren geben das nicht her.« Ich kann mich erinnern, dass der gute Herr Rosenboom damals gesagt hat: »Also unter der Hand ist es so, wenn ich die ersten zwei Seiten gelesen habe, weiß ich, was in den nächsten vier Seiten steht und kann dann entsprechend schon die Zensur geben.« Da haben wir ihm gesagt: »Holla, das machen *Sie* mal den Eltern klar!« Er neigte eben zu launigen Bemerkungen. Aber wenn man sich entsprechend der Faktoren des AZM verhalten würde, würde Schule zusammenbrechen.

Mit dem Prinzip der Auskömmlichkeit wurden also die Schleusen geöffnet, das pädagogische Ethos für die Selbstausbeutung nutzbar zu machen.

Natürlich! Wirklich! Ich weiß von ganz vielen Menschen auch aus meinem persönlichen Umfeld, die gesagt haben: »Ich reduziere, gehe in Teilzeit, damit ich so arbeiten kann, dass ich den Schüler*innen auch in die Augen gucken kann.« Das heißt, sie haben eine Bezahlung bekommen von 70/80 Prozent, haben aber 110 Prozent gearbeitet. Das ist natürlich klassische Selbstausbeutung. Bei diesem Modell geht es auch nicht anders.

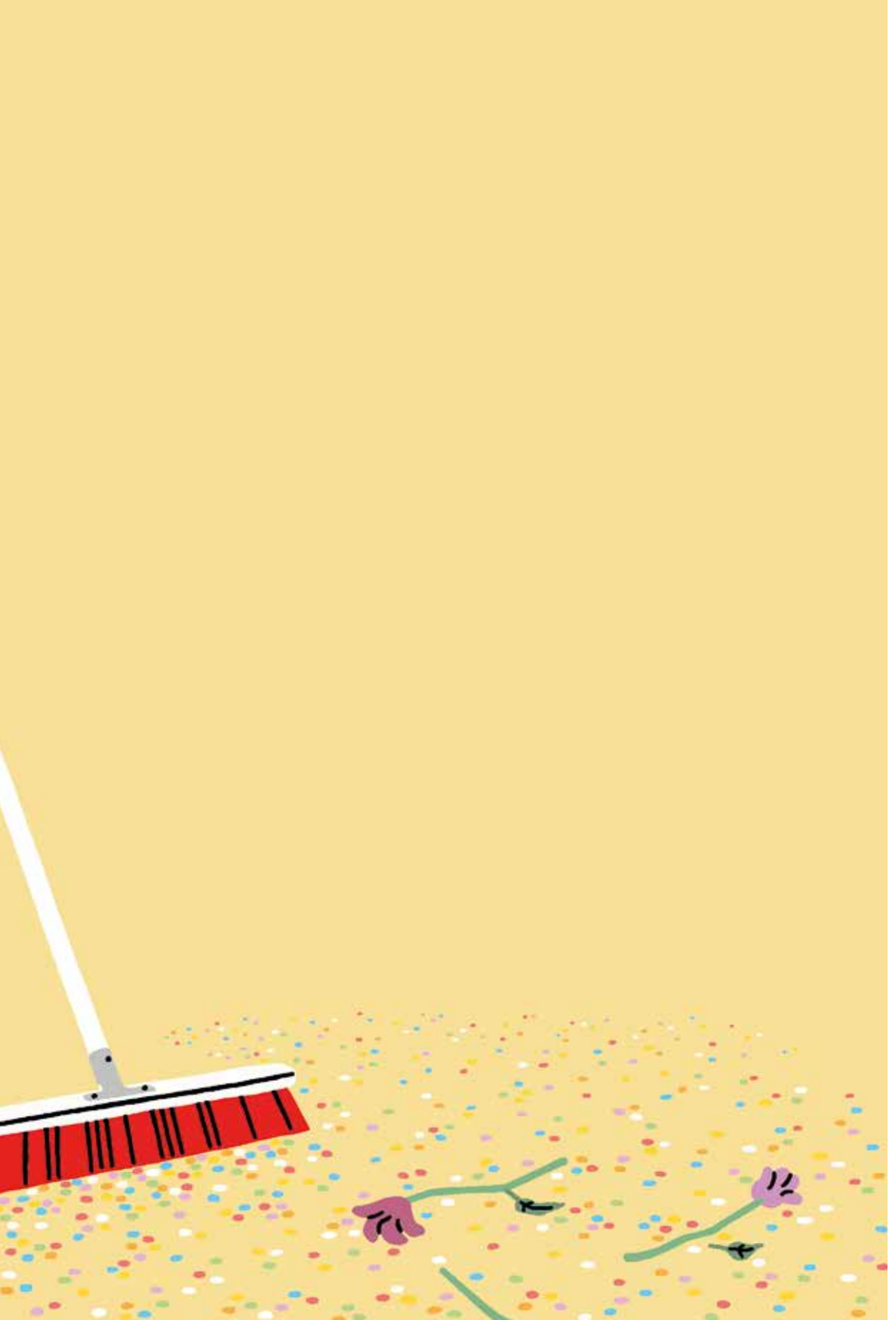
Wenn wir das mal unter dem Gender-Aspekt anschauen, also hinsichtlich der geschlechtlichen Aufteilung auf Teilzeit, ist das natürlich zusätzlich problematisch, weil sich ja die Kolleg*innen, denen zuhause die Hauptlast an Care-Arbeit zufällt, in der Schule weniger belasten können.

Das bildet sich dann in den Zahlen der Teilzeitquote ab, die ist bei Frauen* sehr viel höher.

Gibt es denn eigentlich irgendwelche Gründe, an diesem Arbeitszeitmodell festzuhalten? Was könnte die Alternative sein? Rückkehr zum Pflichtstundenmodell, ist das eine Option? Was wäre denn gegenwärtig denkbar?

Das ist eine interessante Frage, da denke ich mir, dass man auch in der GEW aus meiner Sicht versäumt hat, zu klären: »Was wollen wir?« Wir sind über die Jahre immer stark gewesen in der Kritik und darin, zu sagen: »Das wollen wir nicht!« Die ersten Jahre hat man ja noch gehofft, das Arbeitszeitmodell löst sich irgendwie auf. Da war natürlich auch mehr der Wunsch der Vater des Gedankens.
Es haben ja Kolleg*innen auch gesagt: »Okay, es gibt jetzt das Arbeitszeitmodell. Wie können wir denn die Unterrichtszeit, die von vielen als belastende Zeit angesehen wird, reduzieren? – Dafür müsste man z. B. die A-Zeiten, die Zeiten für allgemeine Aufgaben erhöhen, denn dann geht die Unterrichtsverpflichtung runter – lasst uns also für eine Erhöhung der A-Zeiten kämpfen!« […] Und diese Kolleg*innen haben sich hingesetzt und überlegt, wie wir eine Kampagne starten könnten. Das ging dann zur Abstimmung auf den Gewerkschaftstag, und da ist irgendwann einer von den Altvorderen aufgestanden und hat gesagt: »Das Arbeitszeitmodell ist schlecht, das muss weg, und wenn wir so was einführen, dann wird das Modell nur stabilisiert, also lehnen wir das ab.« Und dann ist man nach Hause gegangen und am nächsten Tag wieder in die Schule, ist da als Personalratsmitglied tätig geworden und hat sich gesagt: »Irgendwie müssen wir das doch aber für die Kollegen erträglicher machen!« Da hat man genau das gemacht. Man hat versucht, das Arbeitszeitmodell erträglicher zu machen. Bloß in der Gewerkschaft haben wir eben beschlossen: »Das muss weg, bevor überhaupt was anderes passiert.« Das ist meines Erachtens ein großer Fehler gewesen, dass man sich nicht überlegt hat: Erstens: »Wo wollen wir hin?« Und zweitens: Nach zehn Jahren merkte man ja, so schnell geht es nicht weg. Man hätte dann über Kampagnen versuchen können, dies oder jenes auf den Weg zu bringen. Ich glaube, daran krankt es, dass wir in der Hamburger GEW nicht genau wissen, was wir stattdessen wollen. Wir könnten ja sagen: »Wir wollen das Arbeitszeitmodell so verändern, dass wir dort z. B. Vertrauenszeiten einbauen, also Zeiten, die nicht belegt sind mit bestimmten Tätigkeiten, sondern die die Kolleg*innen selber im Rahmen ihrer Tätigkeiten auffüllen. Und wir wollen die A-Zeiten erhöhen…« – oder wie auch immer. Wir sollten uns auf jeden Fall darüber klar werden, was wir wollen.

Das heißt, wir müssen ganz viel rechnen, sollten nicht auf einen Gegensatz von ›Revolution‹ und ›Reformen‹ setzen und aushandeln, was die Perspektiven wären. Die GEW ist ja vielerorts und gerade auch in Hamburg dabei, eine Arbeitszeit- und Belastungserhebung zu starten, um die Wirklichkeit



der Mehrarbeit abzubilden. Könnte das ein erster Schritt hin zu einer neuen Debatte und Politisierung sein?

Natürlich. Dann könnte man ja belegen, dass das, was sie uns immer erzählt haben, also dass das Modell gerechter sei usw., in der Schulwirklichkeit überhaupt nicht gegeben ist. Natürlich ist bei so einer Untersuchung das Ergebnis erstmal offen, es könnte ja auch dabei rauskommen, dass alle zufrieden sind und wir dann gefragt werden: »Warum meckert ihr?« Oder aber man stellt fest – und das hat man ja in anderen Bundesländern schon gesehen – dass das Ergebnis beim Aufaddieren der Arbeitszeiten erheblich über diese 1.770 Jahresarbeitszeitstunden hinausgeht, die eine Vollzeitlehrkraft bezahlt bekommt. Wenn das dann wieder einmal festgestellt wird, hat man einen Ansatzpunkt und kann sagen: »So kann es nicht weitergehen, also wollen wir, dass sich das verändert!«
Wir haben damals schon mal gedacht, dass man das juristisch auf den Weg bringen könnte, sind aber gescheitert. Allerdings gab es jetzt in Niedersachsen in letzter Zeit durchaus mutmachende neue Denkweisen in den Gerichten. Grundsätzlich ist es aber so: Wir sollten uns nicht auf die Gerichte verlassen, wir sollen uns auf unsere eigene Kraft verlassen. Wir müssen mobilisieren und wir müssen sehen, dass wir auch voranschreiten und dass die Kolleg*innen mitgehen. Nur wenn es uns gelingt, die Kolleg*innen zum Mitgehen zu bringen, dann geht es auch seinen guten Weg. Ein GEW-Vorsitzender hat mal eine kleine Geschichte erzählt: »Da kommt einer zu einem anderen und sagt: ›du bist mit der Säge da, aber die sägt überhaupt nicht. Mensch, du musst sie mal schärfen!‹ – Da hat der andere gesagt: ›Keine Zeit, ich muss sägen!‹« Wenn wir also weiter so machen, dass wir mit einer stumpfen Säge sägen, dann wird es sich nicht ändern. Es wird sich nur ändern, wenn wir sagen: »Okay, wir sind bereit unsere Sägen zu schärfen «.

Das ist zwar eine schöne Geschichte, aber wenn man sich die auch durch das Arbeitszeitmodell generierte Überlastung anschaut und fragt, wer da überhaupt noch die Zeit aufbringen kann für Betriebsgruppenarbeit usw. – braucht es da nicht wesentlich mehr, als dass man jetzt nur die Entscheidung fällt: ›Wir machen das jetzt!‹?

Da gebe ich dir vollkommen recht. Das wird nicht einfach sein. Was mir ein bisschen Hoffnung gibt, sind die Organisationszahlen, die in der Hamburger GEW ja nicht etwa wie an vielen anderen Gewerkschaften nach unten gehen, sondern dass wir dort eine leichte Tendenz zum Steigen haben. Das ist ein wichtiger Aspekt. Und: Die Kolleg*innen sind ja auch noch mehr bereit in die Gewerkschaft einzutreten und mit der Gewerkschaft was zu machen, wenn die Gewerkschaft auch mal sagt: »So, jetzt müssen wir mal!« Wir haben damals auch nicht gefragt: »Dürfen wir streiken?« Wir haben uns einfach mal einen Vormittag genommen – wir sind zwar in die Schulen gegangen, haben aber keinen Unterricht gemacht. Das muss man eben auch mal machen, um dann in dieser Zeit zu diskutieren: »Was wollen wir?« Das muss man vielleicht einfach mal wieder machen. Ich weiß, dass damals die Schulleitungen angehalten wurden, zu petzen, wer denn mit wie vielen Stunden nicht gearbeitet hätte. Da gab es einige liebe Schulleitungen, die gesagt haben: »Das deichseln wir schon dahin.« Da haben wir gesagt: »Nee, macht das mal nicht, dann merken sie ja nicht, dass da Kolleg*innen bereit gewesen sind!« Ich glaube, nur indem wir uns auch mal das Recht nehmen und nicht warten, dass es uns gegeben wird, kommen wir einen Schritt weiter.

Das ist ein wunderschönes Schlusswort. Ich habe trotzdem noch eine Frage für dich, und zwar: Wenn du gezwungen wärst, dem AZM eine Geburtstagskarte zu schreiben, was würde draufstehen?

In der Betreffzeile der Einladungsemail vom Kollegen Mescher zur *Langen Nacht der GEW* stand ja ›Geburtstag der Schande‹. Ich denke, in diesem Tenor würde ich dann auch die Karte formulieren: dass nämlich eine gute Sache durch die Art und Weise, wie sie in Hamburg durchgeführt wurde und wird, verschandelt wurde.

Da bleibt mir nur, im Namen der Redaktion und aller Betroffenen zu sagen: Crappy Birthday, AZM!

Gespräch: hlz (ANTJE GÉRA)

HANS VOSS ist pensionierter Gymnasiallehrer. Bevor er sich auf dem zweiten Bildungsweg in die Lehrtätigkeit hineingekämpft hat, war er Elektroinstallateur, und auch da schon gewerkschaftlich engagiert. Als Studierender ist er in die GEW eingetreten, als Lehrer war er lange Zeit im damals so genannten Kapitelpersonalrat aktiv, später dann Vorsitzender des Gesamtpersonalrats. Ihm verdanken wir ein online frei zugängliches, sehr hilfreiches Archiv mit Materialien, Texten und Zahlen, aber auch kritischen Handreichungen zum Hamburger Arbeitszeitmodell: https://www.voss-hh.de/.

Lieber hören als lesen? Lieber noch mehr Rechenbeispiele zum AZM? – Das ist möglich! Denn dieses Interview ist eine redaktionell bearbeitete und gekürzte Fassung des GEW-Podcasts *Geburtstag der Schande*: https://www.gew-hamburg.de/themen/arbeitszeit/2023-07/podcast-mit-hans-voß-zu-20-jahren-lehrerarbeitszeitmodell-azm.

Ladenhüter Beziehungsarbeit

Wie die Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung soziale Ungleichheit verstärkt

»Für 1,4 bücke ich mich nicht!«, sagt der Kollege zu mir, als ich ihn in der Teeküche frage, ob er wie ich auch einen Inklusionskurs anbieten möchte. Ich arbeite an einer berufsbildenden Schule und erlebe die Auswirkungen der Lehrerarbeitszeitverordnung mit ihrer Faktorisierung, die nicht nur nach Fächern, sondern auch nach Schulformen gewichtet – und bin entsetzt!

Für meinen Deutschunterricht bei Schüler*innen mit dem ersten Schulabschluss (ESA) bekomme ich den Faktor 1,4, für meinen Deutschunterricht bei Abiturient*innen in einer Berufsausbildung 1,6! Am Beruflichen Gymnasium gibt es gar 1,8! Bei der Bewertung der Fächer wird mit Vor- und Nachbereitungszeit bzw. mit Korrekturen argumentiert und – bei der glücklicherweise in Hamburg endlich abgeschafften, unterschiedlichen Bezahlung nach Schulform – zum Teil mit Studiendauer. Aber an berufsbildenden Schulen ist es normal, auf unterschiedliche Bildungsabschlüsse vorzubereiten und dazu gehören im Deutschunterricht immer Korrekturen. Zugegeben schreiben Abiturient*innen oft längere Antworten in Klausuren, allerdings meist deutlich verständlicher und in einer insgesamt besseren Rechtschreibung als ESA-Schüler*innen – daher sind diese also auch korrekturfreundlicher. Zwischen der aus meiner Sicht gleichwertigen Tätigkeit ›Deutschunterricht‹ liegt also der Faktor 0,4. Bei zehn Stunden Deutsch im Stundenplan müsste ich also vier Stunden mehr in der ESA-Klasse unterrichten, um auf das gleiche Gehalt zu kommen. Ist das fair?

Stellen wir uns nun vor, es gibt zwei Gruppen von Lernenden. In der einen sind mehrheitlich Menschen versammelt, die in prekären finanziellen und beengten Wohnverhältnissen leben, was das konzentrierte Lernen zuhause erschwert. Einige von ihnen müssen zudem auf ihre jüngeren Geschwister aufpassen, im Haushalt helfen und verfügen häufig lediglich über ein Smartphone als digitales Lerngerät. Deutsch ist bei den meisten Schüler*innen Zweit- oder Drittsprache, weshalb auch gebildete Eltern nur bedingt bei schulischen Aufgaben helfen können. Hinzu kommen oft Erfahrungen von Ausgrenzung und Rassismus, auch durch das System Schule. Viele dieser Schüler*innen müssen mehr Mut aufbringen, um nach neun oder zehn Jahren allgemeinbildender Schule einer einsprachigen weißen Lehrerin, wie ich es bin und es viele andere sind, zu vertrauen. Meine Erfahrung ist, dass dieses begründete Misstrauen dazu führt, dass sie uns zu spät und manchmal vielleicht auch nie von ihren akuten Problemen erzählen, die sie am Lernen hindern. Dass sie in einigen Fällen sogar Mobbing und Diskriminierung dulden, weil sie fürchten, wir glauben ihnen nicht.
Die andere Gruppe von Lernenden besteht mehrheitlich aus jungen Menschen, deren Eltern finanziell abgesichert sind, digitale Lerngeräte wie Tablets bezahlen, ein eigenes Zimmer zum Lernen zur Verfügung stellen können und vielleicht sogar selbst akademische Vorbilder sind. Die Mehrheit dieser Lernenden spricht Deutsch als Erstsprache, sie mussten nicht als Kinder und Jugendliche für ihre Eltern bei Ämtern und Elternabenden übersetzen und verschwenden auch in weniger Fällen Gedanken an ihren Aufenthaltsstatus.

Ihr habt schon gemerkt, ich habe nicht eine klügere und eine begriffsstutzigere Gruppe beschrieben, sondern Menschen mit Zugängen zu bestimmten Ressourcen, die über schulischen Erfolg entscheiden. Nun ist die Realität sicher nicht so einseitig, wie sich meine Schilderungen vielleicht lesen; es gibt zum Beispiel durchaus Gymnasiast*innen aus Familien in Armut, es erwerben auch junge Menschen aus akademischen Elternhäusern den Ersten und Mittleren Schulabschluss. Nur begegnen mir diese leider eher selten in meinem Berufsalltag. Und sicherlich haben auch wohlsituierte jungen Schüler*innen berechtigte Sorgen und Nöte, die unsere Empathie und unsere Aufmerksamkeit verdienen. Aber brauchen wir dafür vier Stunden mehr? Oder, politisch besser ausgedrückt (denn niemandem ist geholfen, wenn etwas weggenommen wird): Warum wird ausgerechnet jenen weniger pädagogische Zeit zugestanden, denen aufgrund der Ungerechtigkeit der sie benachteiligenden Lebens- und Lernbedingungen eine stärkere Unterstützung zusteht?

Die OECD mahnt schon seit Jahren in ihren Berichten *Bildung auf einen Blick* an, dass in Deutschland die Herkunft über den Bildungserfolg entscheidet und nicht die Intelligenz oder Leistungsfähigkeit des jungen Menschen selbst. Die Faktorisierung der Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung gießt noch ordentlich Öl ins Feuer dieser strukturellen Benachteiligung, denn wir brauchen nicht nur gleich viel Zeit für diese Lerngruppen, sondern noch mehr Stunden für Unterstützungs- und Beziehungsarbeit vor allem mit ESA-Schüler*innen, aber auch Schüler*innen mit Mittlerem Schulabschluss (MSA). Wir können es uns als Gesellschaft schlicht nicht leisten, diese jungen Menschen mit ihren Belastungen allein und ohne Zugang zum Arbeitsmarkt zu lassen. Sie verdienen unsere Zuwendung, unser offenes Ohr und vor allem unsere Motivation!

Ich verstehe, dass der Kollege nicht bereit war, sich für einen Faktor von 1,4 eigenständig in das komplexe Thema Inklusion für Kinder und Jugendliche im Bildungssystem (dazu gehört natürlich auch die Kita!) einzuarbeiten und anschließend einen Kurs dazu auszuarbeiten. Gleichzeitig werden genau diese Klassen und Kurse, die uns doch als demokratische und menschenwürdige Gesellschaft ausmachen, als faule Eier verkauft.

»

Der Faktor hängt ein Preisschild an die pädagogische Tätigkeit: Lehre für sozial Bessergestellte ist offensichtlich mehr ›wert‹. Lehre mit umfänglichen Anteilen an Beziehungsarbeit ist dagegen ›zu teuer‹ – sie wird zum Ladenhüter. Und Lehrer*innen, die sich für Bildungsgerechtigkeit einsetzen, bezahlen dafür mit ihrem Privatleben.

Mich erinnert das an das Verhältnis von Stadtteilschulen und Gymnasien in Hamburg, hinter denen der gleiche elitäre Gedanke steckt, der meiner Ansicht nach langfristig demokratiegefährdende Tendenzen auslösen kann. Ich beobachte mit Sorge den Argwohn der ESA- und MSA-Schüler*innen, wenn Abiturient*innen ihren Abschluss zelebrieren: Mottowoche, Abistreich, Abipartys, Abiball usw. Dieses Brimborium kommuniziert unmissverständlich, welcher Abschluss wie viel wert ist.

Der Faktor hängt ein Preisschild an die pädagogische Tätigkeit: Lehre für sozial Bessergestellte ist offensichtlich mehr ›wert‹. Lehre mit umfänglichen Anteilen an Beziehungsarbeit ist dagegen ›zu teuer‹ – sie wird zum Ladenhüter. Und Lehrer*innen, die sich für Bildungsgerechtigkeit einsetzen, bezahlen dafür mit ihrem Privatleben.

Haben sich deshalb über die Hälfte der Hamburger Lehrer*innen für eine Teilzeitbeschäftigung entschieden? Ich jedenfalls arbeite momentan 75 %, weil ich nach der Corona-Zeit als Klassenleitung einer ESA-Klasse kurz vor dem Burnout stand. Der Faktor hat mir die Pistole auf die Brust gesetzt: entweder meine Ideale oder meine Gesundheit. Ich habe mich für meine Gesundheit entschieden. Aber ich habe noch über 30 Jahre Zeit, um weiter für meine Ideale zu kämpfen!

LIESE KÜHNEL
studierte Lehramt an Berufsbildenden Schulen für Sozialpädagogik

Hamburger Arbeitszeitmodell? Nein danke!

Wie das AZM eine diskriminierende konservative Pädagogik stützt

Welche Erfahrungen habt ihr mit dem Hamburger Arbeitszeitmodell (AZM)? Eine Frage, die ich gelegentlich von Kolleg*innen anderer Bundesländer gestellt bekommen habe. Meistens waren damit Hoffnungen verbunden: mehr Gerechtigkeit zwischen Kolleg*innen unterschiedlicher Lehrämter, die Würdigung außerunterrichtlicher Tätigkeiten und ein »Gesehenwerden«, oder »irgendwie wie in Dänemark«. Ich hatte oft das Gefühl, dass das AZM so etwas war wie ein unspezifischer Sehnsuchtsort: Es muss doch etwas geben, was uns mehr gerecht wird als dieses Deputatsmodell! Das Deputatsmodell wird in diesem Zusammenhang sogar dafür verantwortlich gemacht, dass die Arbeitszeit nicht reduziert wurde.

Meine Antwort: Hamburger Arbeitszeitmodell? Nein danke!!

Erst seitdem ich das AZM kennengelernt habe, weiß ich, dass das Deputatsmodell eine Schutzfunktion hat: Vor der Einführung des AZMs in Hamburg hatten die Kolleg*innen in der Sekundarstufe I und II an Gesamtschulen ein Deputat von 26 Stunden. Das hieß: Niemand hat mehr als 26 Unterrichtsstunden. In der Regel sogar eher weniger, weil von diesen 26 Stunden dann abgezogen wurde: Entlastung für Klassenlehrer*innen, Fachvertreter*innen, Sammlungsaufgaben usw. Das AZM arbeitet nun anders: Es ist möglich: Gymnasialkolleg*innen mit Mathematik, Physik und Informatik an einer Stadtteilschule von 5 bis 13 mit 27 Unterrichtsstunden. Auf diese Unterrichtsstunden werden dann weitere Aufgaben aufgesattelt. Die Obergrenze für Unterrichtstunden ist auf 29 Stunden gesetzt worden. Die Grenze für Unterrichtsstunden plus angeordneter außerunterrichtlicher Tätigkeiten in der Schule liegt in Hamburg bei 46,57 WAZ (Zeitstunden pro Wochenarbeitszeit). Da die angeordneten Tätigkeiten die Arbeit von Kolleg*innen nicht annähernd umfassend abbilden, ist klar, dass diese leicht auch für längere Zeiträume über die 48-Stundengrenze rutschen – also jene kritische Grenze, die von der EU als absolute Höchstgrenze ausgewiesen worden ist, deren Überschreiten relativ zeitnah ausgeglichen werden muss – was nun aber eben mal nicht geschieht. Nach *Destatis* haben wir in Hamburg die höchste Teilzeitquote!

Wie sieht es nun mit den anderen geraunten Vorteilen aus? Das ist leicht zu beantworten: Sie treffen in der Regel nicht zu.

Wer sich die Wertigkeit von Deutsch- und Mathematikunterricht in der Sekundarstufe II ansieht und sie mit der Wertigkeit der Arbeit von Grundschullehrer*innen oder von Kolleg*innen vergleicht, die Sport oder eines der künstlerischen Fächer unterrichten, wird feststellen, dass die Diskriminierung von Kolleg*innen, die jüngere Schüler*innen unterrichten, und die pädagogisch konservative Hauptfachmanie mit anderen Mitteln hergestellt wird, nämlich mit Hilfe der Faktorisierung. Gerechtigkeit? Pustekuchen! Für Außenstehende aber schlechter zu durchschauen als beim Deputatsmodell.

Auch mit der Würdigung der pädagogischen Arbeiten inner- und außerhalb des Unterrichts sieht es nicht besonders gut aus. Ich will gar nicht erst davon reden, dass die pädagogische Kommunikation zwischen Kolleg*innen außer in Konferenzen aller Art nicht erfasst ist. Die Faktorisierung umfasst viele Tätigkeiten, deren geringe Zeitwerte sie als symbolisch ausweisen. Für den Faktor 1,5 der Fächer Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen der Sekundarstufe I der Gesamtschule gibt es eine Vorlage der 2. Hamburger Lehrerarbeitszeitkommission: Unterricht, Vor- und Nachbereitung, Eltern- und Schüler*innengespräche, Klassen- und Zeugniskonferenzen, Klassenarbeiten mit Konzeption und Korrekturen und die Korrektur von Haus- und Schüler*innenarbeiten. Die Verordnung weist denselben Zeitfaktor auf. Lediglich beim Deutschunterricht erhöht sie auf 1,6 ab Jahrgang 7. Es gibt keine Begründung. Die Vermutung liegt nahe, dass die Verordnung sich an der Kommission orientiert hat – irgendwie. Für die Klausuren pro Schüler*in meinem Deutschkurs in der Studienstufe sieht die Kommission übrigens zirka 20 Minuten vor. Da habe ich mir gerade mal die Rechtschreibfehler angesehen!

SUSANNE GONDERMANN,
Vorsitzende der GEW-Bundesfachgruppe Gesamtschulen

Es wird Zeit für echte Arbeitszeit!

Mit der kommenden Lehrkräfte-Arbeitszeit- und Belastungsstudie an Gymnasien und Stadtteilschulen wird nach 20 Jahren endlich die Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung auf den Prüfstein gestellt.

Nun fasst also die GEW Hamburg selbst mit an: zur Überprüfung der Lehrerarbeitszeitverordnung, welche von Beginn an gefordert wurde. Nach 20 Jahren unsäglicher ›Auskömmlichkeit‹, Entgrenzung und Verantwortungslosigkeit wird es wirklich ›Zeit für echte Zeit‹, um Faktoren, Planungsmomente und die bisherigen kleinteiligen Veränderungen einem Realitätscheck zu unterziehen.
Anfang November diesen Jahres startet an Hamburger Gymnasien und Stadtteilschulen die großangelegte Arbeitszeit- und Belastungsstudie der *Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften* der *Universität Göttingen* unter Leitung von Dr. Frank Mußmann. Die GEW Hamburg unterstützt diese maßgeblich.

Warum diese beiden Schulformen?

Die Gymnasien und Stadtteilschulen sind zumeist große Systeme. Sie gewährleisten eine größere Datenmenge. Zudem entsprechen diese Schulformen vergleichbaren Studien in Niedersachsen, Frankfurt und Sachsen und bieten somit einen guten Abgleich der Daten in der Gesamtschau.

Wie gestaltet sich der Ablauf?

Bereits seit längerem laufen in verschiedenen Arbeitsgruppen die Vorbereitungen zur Studie und Kampagne. Erste öffentliche Diskussionen dazu fanden im Sommer auf der *Langen Nacht der GEW* statt, auf der das unsägliche Jubiläum, der ›Geburtstag der Schande‹ in zahlreichen Beiträgen thematisiert wurde.
Aktuell werden nun GEW-Vertrauensleute und -Personalräte näher informiert und zur Beteiligung als Mutliplikator*innen an ihren Schulen aufgerufen sowie Schulungen organisiert.
Im 2. Schulhalbjahr 2023/24 folgt die Messphase an den Schulen, in der die einzelnen Lehrkräfte ihre Daten erheben werden, deren Zwischenergebnisse voraussichtlich im Herbst 2024 kommen; 2025 liegen dann die vollständigen Studienergebnisse vor. Ein mit Sicherheit lohnenswerter Kraftakt – passend zur Bürgerschaftswahl!

Welche Ziele verfolgen wir?

Die Studie verfolgt zwei Hauptziele: Zunächst steht der Soll-Ist-Abgleich im Vordergrund, also die Überprüfung der echten Arbeitszeit gegenüber der geplanten. Hier wird es eine Gesamtschau geben, aber den teilnehmenden Hamburger Lehrkräften wird auch individuell ein Überblick über ihr persönliches Soll und Ist geboten. Darüber hinaus wird auch ein differenzierter Blick auf das Soll-Ist der unterschiedlichen Aufgabenbereiche möglich sein.
Des Weiteren ist davon auszugehen, dass diese Studie offenlegt, in welchem Maß Lehrkräfte über die Grenzen der geplanten wie auch der durch den Gesundheitsschutz vorgeschriebenen Arbeitszeit hinaus arbeiten. Dies war bereits ein Ergebnis anderer vergleichbarer Studien. Es stellte sich heraus, dass Pausen und unterrichtsfreie Zeiten nicht die notwendige Erholung ermöglichten. Somit ist es auch Ziel der aktuellen Arbeitszeit- und Belastungsstudie, die andauernde Belastung durch das Missmatch von geplanter und leistbarer Arbeit bei den Hamburger Lehrkräften sichtbar werden zu lassen. Diese Belastungen, die eben nicht durch ›Resilienz‹ behoben werden können, sollen aufgezeigt werden.

Warum noch eine Studie in Hamburg?

Es liegt auf der Hand: Hamburg ist ein Sonderfall! Es steht mit dem Jahresarbeitszeitmodell, der geplanten Faktorisierung einzelner Unterrichtsstunden und Tätigkeitsbereiche gesondert zwischen den Wochenpflichtstundenmodellen der anderen Bundesländer. Dort wird über sogenannte Deputate die Unterrichtszeit pro Woche fest vorgegeben. Aufgaben darüber hinaus werden in der Planung nicht bemessen oder ggf. über Ausgleichsstunden mit den Deputaten verrechnet. Hamburg hat innerhalb der Arbeitszeitmodelle der Länder also ein Alleinstellungsmerkmal.
Auch in der geschätzten Zeitbemessung allgemeiner Aufgaben (wie Aufsichten und allgemeine Konferenzen) sowie der Funktionszeiten (z. B. Klassenleitung oder Sammlungsleitung) hat Hamburg ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber den anderen Bundesländern. Absurd kleinteilige Faktoren im Bereich 0,1 sowie Bestandteile der Faktoren selbst werden Teil der Studie. Somit ist ein Abgleich der Faktorisierung in sehr differenzierter Weise möglich.

Bundesweit laufen wir zurzeit Gefahr, dass das Hamburger Modell beispielhaft für zukünftige Modelle und Bemessungsgrundlagen der Arbeitszeit von Lehrkräften herhalten wird. Dabei wurde es niemals einem Realitätsbezug unterzogen. Eine Studie, wie sie nun durchgeführt wird, ist die große Chance, eine konkrete Grundlage zu bieten und Fehler zu vermeiden.

Welche weiteren Chancen und Möglichkeiten ergeben sich aus der Studie?
Bereits 2024 können wir mit ersten Ergebnissen rechnen: Passend zum Bürgerschaftswahlkampf!
Zehn Jahre nach der Einführung der Lehrerarbeitszeitverordnung konnte die GEW bereits mehr als 42 neue umfängliche Aufgaben benennen. Diese liegen zum Teil auch in den F-Zeiten. Wie viele es jetzt nach 20 Jahren sein werden, wird die Studie sicherlich zeigen und damit Aufschluss über Möglichkeiten einer schlagenden Aufgabenkritik geben.
Das Hamburger Modell steht für Intransparenz und Kleinteiligkeit. Die Studie kann dagegen für Transparenz sorgen: Viele Lehrkräfte können ihre Einsatzplanungen ohne weitere Beratung (zumeist durch die Schulpersonalräte) nicht durchdringen. Die vielfältigen Vorgaben und Besonderheiten, nach denen ihre Arbeitszeit berechnet, geplant und manches Mal auch entgegen der Vorgaben abgerechnet wird, sind schier unüberschaubar. Abänderungen wurden vorgenommen, ohne sie den Beschäftigten zu erläutern. Teilweise werden Neuerungen und Neuinterpretationen einzig den Schulleitungen weitergegeben. Schulpersonalräte haben oft nicht den gleichen Wissensstand. Jede Lehrkraft sollte in der Lage sein, ihren Einsatzplan in Gänze verstehen und überprüfen zu können.

Die Lehrerarbeitszeitverordnung gibt keine allgemeingültige Beschreibung der Tätigkeiten von Hamburger Lehrkräften vor. Aus dem Abgleich der geplanten Zeiten und Aufgaben mit den echten, wirklich geleisteten Tätigkeiten ergeben sich Rückschlüsse für eine vollständige und übersichtliche Stellenbeschreibung. Aufgaben, die nicht der Profession Lehrkraft entsprechen, können gegebenenfalls identifiziert werden. Beschäftigte müssen wissen, was sie für Tätigkeiten in ihrem Beruf ausüben müssen. Es ist allgemein bekannt, dass es zu mehr Arbeitszufriedenheit und größere Attraktivität des Berufes führt, wenn über die zu leistende Arbeit und deren Rahmenbedingungen ausreichend Transparenz besteht. Zukünftige Lehrkräfte sollten zudem wissen, was auf sie im Einzelnen zukommt. Auch dies steigert letztlich die Attraktivität des Berufs.

Die aktuelle Rechtsprechung macht deutlich, dass Arbeitszeit voll umfänglich definiert und erfasst werden muss, um dem gesetzlich geltenden Arbeits- und Gesundheitsschutz entsprechen zu können. Die Arbeitszeiterfassung wird also auch für Lehrkräfte bzw. für alle Beschäftigten in der Schule kommen. Die Studie wird zeigen, dass Arbeitszeit erfasst werden *kann* und dass es wichtig ist, die Erfassung dynamisch zu halten: Tätigkeiten können nicht in Stein gemeißelt werden. Der Lehrkräfteberuf ist im Wandel. Ein zukünftiges Arbeitszeitmodell muss diesem gerecht werden.

YVONNE HEIMBÜCHEL,
stellvertretende Vorsitzende der GEW Hamburg
und Mitglied der AG Arbeitszeit

Gemeinsam gehen wir das an!
Denkst du auch, dass es ›Zeit für echte Zeit‹ ist?
Willst du Teil der Unterstützung dieser Studie sein?

Melde dich unter info@gew-hamburg.de als Multiplikator*in für deine Schule an. Die erste Schulung findet am 3. November 2023 im Curio-Haus statt, siehe Seite 56 in dieser *hlz*. Weitere Termine folgen!

BILDUNGSPOLITIK

Neu, aber alles andere als besser

Das bisherige *Hamburger Lehrertraining* wird durch den *Vorbereitungsdienst 2025* ersetzt. Wir haben mit Kirsten Hitter, die das *Lehrertraining* mitentwickelt und lange Zeit geleitet hat, über die Probleme dieser Umstrukturierung gesprochen.

Liebe Kirsten, das bisherige *Hamburger Lehrertraining* soll durch einen neuen Vorbereitungsdienst, den ›VD 2025‹ umstrukturiert und ersetzt werden. Zunächst für unsere außerschulischen Leser*innen: Was ist das *Hamburger Lehrertraining?*

Kirsten Hitter: Das *Lehrertraining* ist ein fester Bestandteil des Vorbereitungsdienstes und wendet sich an alle *Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst* (LiV). Gleich im ersten Halbjahr werden diese an vier Nachmittagen in kleinen Gruppen von maximal 15 Teilnehmenden in den wichtigsten Grundlagen der *Kollegialen Beratung*, der Lernentwicklungs- und Konfiktgespräche geschult. Indem die LiV ihre eigene Praxis rekonstruieren, reflektieren und modellhaft mit einem*einer Lehrertrainer*in interagieren, können die zukünftigen Lehrkräfte erfahren und erproben, wie Kommunikation in schulischen Beratungs- und Beziehungsprozessen empathisch gestaltet werden kann. Diese Themen und weitere Fragen aus der Praxis können individuell in selbstgewählten Modulen, die ebenfalls von Mitarbeiter*innen des *Lehrertrainings* angeboten werden, vertieft werden. So erwirbt jede LiV ein Verständnis der Grundlagen von schulischen Beratungs- und Beziehungsprozessen.

Was ist denn das Besondere am Lehrer*innentraining, wie es bisher in Hamburg angeboten wird?

Im *Hamburger Lehrertraining* wird Wissen nicht unterrichtet, sondern in kleinen, vertrauten Gruppen zur Verfügung gestellt, erfahrbar gemacht und in der Anwendung erprobt. Der geschützte Rahmen der Kleingruppe ist als Lern- und Entwicklungsmöglichkeit für sensible Themen und zur Selbstreflexion geeigneter als das Ausprobieren vor Seminargruppen oder Schulklassen. Wir begleiten die LiV im benotungsfreien Raum, was aber nicht heißt, dass es keine Rückmeldungen gibt. Doch statt ständig zu bewerten, wenden wir ein klar strukturiertes Feedback nach Regeln an, welches gleich oder später von den LiV auch in der eigenen Schulpraxis genutzt werden kann. Hier geht es nicht um richtig oder falsch, sondern und Wirksamkeit, Perspektivenerweiterung und Ressourcenorientierung. Zudem arbeiten alle Lehrertrainer*innen verschwiegen, denn nicht selten sprechen einige LiV besondere Problemlagen an: Hierbei können die angehenden Lehrkräfte erfahren, dass z. B. die *Kollegiale Beratung* eine hilfreiche und solidarische Methode ist, Lösungen zu finden. Außerdem bieten wir noch ein individuelles Coaching nach Absprache an, auch das ist vertraulich und wird von ca. 20-25 % der LiV genutzt.

Haben die Lehrertrainer*innen eine spezielle Ausbildung?

Ja, alle Kolleg*innen im *Lehrertraining* verfügen über eine mehrjährige und von einem Dachverband zertifizierte Zusatzqualifikation als Coach oder als Supervisor*in. Diese dauert in der Regel zwei bis drei Jahre und muss selber finanziert werden. Außerdem arbeiten die Lehrertrainer*innen in unterschiedlichen Schulformen, damit wir die aktuelle Schulpraxis im Blick behalten und in den Modulen passgenaue Angebote für die LiV vorhalten können. Viele unserer Kolleg*innen haben außerdem noch eine Ausbildung als Beratungslehrer*in oder als Elterntrainer*in. Daher arbeiten wir auch mit dem *Deutschen Kinderschutzbund* zusammen. Übrigens könnten alle Lehrertrainer*innen mit ihren Qualifikationen auf dem freien Markt als Coaches erheblich mehr verdienen, doch sie sind hoch motiviert und engagiert, ihren besonderen Beitrag zur Schulentwicklung in der Ausbildung und der Qualifizierung von Lehrkräften zu leisten.

Wie ist das *Lehrertraining* entstanden?

Ende ’89/Anfang ’90 gab es harsche Kritik am bisherigen Referendariat in Hamburg, in Reaktion darauf folgte 1991 ein erster Schritt zur Reform der Lehrer*innenbildung im Auftrag vom *Amt*

für Schule durch eine Befragung zur Ausbildung am Studienseminar. 1992 ergab ein sogenanntes Winkel-Gutachten eine sehr hohe Arbeitsbelastung für die Referendar*innen und eine massive Herausforderung in ihrer Rolle als Lehrende und Lernende. Hans-Peter de Lorent, damals Vorsitzender der GEW in Hamburg, forderte nach der Auswertung einer Umfrage bei neu eingestellten Lehrer*innen (siehe *Pädagogik* 1992, Heft 9), u. a. Supervision bereits in der Ausbildung von Lehrkräften anzubieten, um den Praxisschock zu minimieren. 1993/94 wurde durch den Schulpsychologen Dr. Affeldt dann mit dem Projekt *Freiwillige Supervisionsgruppen für Referendare* begonnen, mit sechs Gruppen pro Halbjahr. 1996/97 wurden erst neue Richtlinien, dann neue Rahmenpläne für den Vorbereitungsdienst erstellt, u. a. zur Förderung von Fach-, Sozial- und personaler Kompetenz. Damals wurden 80 LWS *Lehrertraining* und 80 LWS *Wahlpflichtveranstaltungen* festgelegt. 1997/98 wurde dann erstmals das Lehrertraining auch für die Gymnasien und damit für alle Schulformen eingeführt. Das bedeutet, dass das Lehrertraining in diesem Jahr sein 25-jähriges Jubiläum feiert!

Das ist im Gegensatz zum Jubiläum des AZM, dem *Lehrerarbeitszeitmodell* (siehe Titelthema dieser hlz) offensichtlich ja ein feiernswerteres Jubiläum – das *Lehrertraining* wurde oft auch als ›Leuchtturm‹ bezeichnet. Wie kam das? Schließlich stand es ja von Institutionsseite zunächst eher in der Kritik…

Zu massiver Kritik seitens einiger Hauptseminarleitungen führte, dass ein Hauptteil der Stunden für die neuen Richtlinien und Rahmenpläne aus den Hauptseminaren abgezogen wurde. Ebenfalls gab es Proteste von Seiten der Referendar*innen, die auf *freiwilliger* Teilnahme am Training bestanden. Ich bin grundsätzlich der Auffassung, dass Supervision, Beratung oder Training in pädagogischen Ausbildungen und Berufen verpflichtend sein muss. Daher habe ich mich immer für ein verpflichtendes Lehrertraining eingesetzt. So wie ich das auch für die sozialpädagogischen Fachkräfte sehe, die damals für ihre Professionalisierung und Qualifizierung Supervision, Beratung oder Training massiv einforderten, was ja heute auch flächendeckend in fast allen pädagogischen Institutionen und Einrichtungen verpflichtend eingeführt ist. Leider gilt das immer noch nicht für die Lehrkräfte an den Schulen.
Doch zurück zum *Lehrertraining*, es gab also im *Landesinstitut* zunächst viel Kritik und wenig Anerkennung. Dann fand 2007 unter dem Titel *Auf den Lehrer kommt es an* eine länderübergreifende Tagung in Trier statt, und plötzlich wurde das *Hamburger Lehrertraining* in der Schweiz, Österreich und Deutschland bekannt und interessant. Aus deutschen Studienseminaren und Universitäten, die in der Lehrkräfteausbildung tätig waren, entwickelte sich ein bundesweiter *Arbeitskreis zur Berufseignung*, an dem auch wir aus Hamburg intensiv mitgearbeitet und so die Burnout-Prävention und Gesundheitsförderung in das *Lehrertraining* im Referendariat hineingebracht haben. Neue Auswertungen des Fragebogens zum *Arbeitsbezogenem Verhaltens- und Erlebensmuster* (AVEM) bis 2006 belegten ja, dass bereits 20 % der Lehramtsstudierenden in Deutschland Burnout gefährdet waren und 24 % bereits erste Anzeichen einer Burnout-Gefährdung zeigten. Daher forderten Expert*innen der Lehrerbildung, die Gesundheitsförderung und die Unterstützung zur Bewältigung der herausfordernden Schulpraxis bereits bei angehenden Lehrkräften zu verstärken. Das *Lehrertraining* hat dies aufgegriffen und frühzeitig reagiert. So wurde in der *Universität Hamburg* das Kernpraktikum mit der Möglichkeit der Prävention durch Supervision unter gemeinsamer Leitung von Prof. Dickel, später Prof. Iwers und mir entwickelt und es wurde das *Potsdamer Lehrertraining* von Prof. Schaarschmidt für Studierende in schwierigen Praxissituationen angeboten.
Hatten wir im eigenen Haus also lange mit direkter und indirekter Kritik zu tun, so strahlte unser Konzept und die Idee eines Lehrertrainings nun weit über Hamburg hinaus. 2010 organisierte ich eine bundesweite Tagung mit der *Deutschen Gesellschaft für Supervision*. Dort wurde das *Hamburger Lehrertraining* vorgestellt und die Nachfrage nach Etablierung ähnlicher Konzepte in fast allen Bundesländern ging nun ›durch die Decke‹. Das *Lehrertraining Hamburg* wurde bundesweit zum Vorzeigeprojekt. Viele Universitäten und Studienseminare baten um Fortbildungen, Kooperationen und fragten unsere Expertise an. Bald gab es keinen *Bundesarbeitskreis der Seminarleiter* (BAK) ohne einen Workshop zum *Lehrertraining*. Viele Bundesländer haben in Folge Beratung, Coaching, Training in den Studienseminaren und in den Universitäten konzeptionell eingebunden.

Wie hat sich das *Lehrertraining* seither weiterentwickelt?

Zunächst passen ja alle Kolleg*innen im Lehrertraining in Auswertungskonferenzen das Curriculum und die Module den aktuellen Anforderungen und Herausforderungen der Schulpraxis an. Sie nutzen dabei auch die Rückmeldungen aus dem geregelten Feedback der *Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst* und von ihrem Personalrat. Die Lehrertrainer*innen sind alle selbst in Schulen tätig, haben einen aktuellen Bezug zum Schulalltag in allen Schulformen und passen die aktuellen und praxisbezogenen Themen der LiV insbesondere auch in speziellen Modulen an. Einige aktuell besonders nachgefragte Modulthemen sind beispielsweise Präsenz und Stimme, Classroom-Management, schwierige Gespräche führen, positive Beziehungen zu Schüler*innen gestalten, Achtsamkeit und Zeitmanagement. Die Module selbst werden halbjährlich überprüft und weiterentwickelt, es gibt ein sehr positives Echo seitens der LiV und die Trainings und Module wurden insbesondere während der Corona-Schließungen als sehr stützend empfunden. Auch die kollegiale Beratung in kleinen Gruppen wurde uns als ausgesprochen hilfreich zurückgemeldet. Immer notwendiger wurde ein dauerhaftes Einzelcoachingangebot (auch in den Schulferien), um Krisen zu bewältigen und Abbrüche zu vermeiden. Die tägliche Coachingsprechstunde ist weiterhin hoch nachgefragt.
Ab 2019 erfolgte eine enorme Aufstockung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, und damit eine rasante Einstellung von zahlreichen Kolleg*innen – da haben wir auch unser Einarbeitungskonzept neujustiert und im Team abgestimmt. Die Einarbeitung wurde ›Teamsache‹ und klappt bis heute wunderbar.

Wie sieht unter den geplanten Veränderungen die Zukunft des *Lehrertrainings* aus?

Im letzten Schuljahr wurde unter Federführung der LIA-Leitungsgruppe in Arbeitsgruppen ein neues Konzept für den ›Vorbereitungsdienst 2025‹ erarbeitet, welches ein sogenanntes *Netzwerk zur übergreifenden (Bildungsarbeit und) Professionalisierung* statt des bisherigen *Lehrertrainings* vorsieht. Grundsätzlich ist so ein *Netzwerk* ja zu begrüßen, denn es ermöglicht den angehenden Lehrkräften, über die Lehrämter hinweg auch die Spezifika der verschiedenen Schulformen kennenzulernen, die besonderen Anforderungen der Schulformübergänge zu fokussieren, altersangemessene Verhaltens- und Lernformen von Kindern zu verstehen und das Menschenbild hinter der Inklusion zu erkennen, um es zum Ausgangspunkt des eigenen pädagogischen Handelns machen zu können. Sicherlich ermöglicht das *Netzwerk* den LiV auch weiterhin, ihre pädagogische Hypothesenbildung und Diagnostik (als Blick auf die Schüler*innen zu erarbeiten und individuelle Professionalisierung zu entwickeln. So jedenfalls der Anspruch des neuen Konzeptes.

Es wird also im Neuen auch einiges Bewährte beibehalten, aber wie so oft wird es doch sicherlich auch problematische Veränderungen geben?

Ja, ich habe erhebliche Bedenken und Kritik formuliert, *wie* die geplante Umsetzung erfolgen soll, denn es werden damit ohne weitere Bedenken gut erprobte Ausbildungsstrukturen und sehr erfolgreiche Methoden des *Lehrertrainings* abgeschafft. So gibt es keine Berücksichtigung der so wichtigen kleineren Lerngruppen. Dabei ermöglichen doch gerade die Trainings in Gruppen mit nicht mehr als 15 Teilnehmenden das Erproben und Scheitern, das Einüben, Vertiefen und Ausdifferenzieren von Methoden aus der Kommunikationswissenschaft, Beratung und Erziehung. Besonders das erfahrungsbezogene Lernen, Üben und das Korrigieren von Handlung und Haltung in der schulischen Praxis erfordert ein Arbeiten im geschützten und kleinen Rahmen, um den Ernstfall vor einer Schulklasse erfolgreich bewerkstelligen zu können. Es braucht die Möglichkeit, im unbenoteten Raum aus den oft noch kaum reflektierten und unwirksamen Interaktionen zu lernen. Eben dieses Probehandeln wird im Lehrertraining sehr erfolgreich und mit einer außerordentlich positiven Resonanz in kleinen Gruppen durchgeführt, mit viel Vertrauen von Seiten der LiV. Der neue Vorbereitungsdienst sieht jedoch keine kleinen Gruppen mehr vor, sondern soll in Seminargröße stattfinden, was das Trainingskonzept außer Kraft setzt und die bisherige Intensität und Nachhaltigkeit reduziert.

Der Wechsel von Kleingruppen zu Seminaren bedeutet doch sicherlich auch einen Wechsel in der Rolle der pädagogischen Bezugspersonen? Eine Seminarleitung ist ja in diesem Kontext dann was anderes als eine unterstützende und beratende Vertrauensperson, die mir hilft, aus meinen Fehlern zu lernen und mich auszuprobieren…

Ja, das ist ein Problem. Denn die Säulen von Beratung wie grundsätzliche Verschwiegenheit, Neutralität und Allparteilichkeit sind besonders für die LiV von hoher Bedeutung, um ihre schwierigen Themen aus dem Schulalltag benennen zu können. Das braucht Mut und Vertrauen. Haupt- und Fachseminarleitungen stehen jedoch Kraft ihres Amtes in einem bewertenden Kontext, sie entscheiden über die Befähigung von angehenden Lehrkräften, führen mündliche Prüfungen durch und nehmen Lehrproben ab. Wenn aber nun grundsätzlich Hauptseminarleitungen eingesetzt werden können, erschließt sich für die LiV nicht die so wichtige Dimension der Verschwiegenheit, Neutralität und Allparteilichkeit. Genau das ist ja eben *nicht* die Aufgabe und Rolle einer Hauptseminarleitung. Die über Jahre im *Lehrertraining* sichtbare Rollenklarheit und Nichteinbindung in das Prüfungswesen und die unter den LiV erarbeitete Vertrauensbasis

zu den Lehrertrainer*innen wird so aufgeweicht und in Frage gestellt.

Das klingt für mich nach einer stärker hierarchischen statt kooperativen Struktur…

Das trifft sicherlich dahingehend zu, als dass der neue Vorbereitungsdienst auch keine strukturelle Verankerung von Tandems mehr vorsieht und damit zukünftig die Möglichkeit entfällt, in Phasen kooperativ zu arbeiten. Ein wichtiger Beitrag hierzu war das bisherige flexible Teamteaching im Training oder in Modulen. Es bildet in Input-Phasen die kooperative Leitung ab und regt die auszubildenden Lehrkräfte zu einem individuellen, kooperativen und reflektierten Leitungsstil in Lerngruppen an. Auch wenn die Vor- und Nachbereitung der Trainings und Module in Kooperation für die Lehrertrainer*innen manchmal sehr (zeit-) intensiv ist, so lernen sie jedoch viel von- und miteinander und entwickeln sich gemeinsam weiter. Dies führt zu hoher Qualität und Arbeitszufriedenheit und bisher stets zu ausgesprochen positiven Rückmeldungen seitens der LiV.

Du hast vorher darüber gesprochen, dass ihr die Module des Lehrertrainings in regelmäßigen Feedbackprozessen fortwährend neu justiert, um eine hohe Aktualität und Qualität eures Angebots zu gewährleisten. Wirkt die Neugestaltung des Vorbereitungsdienstes auch auf das Modulangebot ein?

Tatsächlich können wir bisher mit unserem Modulangebot sehr gut auf die besonderen Bedarfe der angehenden Lehrkräfte eingehen, gerade die Feedbackmöglichkeit, die direkt auf die Ausgestaltung der Module wirkt, wird von den LiV außerordentlich positiv bewertet. Der neue Vorbereitungsdienst sieht jedoch vor, dass die Module in die Fortbildung verschoben werden sollen. Wenn aber die Module den Charakter von Fortbildungen für auszubildende und fertige Lehrkräfte bei unterschiedlicher Ausbildungs- und Arbeitssituation erfüllen sollen, entfällt der explizite und notwendige Themenbezug, wie er insbesondere für die Ausformung einer Selbst- und Sozialkompetenz in der Rollenfindung als zukünftige Lehrkraft wichtig ist. Die bisherige hohe Passgenauigkeit und Qualität der Module ist so für die LiV zukünftig nicht zu gewährleisteten.

Nun soll der neue Vorbereitungsdienst im *Netzwerk zur übergreifenden (Bildungsarbeit und) Professionalisierung* schulformübergreifend und mit regionalem Bezug ausbilden. Das mag in der Theorie zunächst gerade in Bezug auf Inklusion gut klingen, aber wie schätzt du das vor dem Hintergrund deiner langjährigen Praxiserfahrung ein?

Aus meiner Sicht bedeutet das schulformübergreifende Konzept nicht, dass die Ausbildung dadurch einen inklusiveren Charakter bekommt, nur weil nun angehende Sonderpädagog*innen mit angehenden Berufsschulllehrkräften in einer Seminargruppe sind. Ein vor Jahren erfolgter Versuch, die Schulformen im Seminar zu mischen, war aufgrund der massiven Proteste der LiV aus der Sonderpädagogik gescheitert. Sie kritisierten die Nichtbeachtung ihrer speziellen Ausbildungsbedarfe und dass sie von anderen LiV bei sonderpädagogischen Anliegen zur Beratung herangezogen wurden. Das führte zur Überforderung seitens der LiV und diese Form der schulformübergreifenden Seminare wurde nicht weiter angeboten.
Es ist auch aus meiner Sicht und Expertise wenig ausbildungsförderlich, z. B. angehende Berufs- und Grundschullehrkräfte in gemeinsamen Seminargruppen zusammenzufassen, denn das methodische Vorgehen unterscheidet sich erheblich je nach Kindes- oder Jugendalter und moralischer oder kognitiver Entwicklung der Schüler*innen. So erfolgt z. B. eine Konfliktmoderation in der Berufsschule völlig anders als eine Streitschlichtung in der Grundschule. Es ist daher sinnvoller, für die Seminarzusammensetzung in erster Linie entwicklungspsychologische Kriterien in Bezug auf die Schüler*innen anzulegen, anstatt alle Schulformen zu mischen.

In meinen gewerkschaftspolitischen Ohren klingeln bei dem Wort ›Neuausrichtung‹ – insbesondere dann, wenn es sich um etwas handelt, was von der Behörde kommt – nicht gerade die ›Himmelsglocken‹ gelingender Reformen, sondern eher die Alarmglocken: Konzeptionelle Veränderungen, die mit Strukturveränderungen einhergehen, bedeuten zumeist ja auch Veränderungen in der Stellen- und Personalstruktur, also ›Abbau‹ statt Ausbau…

Tatsächlich soll im neuen Vorbereitungsdienst ›VD 2025‹ die *Abteilung Lehrertraining* (LIA 4) am *Landesinstitut* im neuen Vorbereitungsdienst keinen Bestand mehr haben. Ich bin jetzt im August in Pension gegangen und meine Stelle ist nicht neu ausgeschrieben worden. Das bedeutet für 2025 auch, dass keine neue Leitung LIA 4 mit einer speziellen Expertise aus Supervision, Coaching und Beratung zur Verfügung steht. Teamprozesse, wie gemeinsame Fortbildungen und Konferenzen, fortlaufende curriculare Weiterentwicklung von Training und Modulen, Onboarding von neuen Kolleg*innen sind so nicht mehr fachlich gesichert! Die Ausbildung von Lehrkräften braucht jedoch eine Beratungsabteilung, weil diese Expertise nicht per se mit dem Lehramt erworben werden kann und ein fachlicher Austausch notwendig ist.

Gibt es kritische Reaktionen von Seiten der Lehrertrainer*innen?

Auf jeden Fall! Alle Lehrertrainer*innen haben in einer Konferenz am 28. März 2023 in einem einstimmigen Beschluss ein Veto gegen die geplanten Veränderungen im *Netzwerk zur übergreifenden (Bildungsarbeit und) Professionalisierung* des ›VD 2025‹ eingelegt. Bisher ohne Erfolg und ohne eine fachliche oder inhaltliche Auseinandersetzung, wie die personalen und sozialen Kompetenzen der LiV weiter von den Lehrertrainer*innen hinreichend ausgebildet werden können und wie ihre Ausbildungsarbeit fachlich und strukturell sinnvoll verankert werden soll. Einfach mal so das *Lehrertraining* abzuschaffen und dabei etablierte und erfolgreiche Strukturen, Methoden und Formate außer acht zu lassen, kann nicht zu einer besseren Qualität des Vorbereitungsdienstes führen!

Interview: hlz (ANTJE GÉRA)

KIRSTEN HITTER ist Supervisorin, Systemische Beraterin, Diplom-Pädagogin und Erzieherin und hat 10 Jahre lang als Streetworkerin in sozialen Brennpunkten in Hamburg gearbeitet, 15 Jahre an der Fachschule für Sozialpädagogik unterrichtet. Seit 2006 war sie als Leitung Lehrertraining (LIA 4) tätig und seit 2014 im Personalrat LI.

ANZEIGE

Şahmaran: ›Frau, Leben, Freiheit!‹

In einem transkulturellen Tanz- und Musiktheaterprojekt erwecken Schüler*innen die politischen Dimensionen einer mesopotamischen Legende zum Leben

Im Rahmen eines transkulturellen Tanz- und Musiktheaterprojekts beschäftigten sich Schüler*innen der *Ilse-Löwenstein-Schule* (ILSe) in Uhlenhorst/Barmbek-Süd mit der faszinierenden Legende um *Şahmaran*. Etwa 150 Schüler*innen verschiedener Fächer und Schulstufen beteiligten sich an dem diversitätsbewussten Schulprojekt, das am 7. und 8. Juni in der Aula der ILSe ihren Höhepunkt fand.

Die Legende um die Göttin

Kern des Tanz- und Musiktheaterstücks war die uralte Legende der Schlangenkönigin Şahmaran[1]: ein weises, schönes und friedvolles Geschöpf, das gemeinsam mit ihrem Schlangenvolk in einer verborgenen Höhle in Mesopotamien lebt. Tahmasp[2], ein junger Mann, verirrt sich in ihr Reich. Beide verlieben sich. Während seines langen Aufenthaltes in der mysteriösen Höhle wächst auf Tahmasps Rücken eine Schlangenhaut, die ihm später zum Verhängnis werden soll. Als Tahmasp irgendwann beschließt, Şahmaran aus Sehnsucht zu seiner Familie zu verlassen, lässt sie ihn ziehen – mit der Bitte, niemandem ihr Versteck zu verraten. Denn Şahmarans Körper ist in der Menschenwelt begehrt, da man durch seinen Verzehr selbst Weisheit, Heilung und Macht über die Welt erlangen kann. Nach Tahmasps Rückkehr in sein Land erkrankt der König. Das einzige Heilmittel sei Şahmarans Körper. Schnell spricht sich herum, dass ein junger Mann ihr Versteck kenne. Seine Berater suchen ihn, um den König zu heilen. Und so kommt es, wie es kommen musste: Durch einen Trick des königlichen Beraters dazu gezwungen, verrät Tahmasp sein Geheimnis – und opfert zum Schutz seiner eigenen Familie seine große Liebe Şahmaran an die Menschen. Şahmaran, die ihr Schicksal kennt, überlistet den kranken König, so dass am Ende Tahmasp, der selbst sterben will, ihre Weisheit erlangt und nicht der König. Geplagt von Reue und Trauer verlässt er das Land und begibt sich den Rest seines Lebens auf Wanderschaft: von Berg zu Berg – von Tal zu Tal. Doch niemand weiß: Şahmaran ist unsterblich. Sie erwacht wieder zum Leben und steht für den Widerstandskampf der Frauen für Freiheit und Gerechtigkeit.

»

Şahmaran steht für den Widerstandskampf der Frauen für Freiheit und Gerechtigkeit

›Frau, Leben, Freiheit‹

Die Geschichte der Schlangenkönigin mit ihrer weiblichen Stärke und Klugheit dient noch heute als starkes mythisches Vorbild für viele Frauen in aller Welt, die für ihre Rechte und Freiheit kämpfen. Beispiel hierfür sind die gegenwärtigen Aufstände im Iran, ausgelöst durch die Tötung der jungen Kurdin Jina Mahsa Amini durch die iranische Sittenpolizei, weil sie ihr Kopftuch nicht richtig getragen hätte. Dieser und anderen Biografien aus der politischen Gegenwart gibt die Aufführung – in einem Intermezzo mit Kurzbiographien von Widerstand leistenden Frauen aus verschiedenen Teilen der Welt – eine Stimme.

Transkultureller Dialog und Demokratiebewusstsein

Durch das transkulturelle Tanz- und Musiktheaterprojekt setzten sich die Kinder und Jugendlichen mit ihrer eigenen Identität und der Identität ihrer familiären Wurzeln auseinander. Sie erfuhren mehr über das Sinnlich-Künstlerische fremder Kulturen und erlangten ein politisches Bewusstsein über die Rolle der unterdrückten Frau im Kampf für ihre Freiheit und Selbstbestimmung. Das Projekt hatte zum Ziel, sozial bereichernd und sozial sinnstiftend zu wirken und das respektvolle Miteinander in der Gemeinschaft zu fördern.

Zu den Szenen und Tänzen gab es neben besonderen Sound-Einspielungen auch Life-Musik mit Gesang in türkischer, kurdischer und persischer Sprache, die von der Profilklasse 5m (2022/23) und der Schulsprecherin Shadlin Seifi unter der Leitung von Marta Garcia vorbereitet wurde. Für die szenische Darstellung stand die Profilklasse 6t (2022/23) auf der Bühne. Für die Choreografie und Inszenierung waren Yasmin Calvert (als Gast) und Karsten Bohn (Theater- und Musiklehrer) verantwortlich. Das Intermezzo wurde unter der Leitung der Lehrerin Christina Lange von der Schüler*innen AG *Schule gegen Rassismus* vorbereitet. Außerdem beteiligten sich die Schüler*innenvertretung mit einem Kunstwettbewerb und viele weitere Kolleg*innen: beispielsweise mit ihren Kunst- oder Natur- und Technikkursen am Bau des Bühnenbildes oder dem Entwurf der Kostüme.

Danksagung

Das Besondere an diesem Theaterprojekt war neben der Förderung eines transkulturellen Dialogs und Demokratiebewusstseins die intensive Mitwirkung durch Expert*innen von außen, welche die Schüler*innen und Lehrkräfte mit Kreativität, frischen Impulsen und Know-How unterstützten. Großer Dank gilt daher allen beteiligten Kolleg*innen und dem Produktionsteam, welches sich aus Jonas Kolenc (Bühnenbild), Mareike Alexander (Kostüme), Leman Stehn (Gesangscoaching und Interpretation) und den Musikern Ali Temiz (Saz) und Shahram Mohammadi (Daf/Erbanê) zusammensetzte.

Dieses wunderbare Projekt wurde uns erst mit der Unterstützung der GEW Hamburg (*Fonds gegen Diskriminierung*), dem Ilse-Löwenstein-Schulverein, der *Stiftung Kinderjahre*, CARE Deutschland e. V., Familie Hahn, der *Liz Mohn Kultur- und Musikstiftung*, der *Nissen Stiftung* und vielen anderen ermöglicht!
Über die vielen positiven Rückmeldungen haben wir uns sehr gefreut und sind nun gespannt auf die Wiederaufnahme Ende November!

KARSTEN BOHN,
Inszenierung und Text *Şahmaran*, Fachleitung Theater

DILAN STÊRK,
Idee und Projektleitung *Şahmaran*,
Mitglied des LAMBDA

Kontakt bei Fragen: dilan.sterk@ilse-loewenstein-schule.de

[1] Das Wissen um den Mythos basiert auf mündlichen Überlieferungen. Daher gibt es – trotz gleicher Kernaussage – verschiedene Auslegungen.
[2] In anderen Versionen auch als *Tasmsp, Cemşid, Cihan, Jamsab* oder *Jamisav* bekannt.

Foto: Alexandra Calvert

gba-SEMINARE 2023

Gefühle, Gitarre, Gesang

Weitere Infos und Seminarangebote unter
gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung

Digital souverän

Ein Workshop rund um Fragen zur Arbeit am Computer und Smartphone. Mögliche Themen: Welche Passwörter sind sicher? Wie sichere ich meine Daten? Soll ich sie in eine Cloud hochladen? Welche Apps und Einstellungen brauche ich für mein Smartphone? Wie kann ich digitale Tools für die GEW-Arbeit nutzen? Ziel ist es, digital mündig zu werden und mehr Sicherheit im Umgang mit der digitalen Technik zu bekommen.
Mi 1.11., 10-16 Uhr
Neumünster, Kiek in
Leitung: Claus Iffläender
Kostenanteil: 10 € inkl. Verpfleg. (erm. 5 €) nur für GEW-Mitgl.

Gefühlsintensive Kinder verstehen – Online Seminar

Immer wieder begegnen uns im Arbeitsalltag Kinder, die besonders anstrengend und schwierig scheinen. In diesem Workshop lernen wir biologische Hintergründe von Gefühlen kennen, um so ein tieferes Verständnis für Kinder mit einer intensiven Gefühlswelt zu erlangen. Anhand dieser Informationen erarbeiten wir gemeinsam Strategien, wie wir im Arbeitsalltag kritische Situationen vermeiden und bei starken Gefühlsäußerungen, z.B. Wutanfällen, so reagieren, dass Beziehungen gestärkt statt gestört werden.
Di 7.11., 18.30-20 Uhr
Online Seminar mit Zoom
Leitung: Jette Buettler
Kostenlos für GEW-Mitgl. (Nicht-Mitgl. 20 €)

Gitarre lernen an einem Tag: Songbegleitung – ganz einfach!

*Ganztages-Gitarren-Workshop für Anfänger*innen & Fortgeschrittene.*
Gemeinsam erarbeiten wir uns beliebte Songs für jung und alt. Für Pädagog*innen daher ebenso geeignet wie für gesellige Runden am Lagerfeuer. Dieser eintägige Lehrgang richtet sich zum einen an absolute Anfänger*Innen am Instrument Gitarre sowie an Fortgeschrittene. Den Abschluss des Tages bildet ein etwa 30-45-minütiges Konzert des Dozenten. Der Dozent Michael Kühl verfügt über langjährige Erfahrungen als Berufsmusiker und Gitarrenlehrer. Die Teilnehmer*Innen benötigen eine eigene Gitarre (Konzert- oder Westerngitarre). Wer kein eigenes Instrument hat, kann nach Rücksprache evtl. ein Leihinstrument bekommen.
Sa 11.11., 10-17 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle
Leitung: Michael Kühl
Kostenanteil: 10 € inkl. Verpfleg. (erm. 5 €, Nicht-Mitgl. 50 €)

Arbeitsrecht im Studi-Job – Grundlagen und Austausch

Du bist Studierende*r und arbeitest neben dem Studium? Vielleicht bist du unsicher, welche Rechte du am Arbeitsplatz hast oder hast bereits Erfahrungen gemacht, die dich verunsichern oder ärgerlich machen? In unserem kostenlosen Seminar, zu dem auch Nicht-Mitglieder eingeladen sind wollen wir uns mit diesen Themen beschäftigen und einen Austausch zwischen Studierenden schaffen, sowie Input zu Arbeitsrechten geben. Anschließend stellen wir allgemeine Fragen an die Referenten. Gerade Studierende arbeiten oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen mit befristeten Verträgen und sollten daher ihre Rechte kennen.
Bitte beachte, dass wir Nicht-Mitgliedern keine individuelle Rechtsberatung anbieten können. Wenn du jedoch Mitglied bei der GEW bist, stehen dir außerhalb des Seminars weitere Leistungen wie eine kostenlose Rechtsberatung zur Verfügung.
Di 14.11., 16-18 Uhr
Hamburg, Curio-Haus
Leitung: Ute Kahl, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht
Kostenlos inkl. Verpflegung

Storytelling und Ansprache – insbesondere für Vertrauensleute

Wie kann ich Menschen von meinem Anliegen überzeugen? Wie kann ich eine Geschichte finden für das, was ich sagen will? In diesem kompakten Workshop erhalten wir einen theoretischen Input und machen viele praktische Übungen, wie wir mit unserem Anliegen überzeugend auftreten können, zum anderen gegen wir der Frage nach, wie wir andere überzeugen können, in die Gewerkschaft einzutreten.
Fr 17.11., 16-19.30 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle
Leitung: Liz Rech, Frank Hasenbein
kostenlos für GEW-Mitglieder inkl. Verpflegung
Anmelden können sich alle GEW-Mitglieder!

Selbstbewusst und sicher auftreten – überzeugend sprechen

Wer im beruflichen Alltag Arbeitsergebnisse, Lösungsvorschläge und Ideen präsentiert, will überzeugen – mit seiner Person und mit der Darstellung seiner Inhalte. Dafür sind kraftvolle Argumente und Überzeugungsstrategien ausschlaggebend. In diesem Seminar wird in einem rhetorischen Spiel trainiert, wie Argumente und Überzeugungsstrategien wirksam entfaltet werden können. Anschließend werden die produzierten Ideen gemeinsam für die eigene Alltagspraxis maßgeschneidert und schließlich erprobt.
Sa 25.11., 10-17 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle
Leitung: Martina Freitag
Kostenanteil: 10 € inkl. Verpfleg. (erm. 5 €, Nicht-Mitgl. 50 €)

Unterrichten im Ausland

Du hast Interesse, an einer Auslandsschule zu arbeiten, die Deutsch als Fremdsprache anbietet, oder möchtest deine Auslands-Erfahrungen weitergeben? Mit der GEW-Arbeitsgruppe Auslands-lehrer*innen (AGAL) beleuchten wir auf dieser Info-veranstaltung zum Auslandsschuldienst das Thema – speziell für Lehrkräfte aus Hamburg.
Mi 29.11., 17-20 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle
Leitung: Wilfried Auel
Kostenlos für GEW-Mitgl. (Nicht-Mitgl. 5 €)

Schaffe ich die Arbeit oder schafft sie mich?

Schulentwicklung, Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsverdichtungen sind einige der Probleme, die Kolleg*innen in Schulen und Kitas zu schaffen machen. In diesem Seminar besteht die Möglichkeit, über diese Entwicklungen zu sprechen und kollektive Gestaltungsmöglichkeiten zu entwickeln. Dieses Seminar bietet so konkrete Hilfen, um die Belastungen des Arbeitsalltags abzubauen und Kraft zu tanken für den weiteren Berufsweg.
Fr 8.12., 15 Uhr – Sa 9.12., 16 Uhr
Rendsburg, Nordkolleg
Leitung: Simone Friedrich
Kostenanteil: 40 € inkl. Unterkunft/Verpfleg. (Nicht-Mitgl. 180 €)

Anmeldung
Über die GEW-Website: www.gew-hamburg.de/seminare. Ermäßigung gibt es für Erzieher*innen, Referendar*innen, Studierende, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch u.a. über folgende Fragen zu informieren:
- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Die GEW bietet in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, eine kostenlose persönliche Beratung zu diesen und ähnlichen Fragen an. **Die nächsten Termine finden am Dienstag den 24. Oktober und 28. November 2023, jeweils 15-17 Uhr statt.** Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer*innen als auch an Beamt*innen.

KARIN HUFERT, ehrenamtliche Beraterin, Mitglied der GEW

Veranstaltungen

Mit ArbeiterKind.de zu höherer Bildung – wie soziale Schranken in der Bildung überwunden werden können

Der Bildungsclub und die GEW Hamburg laden zu einer Veranstaltung mit Tina Maschmann von *ArbeiterKind.de*, am Mittwoch den 1. November 2023, 19 bis 21 Uhr im Curio-Haus, Raum ABC

Tina Maschmann von *ArbeiterKind.de* wird einen Einblick in die typischen Herausforderungen für Studierende der ›Ersten Generation‹ geben, über die Lösungen sprechen, die *ArbeiterKind.de* hierfür gefunden hat und zu einem Austausch über die eigenen Bildungsgeschichten einladen.
Tina Maschmann leitet als Koordinatorin die spendenfinanzierte Bildungsorganisation *ArbeiterKind.de gGmbH* in Hamburg und Schleswig-Holstein. ArbeiterKind.de ermutigt durch ein ehrenamtliches Botschafter*innenprogramm Schüler*innen aus Familien ohne Hochschulerfahrung dazu, als Erste in ihrer Familie zu studieren.

Dr. Tina Maschmann war Wissenschaftliche Mitarbeiterin am *Methodenzentrum Sozialwissenschaften für qualitative Sozialforschung* der *Universität Göttingen* und promovierte über *Bildungsaufstieg, Biografie und familiale Figuration. Eine intergenerationale Studie.* Als Erstakademikerin kennt sie selbst die Herausforderungen einer akademischen Laufbahn.

Zum *Bildungsclub*: Wir sind ein parteiunabhängiger, übergreifender Kreis bildungsengagierter und interessierter Menschen in Hamburg, die bessere Bildungschancen für alle Hamburger Schüler*innen wollen und regelmäßig zusammenkommen, um über die Probleme und Chancen an Hamburgs Schulen zu diskutieren und Vorschläge zu machen, wie Schulen allen Schüler*innen bestmögliche Chancen bieten können. Wichtig ist uns, in einer repressionsfreien Atmosphäre kontroversen Positionen Raum zu geben und in einer vertrauensvollen Debatte darauf einzugehen. Alle, die daran ebenfalls interessiert sind, laden wir zur Mitarbeit ein. Darüber hinaus führen wir bei Bedarf Veranstaltungen mit Expert*innen zu den genannten Gebieten durch. Kontakt: Sigrid Strauß/Klaus Bullan: sigridk.strauss@web.de

Smash the AZM! Unterstütze die Hamburger Arbeitszeit- und Belastungsstudie!

Die GEW lädt ein zur Schulung am Freitag den 3. November 2023, 16 bis 19 Uhr im Curio-Haus

Wie ihr wisst, organisieren wir an den Hamburger Gymnasien und Stadtteilschulen eine wissenschaftliche Arbeitszeit- und Belastungsstudie. Durchführen wird die Studie die *Kooperationsstelle Hochschule und Gewerkschaften* der *Universität Göttingen* (https://kooperationsstelle.uni-goettingen.de/), die solche Studien bereits in anderen Bundesländern mit Unterstützung der GEW durchgeführt hat. Aktuell läuft eine solche Studie auch in Berlin (schaut gerne hier: https://www.gew-berlin.de/arbeitszeitstudie).

Damit das Ganze ein Erfolg wird und wir die Hamburger Politik mit konkreten wissenschaftlichen Ergebnissen unter Druck setzen können, brauchen wir euch GEW-Aktive als Multiplikator*innen, als Kontakt und Begleitung der Studie an den Schulen sowie für die Rückkopplung mit der GEW und der Wissenschaft.
Meldet euch an zur Schulung der Multiplikator*innen über info@gew-hamburg.de.
Gemeinsam gehen wir das an!

Alternativen zum Hamburger Religionsunterricht in der Grundschule – Niedersachsen macht's vor!

Informationsveranstaltung des Arbeitskreises Philosophie und Religion am Donnerstag 9. November 2023, 17 bis 19 Uhr im Curio-Haus, Raum ABC

Das Hamburger Modell des *Religionsunterrichts für alle* ist schon seit längerer Zeit in der Kritik, insbesondere aber nach der Einführung des neuen *Bildungsplans Religion* für die Grundschule. Das Problem, dass konfessionsfreie Kinder zu wenig Berücksichtigung finden, weil das Lernen im Dialog hier einseitig als interreligiöses Lernen konzipiert ist, hat den Diskussionsprozess über die Schaffung einer Alternative zum Religionsunterricht weiter intensiviert. Denn während es in fast allen Bundesländern ein Alternativfach zum Religionsunterricht in der Grundschule gibt, bildet Hamburg – zusammen mit dem Saarland – nach wie vor das Schlusslicht. Zuletzt hat sich das Nachbarland Niedersachsen auf den Weg gemacht, mit der Einführung des neuen Fachs *Werte und Normen* (WuN) in der Grundschule ein eigenes Bildungsangebot für konfessionsfreie Kinder zu machen.
Wie kam es dazu? Wie sieht das Fach aus? Welche Erfahrungen wurden seit der Erprobungsphase im Schuljahr 2017/18 damit gemacht? – Um dies zu klären, lädt der *Arbeitskreis Philosophie und Religion* (AKPuR) der GEW Hamburg zu einer Informationsveranstaltung ein. Als Referentinnen konnten die Kolleginnen Melanie Gehrmann und Jana Rodenbeck gewonnen werden, die an der Einführung des neuen Faches Werte und Normen in Niedersachsen von Anfang an beteiligt waren. Sie werden über Hintergrund und Geschichte der Einführung des neuen Fachs informieren, sie stellen Inhalte und Arbeitsformen vor und geben Einblicke in die Ergebnisse der Erprobungsphasen und die bisherigen Erfahrungen mit dem neuen Fach.

Die Referentinnen
Melanie Gehrmann ist Schulleiterin an der Schillerschule (GS) in Goslar und hat an der ersten Erprobungsphase (2017-2018) sowohl als Referentin als auch als Lehrkraft teilgenommen und am ersten Curriculum für das neue Fach mitgearbeitet. Sie war dann maßgeblich im Veranstaltungsteam für die Durchführung der zweiten Erprobungsphase (2018-2021) zuständig.
Jana Rodenbeck hat an der zweiten Erprobungsphase als teilnehmende Lehrkraft mitgewirkt. Seit August 2022 ist sie neben der Arbeit als Lehrkraft als Fachberaterin für das Fach *Werte und Normen* an Grundschulen tätig. Sie hat zusammen mit Melanie Gehrmann bis Oktober 2022 in der Steuergruppe des Kultusministeriums zur Einführung von *Werte und Normen* sowie in der Kommission zur Erstellung der curricularen Vorgaben mitgewirkt.

Gün Tank: ›Die Optimistinnen‹:

Der Ausschuss für Gleichstellung und Genderpolitik (AfGG) der GEW lädt zu einer Lesung am Donnerstag 16. November 2023, 18 Uhr ins Curio-Haus

Gün Tank erzählt in ihrem Roman *Die Optimistinnen* die noch immer verdrängte Geschichte der Generation ihrer Mutter, der Gastarbeiterinnen der 1970er Jahre: eine Geschichte jener Frauen, die mit Mut und Beharrlichkeit, Schlagfertigkeit und Phantasie den so gar nicht gastlichen bundesrepublikanischen Bedingungen entgegentraten, um sich und anderen die ihnen vorenthaltenen Rechte zu erkämpfen. Es geht um einen wichtigen Ausschnitt migrantischer, also deutscher Geschichte, um eine Geschichte feministischer Bündnisse und gewerkschaftlicher Kämpfe – und dabei auch um vertane Chancen: in der Solidarisierung mit diesen kämpferischen Frauen, ihrer Unterstützung und Anerkennung.
Die Lesung selbst beginnt um 18.30 Uhr, ab 18 Uhr öffnen sich die Türen für ein Zusammenkommen mit Getränken und Snacks. Bitte meldet euch an unter info@gew-hamburg.de!

»Ein Buch für alle, die schon mal gestolpert sind«

Josefine Sonnesons Debütroman *Stolpertage* wurde mit dem LesePeter der GEW-AG Jugendliteratur und Medien (AJuM) ausgezeichnet. Wir haben mit ihr über Axolotl, Motten, das Schreiben und den Umgang mit einschneidenden Veränderungen gesprochen.

Bevor wir uns über deinen Roman *Stolpertage* unterhalten, möchte ich gern etwas über deinen Schreibprozess erfahren. Als Qualschreiberin, also als Schreibende, für die Schreiben eher mit dem Überwinden von Hindernissen zu tun hat – Schreibtage sind gewissermaßen meine >Stolpertage< – interessiert mich brennend, wie du deine Schreibpraxis gestaltest…

Josefine Sonneson: Ich würde mich selbst als Chaosschreiberin bezeichnen, das Chaos spielt eine große Rolle in meinem Schreiben. Das ist Fluch und Segen zugleich. Ich schreibe sehr durcheinander, sehr selten chronologisch. Es gibt meistens ein Dokument, das an verschiedenen Stellen gleichzeitig wächst. Ich nehme oft Abwege und Umwege und stelle dann erst später fest, dass es Abwege und Umwege waren, das heißt: Ich habe mit dem Schreiben auch das Löschen gelernt.
Die meisten Leute, die schreiben, predigen ja, dass es um Routine geht. Das habe ich irgendwann eingesehen und gelernt, mir mit der Zeit immer mehr Routinen anzueignen und feste Zeiten zu setzen, gleichzeitig aber auch zu wissen: Nur weil ich immer zu einer festen Zeit am Schreibtisch bin, heißt das nicht, dass es dann immer schon gelingt, aber es ist der erste Schritt auf dem Weg dahin, dass es irgendwann mal klappt. So entstehen im besten Fall zwei, drei Seiten am Tag, manchmal auch nur ein Satz, den ich stundenlang hin und her gewendet habe, der aber dann am Ende doch stehen bleiben darf.

Es braucht also Beharrlichkeit und Geduld, um Chaos zu meistern?

Ja. Der Entstehungsprozess meines ersten Buches hat sehr lange gedauert. Ich habe vor fünf Jahren den allerersten Schnipsel geschrieben, als ich noch im Bachelor studiert habe. Ich habe da eher so nebenbei und heimlich geschrieben, ohne das irgendjemandem zu zeigen oder überhaupt zu erzählen. Sehr wenige Menschen wussten also davon. Niemandem Rechenschaft ablegen zu müssen und einfach nur für mich probieren zu dürfen, hat mir eine große Freiheit gegeben.

Du warst ja während des Schreibens an den *Stolpertagen* noch inmitten deines Philosophiestudiums. Nun ist das mit dem philosophischen Schreiben so eine Sache: Es gibt Traditionen, die für literarische Schreibweisen offen sind, aber eben auch akademische Fachkulturen, die aufgrund eines engen Verständnisses von Wissenschaft dazu tendieren, zu formalisieren und literarische Darstellungsweisen eher zu unterdrücken. Musstest du dich von einem wissenschaftlichen Schreiben erst freischreiben oder konnten das Philosophische und das Literarische in deinem Schreiben in ein produktives Verhältnis treten?

Ich habe schon vor dem Philosophiestudium literarisch geschrieben. Auch wenn das jetzt ein wenig nach Klischee klingt: Seitdem ich schreiben konnte, habe ich auch Geschichten geschrieben. Die Praxis des Schreibens gab es schon immer in meinem Leben, mal mehr und mal weniger intensiv. Deswegen habe ich während des Studiums immer auch andere als philosophische oder wissenschaftliche Texte geschrieben. Aber auf jeden Fall beeinflussen sich Philosophiestudium und Schreiben gegenseitig: Ich habe Literatur im Nebenfach studiert und gemerkt, dass meine wissenschaftlichen Hausarbeiten immer ein bisschen literarisch und meine literarischen Texte immer ein bisschen von philosophischen Texten und Herangehensweisen beeinflusst waren. So hat die Beschäftigung mit sprachphilosophischen Ansätzen mein Feingefühl oder meinen Umgang mit Sprache auf jeden Fall beeinflusst. Und ich glaube, das hat auch meine Freude am Spiel mit Sprache, am kreativen Gebrauch von Sprache befördert.

Du hast mit *Stolpertage* ein Buch geschrieben über eine Zeit großer Veränderungen, aber auch des stillen Wandels im Leben eines dreizehnjährigen Mädchens. Wie hat dieses Thema dich gefunden und wie kam es, dass du es aus der Perspektive von Jette, einer jugendlichen Protagonistin entfalten wolltest?

Ich habe zwei Antworten auf diese Frage. Die erste ist eine ganz praktische: Ich hatte ein sehr interessantes Seminar am Literaturinstitut in Hildesheim. Da ging es um kinder- und jugendliterarische Texte. Innerhalb dieses Seminars ist tatsächlich der allererste Schnipsel der *Stolpertage* entstanden. Durch diesen Kontext war daher die Ausrichtung auf Kinder- und Jugendliteratur schon festgelegt. Das ist die eine Antwort. Die andere ist: Das Thema ist erst mit der Zeit zu mir gekommen, weil ich in meinem eigenen Schreiben selten am Anfang schon weiß, wer da spricht oder wie alt der Mensch hinter dieser Stimme ist. Da muss mir die Figur, die da spricht, erst mal erzählen wer sie ist. Am Anfang bin ich vor allem auf der Suche nach einer Stimmung oder nach einem spezifischen Blick auf die Welt. Ob das dann am Ende eine jugendliche oder eine weibliche oder eine auf eine bestimmte Weise sozialisierte Stimme ist – das ist mir ganz am Anfang gar nicht so klar und auch nicht so wichtig, es wird dann erst später wichtiger.

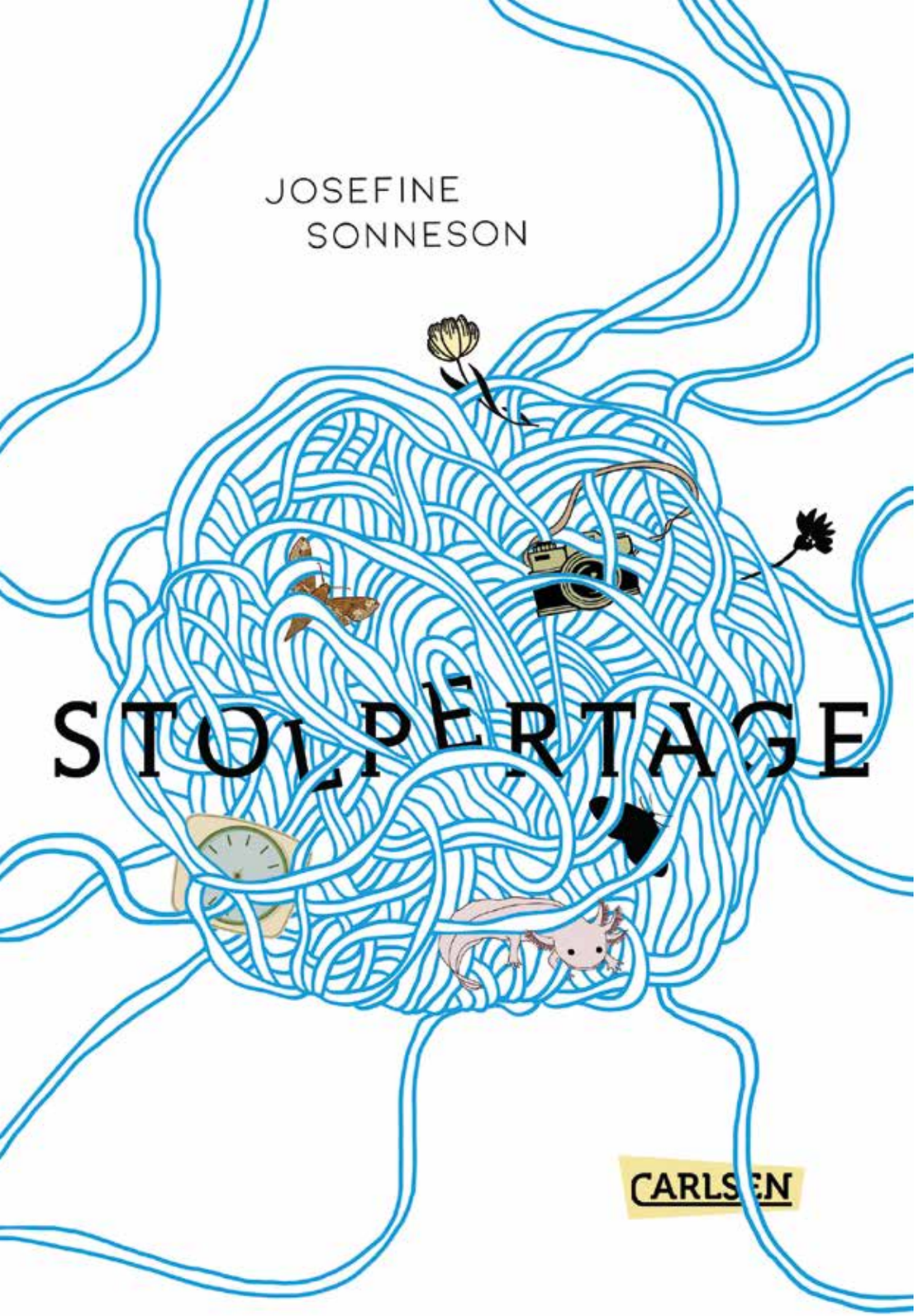
Hat dann die Entscheidung, an dieser Perspektive und Stimme einer weiblichen jugendlichen Figur festzuhalten und ihr Gehör zu verschaffen, nicht auch eine politische Dimension?

Wenn ich mir den Anfang meines Schreibprozesses der *Stolpertage* anschaue, finde ich die Frage nach dem Politischen schwierig, weil mein Ausgangspunkt ja eher in einer intensiven Innerlichkeit liegt. Eine politische Dimension bekommt die Entscheidung vielleicht in dem Sinne, dass es in meiner Verantwortung liegt, wie ich diese Stimme sprechen lasse, welche Bilder von jugendlicher Weiblichkeit* ich damit bediene und reproduziere oder nicht. Ich würde da am liebsten so oft es geht gar nichts bedienen, sondern offenhalten. Abgesehen davon gibt es für mich aber noch etwas anderes grundsätzlich Politisches an Kinder- und Jugendliteratur – allein dadurch, dass hier der Ausdruck ›Literatur‹ drinsteckt. Es liegt immer schon etwas Politisches im literarischen Schreiben für Kinder und Jugendliche, weil es ein Schreiben für alle ist – es ist Literatur für *alle*, egal ob für Kinder, Jugendliche oder für Erwachsene – und es ist *genauso* Literatur wie Erwachsenenbelletristik.

Das heißt, Kinder- und Jugendliteratur ist darin politisch, dass sie bestimmte Grenzziehungen unterläuft, die ja immer auch mit tradierten Hierarchisierungen zu tun haben: Die Grenzziehung, dass Literatur für Erwachsene >echte< Literatur sei, und es daneben dann >irgendwie auch noch< Bücher für Kinder und Jugendliche gäbe. Das Unterlaufen dieser Grenzziehung finde ich in deinem Roman sehr konsequent umgesetzt in der Weise, wie du die Erzählung entfaltest: Egal, wer das Buch liest, alle müssen erst einmal die gleiche Orientierungsleistung vollbringen, ich habe durch mein >Erwachsensein< keinerlei Vorsprung in der Deutung dessen, was da vor sich geht. Alle Leser*innen sind gleichermaßen abhängig von den Beobachtungen der erzählenden Protagonistin Jette, die selbst in einer Situation steckt, in der sie irgendwie die Orientierung verloren hat. In dem Moment, in dem wir als Leser*innen in ihre Geschichte eintreten, wissen wir am Anfang ebenso wenig wie sie: Was ist hier eigentlich los? – Das müssen wir im Prozess des Lesens mit ihr zusammen erschließen, mit ihr auf der Suche und im Fragen bleibend…

Danke, ein Unterlaufen der Grenzziehung zugesprochen zu bekommen, das gefällt mir. Und ja, das ist ein wichtiger Punkt. Finn-Ole Heinrich und Dita Zipfel sprechen da von Adultismus, der auch vor der Kinder- und Jugendliteratur nicht Halt macht. Von mir aus müsste es diese starre Grenzziehung nicht geben.
Zur Orientierungsleistung, die du erwähnst: *Stolpertage* ist für mich eine Geschichte von einem spezifischen Menschen, von Jette, die ihren eigenen Weg irgendwie geht und findet, auch wenn sie dabei stolpert. Ich habe sie als Schreibende auf diesem Weg begleitet und manchmal im Nachhinein das Gefühl gehabt, – das klingt jetzt vielleicht ein bisschen komisch – dass Jette manche Sachen schon ein bisschen besser verstanden hat als ich.

Auch wenn du vorhin gesagt hast, dass es für dich am Anfang keine Rolle spielt, was für eine Figur da spricht, möchte ich doch nochmal nachfragen: Ist es wirklich gleichgültig, ob da eine weibliche* Stimme spricht?



Nein, es ist nicht gleichgültig. Ich glaube, es braucht in der Literatur alle möglichen Stimmen, es braucht aber besonders auch weibliche* Stimmen. Und weibliche* Stimmen, bei denen sich nicht mit dem Finger drauf deuten und sagen lässt: »Schau an, das ist ein Mädchenbuch.« Bei Jette ist mir vor allem wichtig, dass sie einfach so sein darf, wie sie ist. Wenn das zum Beispiel bedeutet, dass es durch ihren Eigensinn ein stilles Buch geworden ist – dann ist das auch gut so.
Als für mich im Schreiben feststand, dass es sich um ein jugendliches Mädchen handeln wird, war mir wichtig, bewusst damit umzugehen: Was heißt das denn jetzt für mich in meinem Schreiben? Was heißt das für Jette? Wie verhält sie sich da in ihrer Rolle? Ich habe versucht, mir während des Schreibens die Aufmerksamkeit und Sensibilität für diese Fragen beizubehalten und immer wieder zu schauen, dass ich nicht in irgendwelche Reproduktionen oder Klischees tappe, die ich auf keinen Fall haben will. Im besten Fall würde ich mir wünschen, dass man das Buch lesen kann und es einfach lange keine Rolle spielt, ob das nun ein Mädchen ist, das da spricht.

Ich hatte den Eindruck, dass es in deinem Buch weniger um eine Geschichte geht, die durch bestimmte Handlungen >vorangetrieben< wird, sondern um die Darstellung eines Such- und inneren Entwicklungsprozesses im Umgang mit Veränderungen und Verlusterfahrungen vielfältiger Art. Es vollziehen sich große Veränderungen in Jettes Familie, zugleich widerfährt ihr das ganz stille Abhandenkommen einer engen Freundschaft. Jette befindet sich in einer Übergangszeit: konfrontiert mit äußeren Veränderungen in ihrem Leben, die wiederum einen inneren Veränderungsprozess in Gang setzen, vollzieht sich eine Veränderung ihrer Perspektive auf das, was es eigentlich heißt, dass sich etwas verändert und wie man sich selbst dazu verhalten kann.

Ich habe in Bezug auf Themen wie Veränderungen, Verlust oder den Umgang damit keine Antworten, sondern eigentlich immer nur Fragen. Ich würde mir und auch diesem Buch niemals zusprechen, einen bestimmten Umgang oder irgendwelche Lösungen vorzuschlagen. Ich spreche bei meinen Lesungen mit Schüler*innen häufig über den Axolotl, der im Buch eine wichtige Rolle spielt. Er taucht auf als Stellvertreter für einen bestimmten Umgang mit Verlust, zu dem wir Menschen aber nicht imstande sind. Axolotl können sich auf eine besondere Art regenerieren: Wenn sie verletzt sind oder ein Körperteil verlieren, dann wächst das wieder nach. Jette ist davon fasziniert, sie wäre eigentlich gerne selber ein Axolotl, denn dann hätte sie diese Fähigkeit, die Sachen, die sich verändern und die sie verabschieden muss oder die sie vielleicht auch verliert, sofort wieder neu zu bilden – möglichst gleich und möglichst schnell. Das passiert aber eben nun mal nicht. Vielleicht ist mein Buch einfach eine Geschichte darüber, wie man okay damit ist, kein Axolotl zu sein. Das sage ich manchmal, wenn Leute fragen: »Worum geht es denn in deinem Buch?« Dann sage ich diesen Satz und das versteht dann keine*r, aber ich habe geantwortet *(lacht)*.

Jettes Faszination für den Axolotl mündet ja dann auch irgendwann in die Erkenntnis, dass es eben gerade nicht diese eine Antwort darauf gibt, wie man gut mit Verlust oder auch Wandel umgeht, sondern dass der Umgang erst einmal in einem Weiterfragen besteht: Sie beginnt, ihre Erinnerungen und die Vergangenheit zu befragen, aber auch, die Gegenwart intensiver zu leben. Sie sucht nach Möglichkeiten, die Gegenwart irgendwie festzuhalten, auch wenn ihr für diese erst einmal die Worte fehlen. Ich denke hier an die Szenen im Buch, in denen sich etwas – von dem Jette erst einmal nicht weiß, wie sie es ausdrücken soll – zunächst auf einer körperlichen Ebene ausdrückt oder somatisiert wird, bis es dann von ihr im Laufe der Zeit in Worte gefasst werden kann. – Für die Auseinandersetzung mit Verlusten steht in deinem Roman ja noch ein anderes wichtiges Tier: Die Motte, die ja auch erst einmal zu dem fliegt, was sie so begehrt und ersehnt, wobei aber dieser direkte Weg dazu führt, dass diese Motte eben nicht im Mondlicht tanzt, sondern an der Lampe verglüht und ihr Ende findet.

Ja, genau. Die Motte ist neben dem Axolotl das zweite wichtige Tier. Sie taucht am Anfang kurz auf, wird direkt zu Jettes erstem kleinen Verlust und nimmt spätere Verluste vorweg. Die Szene mit der Motte ist tatsächlich das allererste Schnipselchen, was ich für dieses Buch geschrieben habe. Dass die Motte am Anfang stirbt, bereitet Jette auf das vor, was ihr dann noch so widerfahren wird. Sie trägt die tote Motte mit sich herum, sie erzählt niemandem davon, bemerkt dann irgendwann, dass es doch gut ist, dieses Erlebnis zu teilen – sich anderen mitzuteilen. Irgendwann kann sie dann auch wieder von der Motte loslassen. Ich habe schon

gesagt, ich habe keine Antworten, aber ich glaube, wenn ich Jette so zuschaue oder zuhöre, dann sind das vielleicht ihre eigenen kleinen Schritte, irgendwie mit dem Stolpern umzugehen, wieder Balance zu finden.
Das heißt für mich und für Jette in diesem Fall auch, sich ein Langsam-Sein zu erlauben, stehenzubleiben, sich umzuschauen, sich irgendwo festzuhalten oder zu merken, es gibt vielleicht doch etwas oder jemanden, an dem man kurz Halt finden kann, um sich dann eben langsam anderen zu öffnen, sich mitzuteilen oder Verbündete zu suchen. Das passiert ja dann im Laufe der Geschichte: Jette merkt, dass es doch auch Menschen gibt, die sie auf eine bestimmte Art verstehen.

Was ich spannend finde, ist deine Darstellung von Jettes fortwährender Suche nach Aneignungs- und Ausdrucksmöglichkeiten von dem, was sie zuerst einmal als Widerfahrnis überrollt. So entdeckt sie in den zurückgelassenen Sachen des Großvaters einen Fotoapparat, der ihr einen anderen Zugang und Umgang mit der Situation ermöglicht. Das Fotografieren erlaubt ihr, das, was sich verändert, festzuhalten und erschließt ihr vielleicht auch so etwas wie Handlungsmöglichkeiten und neue Spielräume.

Für die Aneignung oder das Erschließen von Handlungsmöglichkeiten ist wichtig, dass Jette in dieser erstmaligen Überforderung durch all das, was um sie herum auf sie einwirkt, zu ihrem Eigenen und ihren Eigenheiten findet – also zu dem, was ihr entspricht. Sie findet am Ende zu diesem Fotoapparat, mit dem sie sich eigene Bilder, ein eigenes Bild von dem machen kann, was um sie herum passiert…

...um damit zugleich eine eigene Sprache zu finden, das auszudrücken?

Ja. Mir war im Schreibprozess wichtig, für Jette Worte zu finden – Worte zu finden für die Worte, die ihr fehlen, angesichts all dessen, was ihr im Kleinen und Großen, innen und außen widerfährt. Mein Schreiben war der Versuch, Dinge so zu formulieren oder zu beschreiben, dass sie zutreffen. Dafür braucht es dann manchmal neue Worte oder Worte für die Suche nach Worten.

Diese Wortneuschöpfungen tragen in den melancholischen Ton des Romans eine zarte Heiterkeit ein, so etwas wie eine sanfte, humorvolle Freundlichkeit oder auch Leichtigkeit.

Jette sagt an einer Stelle: »Man kann auch lachen, wenn man traurig ist.« In ihrem genauen Beobachten dessen, was passiert, entdeckt sie die Komik im Melancholischen, und das sorgt für ein bisschen Erleichterung, nimmt etwas von der Schwere. Auch für die Lesenden, hoffe ich.

Es zeigt ja auch, dass es in der Trauer Trost geben kann. Gerade die Schilderungen, in denen sich Jette von ihrem Opa verabschieden muss, sind darin sehr berührend, und sie berühren eben trotz der Traurigkeit nicht überwältigend, sondern zart.

Mit 13 Jahren steckt Jette ja noch in so einer Zwischenphase, hat die Kindheit noch nicht vollkommen hinter sich gelassen. Sie hat noch etwas von einer kindlichen Unbedarftheit auch in Bezug auf schwere Themen wie Tod, und zugleich setzt bei ihr etwas ein wie eine andere, melancholische Art des Erfahrens und Begreifens, was da eigentlich passiert: indem eine andere, schwerere Bedeutung dessen hinzukommt, was Verlust bedeutet. Ich glaube, dass diese Mischung aus beidem etwas Erstrebenswertes ist.

Etwas Tröstliches liegt ja auch darin, dass der Abschied vom Großvater als ein Verlust dargestellt wird, der eben nicht nur ein Verloren-Gehen ist, sondern auch etwas Neues stiftet: intensivere Beziehungen zwischen den näheren und entfernteren Verwandten beispielsweise.

Der Trost oder das Tröstliche ist mir ein sehr wichtiges Moment. Ich werde nicht selten gefragt: Kann man denn so ein schweres Thema wie Tod und Verlust jungen Leser*innen überhaupt vorsetzen? – Das sei ja gar nicht so heiter... Ich bin davon überzeugt, dass Literatur für junge Leser*innen alles erzählen darf und kann, was jede andere Literatur auch darf und kann – vor allem weil in den tatsächlichen Leben von jungen Menschen alles das ja auch passiert. Man kann das alles erzählen, man muss das nicht abpuffern oder aussparen. Wichtig ist mir hierbei jedoch, dass man sie dann nicht damit allein lässt. Das bedeutet für das Erzählen, die Figur in dem Verlust nicht ganz alleine zu lassen, hier auch, sie irgendwie Trost finden zu lassen, selbst wenn dieser sich nicht offensichtlich zeigt. Vielleicht markiert das einen feinen Unterschied darin, was gegenüber ›Erwachsenenliteratur‹ Literatur für Kinder und Jugendliche ausmachen kann: dass man sie in dem, was man ihnen schreibend mitgibt, nicht ganz allein lässt.

Über deine Lesungen stehst du in engem Austausch mit Kindern und Jugendlichen. Gibt es etwas, was dir dieser Austausch neu erschlossen hat, was du gelernt hast?

Foto: Johanna Almeida Sonneson

Es ist eine große Herausforderung und zugleich ein großes Geschenk, ein junges Publikum zu haben, denn es ist sehr, sehr ehrlich. Es wird nicht irgendwie drumherum geredet, sondern die Reaktionen sind sehr direkt. Wenn jemand etwas langweilig findet, dann merkt man das. Aber auch Begeisterung, Desinteresse, Neugierde – die zeigen sich unverstellt und unmissverständlich. Ich freue mich immer sehr über die Begegnungen, die es bei den Lesungen gibt. Meistens ist es so, dass ich relativ kurze Abschnitte lese und dann versuche, mit den Kindern oder Jugendlichen darüber ins Gespräch zu kommen – mal ganz nah am Text, mal eher weiter weg. Es ist für mich eine große Freude, wenn diese Momente funktionieren, wenn die Kinder oder Jugendlichen selbst erzählen, also wenn das, was ich vorgelesen habe, sie anregt, sich selber mitzuteilen und zu erzählen, was sie gerade erleben. Das sind die sehr besonderen Momente für mich, wenn ich merke, dass das, was ich da geschrieben habe, meine Leser*innen tatsächlich was angeht.

Interessant ist auch, dass meine schnell getroffenen Einschätzungen von den Kindern, die da vor mir sitzen, nicht selten einfach umgeworfen werden. Ich werde ja bei meinen Lesungen an Schulen oft in so Konstellationen hineingeworfen, die im Schulalltag sowieso vorhanden sind, die sich aber im Verlauf der Lesung plötzlich umdrehen können. Da gibt es beispielsweise manchmal Lehrer*innen, die im Vorhinein so etwas zu mir sagen wie: »Das ist ja eher was für Mädchen«, oder: »Wir setzen mal die drei Jungs da extra in die erste Reihe, damit die nicht stören«. Und was dann passiert, ist: Da ist dieser Junge, der vielleicht sonst der Klassenclown ist und am Anfang die ganze Zeit redet, durch den Raum wirbelt, Faxen macht und Stühle umstellt, und dieser Junge ist dann am Ende das Kind, das so aufmerksam zuhört, dass ich mich sehr zusammenreißen muss, dass ich das in dem Moment nicht irgendwie vor Berührung ausquatsche. Am Ende war es tatsächlich dieser Junge, der den anwesenden Lehrer gefragt hat, ob sie denn nicht das Buch doch auch bitte in der Schule lesen könnten. Ein größeres Kompliment kann ich nicht bekommen. Es ist einfach sehr erfrischend und sehr lebendig und immer wieder neu mit meinen jungen Leser*innen. Auch wenn ich das nicht konkret benennen kann, was ich da jetzt genau lerne, glaube ich, dass ich dabei sehr viel lerne.

Vielleicht ist das, was du lernst, ja auch, dass du das, was du deiner eigenen Protagonistin zugestanden hast, ebenso deinem jungen Publikum zugestehen kannst: dass sie eben in ihrer eigenen Weise wahrnehmen und reagieren können und sehr offen sind für Veränderungen.

Auf jeden Fall!

Um abschließend noch einmal gegen das Vorurteil anzugehen, dass ein Buch, welches mehrere Kinder- und Jugendbuchpreise gewonnen hat, nicht relevant sei für Menschen, die sich als erwachsen verstehen: Warum sollten auch Erwachsene das Buch lesen?

Ich freue mich ja sehr über dieses jugendliche Publikum, dem ich begegnen darf. Ich freue mich sehr, dass mein Roman ein Buch ist für genau diese jungen Menschen, die begeistern mich nämlich so oft. Ich glaube aber, jugendliche Stimmen sollten Gehör bekommen und zwar auch in der Literatur – gerade auch von erwachsenen Lesenden. Annette Pehnt hat es einmal so passend ausgedrückt: »*Stolpertage* ist ein Buch für alle, die schon mal gestolpert sind, die mal Verlust erlebt haben und erleben und für alle, die keine Axolotl sind.«

Gespräch: hlz (ANTJE GÉRA)

JOSEFINE SONNESON ist mit *Stolpertage* für den *Deutschen Jugendliteraturpreis* nominiert, studiert *Literarisches Schreiben* in Hildesheim, freut sich auf die anstehenden Lesungen und sitzt zurzeit am Chaosdokument für ihr zweites Buch.

Antifa

Wie weit kann die Rechte gehen?

Björn Höcke als role model der *Neuen Rechten* – ein Bericht von der Veranstaltung *Björn Höcke ist ein Nazi* am 29. August 2023 im Curio-Haus.

Darf und sollte man Björn Höcke, den Fraktionsvorsitzenden der Thüringer *Alternative für Deutschland*, einen Nationalsozialisten nennen? Im Rahmen ihrer aktuellen Kampagne *Björn Höcke ist ein Nazi* lud das bundesweite Bündnis *Aufstehen gegen Rassismus* (AgR) zu einem Vortrag in Hamburg ein, der die dafürsprechenden Argumente diskutierte.

Dass über Höcke, sein Netzwerk sowie ihre Ziele und Methoden debattiert und berichtet wird, ist das erklärte Ziel der Kampagne. *AgR* tritt damit der schrittweisen Normalisierung einer mehr und mehr von Extremen geprägten AfD entgegen. Dies soll – gerade in Krisenzeiten mit steigenden Zustimmungswerten – die Brandmauer gegen rechts stärken und die Kooperationsmöglichkeiten der AfD einschränken.

Zu diesem Zweck sprachen die Referent*innen Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten* (VVN-BdA) und Anthony Schuster von *AgR* über die besondere Rolle ›Bernd‹ Höckes innerhalb der AfD. Dabei stand – neben der Entwicklung der Partei in den letzten zehn Jahren – dessen Ideologie, Vernetzung, Methoden und zukünftige Strategie im Mittelpunkt.

Die Entwicklung der AfD seit 2013

Der neue Präsident des deutschen Verfassungsschutzes wollte 2022 klare Kante gegen diese Rechtswende zeigen und entdeckte die Systemkritik: »Die Partei steht für Rassismus, für Ausgrenzung von Minderheiten, für die Verächtlichmachung unseres ganzen Systems«, so Thomas Haldenweg. Die Partei hatte sich in beständigen Führungskämpfen radikalisiert: Erst Bernd Lucke, dann Frauke Petry, später Jörg Meuthen und zuletzt Tino Chrupalla – hierbei handelt es sich nicht um eine zufällige Aufzählung bekannter Bundessprecher*innen der AfD, sondern in dieser Reihenfolge auch um einen Indikator für den harten Rechtsdrall der Partei. Wie kam es dazu, dass die AfD, die ihren Namen und ihr einziges Thema im Widerstand gegen die *Europäische Union* begründete, heute vom Verfassungsschutz beobachtet wird?

Der Hauptgrund liegt in der Verschiebung der Inhalte von der Euro-Kritik über Nationalkonservatismus und ›Migrationskritik‹ bis hin zu offenem Rechtspopulismus und teilweise zu Rechtsextremismus. Indikatoren für den ununterbrochenen Weg nach rechts sind neben den ›überlebenden‹ Bundessprechern auch die Parteiprogramme, öffentlich getätigte Aussagen, veränderte Mitgliederstrukturen und Einschätzungen der ermittelnden Behörden. Gemäßigte Positionen und differenzierte Argumente geraten mehr und mehr ins Hintertreffen, während sich simple Polemik und Verschwörungsmythen im Aufwind befinden. Aktuelle, anschauliche Beispiele dieser Entwicklung waren verschiedene Redebeiträge zum 14. AfD-Bundesparteitag sowie dem anschließenden Europaparteitag ab dem 28. Juli 2023.

Höckes Rolle in der AfD

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf diese Entwicklung hat Björn Höcke, der weit über die Landesgrenzen Thüringens hinaus als einer der einflussreichsten AfD-Politiker gilt. Während er selbst mehrere Parteiausschlussverfahren überstand, traten seine erklärten innerparteilichen Gegner, unter ihnen Lucke, Petry und Meuthen, infolge von verlorenen Machtkämpfen reihenweise aus der Partei aus. Über den inzwischen (nur offiziell) aufgelösten, erwiesen rechtsextremen ›Flügel‹ beeinflusst Höcke seit 2015 die Ausrichtung der Partei, er gilt als gut vernetzt mit rechten Initiativen und Vereinigungen, Medien und Bewegungen auf der Straße.

Betrachtet man die bisherige Marschrichtung der AfD, scheint es nur eine Frage der Zeit, bis Höcke selbst das Ruder als Bundessprecher übernimmt. Warum das so problematisch ist, zeigt ein Blick auf dessen Ideologie, die sich aus seinen öffentlichen Aussagen und seinen – unter eigenem Namen sowie unter seinem Pseudonym ›Landolf Ladig‹ – veröffentlichten Schriften ablesen lässt.

»

Björn Höcke ist ein Faschist. Er vertritt den Ultranationalismus und das Streben nach der Beseitigung des aktuellen demokratischen Systems, das er als »degeneriert« propagiert. Er stellt sich gegen den »Regenbogen-Imperialismus« – die kritische Betrachtung und praktische Bekämpfung von politischer Ungleichheit auf Basis der Menschenrechte nennt er »geisteskrank«, »pervers« und »dekadent«.

Höckes Ideologie

»[V]om deutschen Volk fordere ich, daß es endlich aus seinem Dämmerzustand erwacht. Wir Deutschen müssen wieder lernen, wir selbst zu sein. Und wir müssen lernen zwischen Toleranz und Selbstaufgabe zu unterscheiden!«, so donnerte ein Höcke im Jahre 2015. Björn Höcke ist ein Faschist. Er vertritt den Ultranationalismus und das Streben nach der Beseitigung des aktuellen demokratischen Systems, das er als »degeneriert« propagiert. Er stellt sich gegen den »Regenbogen-Imperialismus«, die kritische Betrachtung und praktische Bekämpfung von politischer Ungleichheit auf Basis der Menschenrechte nennt er »geisteskrank«, »pervers« und »dekadent«.

AgR betitelt ihn als Nazi, weil seine offen bekundeten und angedeuteten Ansichten klar den Positionen der tatsächlichen Nationalsozialist*innen vor 1945 ähneln, ganz gleich, ob es um die ›Überlegenheit des deutschen Volkes‹, Antisemitismus oder die Glorifizierung des totalen Staates oder das Durchsetzen der eigenen Ziele mithilfe von Gewalt geht. – Höcke hat vermutlich auch als Lehrer diesen Geschichtsrevisionismus vertreten und benutzte in seinen Texten ein nationalistisches Standardvokabular. Er lernte von anderen rechtskonservativen Lehrern, wie man sich mit Leserbriefen oder Flugschriften so in die Debatte einbringt, dass man nicht strafrechtlich belangt werden kann.

Nach der Betrachtung des ideologischen Hintergrunds der Methoden und Strategien Höckes drehte sich der Vortrag um die aktuellen Taktiken und zukünftigen Aktionen. Abgeschlossen wurde die Veranstaltung mit einer gemeinsamen Diskussion aller Anwesenden. Dabei wurde auch der aktuelle Stand der Kampagne *Björn Höcke ist ein Nazi* angesprochen. Hier gab es bereits einen juristischen Teilerfolg: Ähnlich wie gegen die Bezeichnung Höckes als ›Faschist‹ wurde auch gegen die Benennung als ›Nazi‹ juristisch vorgegangen, weil es sich um eine Beleidigung handeln könnte. Ähnlich wie im vorherigen Fall wurde auch die Bezeichnung ›Nazi‹ von der Staatsanwaltschaft Frankfurt als ein »an Tatsachen anknüpfendes Werturteil« und somit als »nicht strafbar« eingestuft.

Dank

Die Veranstalter*innen und Referierenden danken dem großen Publikumsinteresse, für die anregende Diskussion und das gesamte Feedback sowie allen, die im Vorfeld so erfolgreich an der Mobilisierung beteiligt waren. Dank geht auch an das *Festival Contre le Racisme* in Hamburg, in dessen Rahmen das Event initiiert wurde (www.contre-le-racisme.de).
Solltest Du als Leser*in Interesse am Thema haben: Weitere Vorträge der Kampagne finden deutschlandweit statt und sind über die Website der AgR zu finden. Wenn Du selbst in Hamburg lebst und gegen rechts aktiv werden willst, findest Du auf der Website jederzeit die Möglichkeit, mitzumachen: aufstehen-gegen-rassismus.de/lokal/hamburg/.

ANTHONY SCHUSTER
ist Aktivist nicht nur im Rahmen dieser Kampagne

Die Wahrheit in den Fakten suchen

Zur innergewerkschaftlichen Diskussion um Rechtsoffenheit

Auf dem letzten Gewerkschaftstag der GEW Hamburg am 24. April 2023 ist ein Antrag des Vorstands mehrheitlich angenommen worden, der besagt, dass dem *Hamburger Forum* (einer Gruppe der Friedensbewegung, die maßgeblich die Ostermärsche in Hamburg organisiert) keine Räume mehr im Curio-Haus unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden (*hlz* 5-6/2023, S. 44). In einer Tischvorlage des Vorstandes zum Gewerkschaftstag heißt es, es sei ein »Problem, dass bei Veranstaltungen und Publikationen des Hamburger Forums zunehmend rechte Zusammenhänge und für rechte Magazine schreibende Autoren auftauchen, – ohne dass für eine Abgrenzung gesorgt wird.« In der zweiten Vorstands-Tischvorlage zum *Jour Fix/Gewerkschaftslinke* (ein traditioneller Zusammenschluss linker Gewerkschaftsmitglieder in den DGB-Gewerkschaften) werden deren Verbindung zu den Querdenker-Demonstrationen in Hamburg kritisiert. Auch ihnen hatte der Landesvorstand im Mai 2023 die unentgeltliche Raumnutzung im Curio-Haus aufgekündigt.

Meinungsverschiedenheiten mehrerer Initiativen aus Hamburgs linkem Spektrum wurden schon Ende 2022 öffentlich bekannt. Am 17. Oktober 2022 veröffentlichte das *Hamburger Bündnis gegen Rechts* (keine-stimme-den-nazis.org) einen offenen Brief an das *Hamburger Forum*. In diesem Brief werden ähnliche Kritikpunkte wie die in der Tischvorlage benannt.

Auseinandersetzungen um die Strategie und Taktik linker Politik (wer schließt mit wem Bündnisse?) angesichts des Überfalls Russlands auf die Ukraine finden ihren Widerhall auch auf bundespolitischer Ebene – nicht nur innerhalb der Gewerkschaften. Stellvertretend genannt sei hier die Auseinandersetzung zwischen der *VVN-Bund* und dem Personenkreis, der sich unter *frieden-links.de* organisiert (*Falsche Frontstellung. Erklärung der VVN-BdA zur Diffamierung durch die Sprecher*innen Initiative Frieden-links* vom 12. Juli 2023 versus *Stellungnahme zu Verleumdungen der VVN-BdA-Vorsitzenden: Lügen haben kurze Beine und sind Kriegspropaganda*). Die Stellungnahmen sind im Internet leicht zu finden.

Streit um Organisationen und Personen

Dem *Hamburger Forum* werden von der GEW folgende Kontakte vorgehalten: 2014: *Montagsmahnwachen*; 2017: *Deutsche Mitte*; *Querdenker*-Demonstration am 2. Juli 2022 mit der Partei *dieBasis*; Demonstration am 1. September 2022 (Antikriegstag): Eliyah Tabere (Filmer mit Verbindungen zu *AfD* und Elsässer/*Compact*); Demonstration des *Hamburger Forums* am 1. Oktober 2022 *Gemeinsam für den Frieden. Diplomatie statt Waffen*: Zusammenarbeit mit der Partei *dieBasis;* im *Rundbrief* 8/2022 des *Hamburger Forums*: Artikel von Hannes Hofbauer.

Zu *Jour Fix/Gewerkschaftslinke* wird genannt: Teilnahme an den Kunsthallendemonstrationen (*Querdenker*). Die Anmelderin Johanna Darmstadt war bereits im Mai 2021 Teil der *Querdenken*-Kampagne *DankeAllesDichtMachen*. Die *Querdenker*-Demos an der Kunsthalle am 5. und am 19. Februar 2022 werden moderiert von Thomas Kuhn (»Redner Kuhn relativierte am 2. Jahrestag die rassistischen Morde in Hanau«).

Wut in Zeiten der Pandemie

Die Autor*innen der Tischvorlage schreiben über das *Hamburger Forum*: »Das Hamburger Forum hat sich in den letzten Rundbriefen und Aktivitäten mehrfach nach rechts offen geäußert bzw. nach rechts offen agiert«. Einige GEW-Mitglieder widersprechen dieser Einschätzung, wie die Stimmung und Abstimmungsergebnisse auf dem Gewerkschaftstag zeigten. Der Personenkreis um *frieden-links.de* nennt die Vorwürfe, die gemacht werden, »denunziatorische Kontaktschuldzuweisungen« und »Gesinnungs-TÜV«. Der Ton, in dem die Auseinandersetzung geführt wird, ist rau.

Was ist mit ›Rechtsoffenheit‹ gemeint? Was und wo schreibt ein vom *Hamburger Forum* eingeladener Autor wie Hannes Hofbauer? Wie ist die Gruppierung *Die Basis* politisch einzuordnen? Und: Ist die Forderung, sich von solch einem Personenkreis zu distanzieren, angemessen? Diesen Fragen möchte ich im Folgenden nachgehen. Nicht jede Handlung bzw. Äußerung dieses Personenkreises kann hier überprüft und dokumentiert werden. Dies geschieht nur exemplarisch. Das Handeln von Redakteur*innen und Autor*innen der Zeitschrift *Demokratischer Widerstand (DW)* wird dabei als Exempel ausgewählt. Diese Zeitschrift wurde in Berlin bei Ausbruch der Corona-Pandemie gegründet, um Menschen, die gegen die Corona-Politik der Bundesregierung auftreten wollten, ein Forum zu bieten. Sowohl der in der Tischvorlage erwähnte Hannes Hofbauer als auch Mitglieder der Partei *dieBasis* sind mit dieser Zeitschrift – mehr oder weniger fest – verbandelt.

Die Zeitung

Die Hauptfigur, der Macher, Herausgeber und Kontaktknüpfer des *Demokratischen Widerstandes* ist Anselm Lenz. In *DW* Nr. 26 (14.11.2020) auf Seite 15 beschreibt er sich nicht uneitel folgendermaßen: »Ich bin links. So will es nicht der liebe Gott, gegen den ich nichts habe, sondern meine Herkunft aus der Klasse der Lohnabhängigen. […] Ich wurde es […] als einer, der sich nicht an den Karrierechancen ergötzt und nicht einmal der eigenen intellektuellen Überlegenheit [...] wegen«. In dieser Kurzbiografie beschreibt er gleichzeitig das ›Programm‹ ›seines‹ *DW*: »Echte Linke […] sind nicht gegen Demokratie und Freiheit«. »Echte Linke« müssten ihren Blick auf große Dinge richten. Die »Nation« sei ein »originär linke[s] Projekt«.

Dieser »Nation« werden erstaunliche Fähigkeiten zugeschrieben. Und das hebt er mit einem Ausrufezeichen deutlich hervor: »Die Nation ist der einzige (!) Träger der Demokratie.« Aha: Ein »Linker« muss für das »Nationale« sein, weil er »Demokratie« anstrebt. Und die »Freiheit« bedroht ein buntes politisches Gemisch: »Hinter die Errungenschaft der Freiheit, hier: des Grundgesetzes (S. 16), geht es nicht zurück, schon gar nicht für die konzerngeführte EU, das obsolet gewordene Kriegsbündnis NATO und die Demokratieleugner des Corona-Regimes.« Diejenigen, die die Grundgesetz-garantierte Freiheit einschränken wollten, müssten mit einem »neuen Gesellschaftsvertrag, ja, für unser aller Deutschland« in ihre Schranken verwiesen werden. – Ein*e Schelm*in, wer da an »Deutschland über alles« denkt.

Ohne Pöbelei gegen die allgegenwärtige, feindliche »Regimepresse« geht es in dieser Polemik auch nicht. Der *DW* nutzt Sprachkonstruktionen von *AfD*/*Pegida* und Co., um das Spiel der Delegitimierung ›des Staates‹ zu betreiben. Noch nicht vergessen sind Ängste vor der Virusinfektion, vor Beatmungsgeräten, dem Lockdown und Bewegungseinschränkungen, Klopapiermangel, Ischgl etc. Wir erinnern uns an die Zeit Anfang 2020. Antworten auf die Frage, wie die Probleme zu lösen sind, wurden viele gegeben. Die *DW*-›Analyse‹ lautet kurz und bündig: Es handele sich um einen »militaristisch(en) und nazistisch(en) ›Impf‹-Zwang« oder »Corona-Putsch« (Nr. 62). »Absolut zweifelsfrei« sei »bewiesen«, dass es um »Überwachungspässe, Segregation bis hin zur Apartheid, Spaltung, Unterdrückung, Terror von Seiten des Staates und Massenmord in genozidalen Dimensionen« ginge, »dem umfassendsten Lügenregime der Weltgeschichte«. »Diesem neofaschistischen und militaristischen Blutzoll gegenüber steht kein einziger positiver Effekt«. In der *DW*-Ausgabe Nr. 42 (S. 13) titelte die Redaktion großsprecherisch: »Wir haben den letzten Schritt zum Faschismus erreicht«.

Dieses grob geschnitzte Weltbild mit einer Mischung aus »Terror«, »Putsch«, »Genozid«, »Nazi-…«, wöchentlich eingehämmert in die Gehirne, soll seine Wirkung nicht verfehlen und Leser*innen zu Aktionen drängen. Da »der Faschismus« vor der Tür stehe, müssten selbstverständlich auch persönliche Handlungen zur Gegenwehr in Erwägung gezogen werden. Bisher hätte die »politmediale Kaste« nur gebremst und »nicht von ihrem wahnhaften Ziel (das sie selber kaum kennen) ab[ge]bracht« werden können (*DW* Nr. 85, S. 12). Er, Lenz, könne »es niemandem verübeln, wenn er zur Verteidigung von sich selbst, seiner Familie und seinen Freunden sich nun auf alles vorbereitet.« – Was meint er mit »sich auf alles« vorbereiten? Wohin mit den geschürten Ängsten? Will er sich wie sogenannte ›Reichsbürger‹ ›verteidigen‹, sogar mit Waffengewalt? Wie die ›Selbstverwalter‹? Wie die sogenannten völkischen Neu-Siedler in ihren ›befreiten‹ Gebieten in Sachsen-Anhalt oder anderswo? Auszuschließen ist nichts bei so einer Art von ›Analyse‹.

Lenz' Methode und somit auch die seiner Zeitschrift *DW* ist infam: Er nutzt die Begriffe, mit denen Nazi-Verbrechen beschrieben werden (»Segregation«, »genozidal« etc.), um mit ihnen seine politischen Gegner*innen zu diffamieren – und er relativiert gleichzeitig (»umfassendstes Lügenregime«): Nichts soll schlimmer erscheinen als das, was heute zu beobachten ist. Das nennt man*frau ›Geschichtsfälschung‹. Ähnlichkeiten mit der Strategie der AfD sind unschwer zu erkennen (vgl. *hlz* 12/2020, S. 52, *hlz*-Dossier auf der GEW-Homepage).

Seine Mitstreiter*innen verstehen sich ebenfalls gut auf die Methode der Stimmungsmache. Redaktionsmitglied Hermann Ploppa, »Russland«-Spezialist und auch für »Wirtschaft« verantwortlich, schrieb in *DW* Nr. 19 (S. 7): »Das Stürmchen auf den Reichstag war inszeniert. Einer der fuchtelnden Polizisten ist sogar als Schauspieler bekannt«. Witzig, sollen sie doch ihre Reichsfahnen schwenken und wenn die Polizei dann noch ihre

Leute richtig einsetzt… Noch vor der Ukraine-Invasion ›analysierte‹ er: »Zur gleichen Zeit stehen die NATO-Truppen bis an die Zähne gerüstet zirka hundert Kilometer vor Sankt Petersburg. Der Ton der NATO gegen Russland wird mit jedem Tag aggressiver. Rüpelhafter.« (*DW* Nr. 73 vom 28.12.2021, S. 4) Einige Nummern später wird die Nato-Kritik zur Kriegs-/Invasionsechtfertigung. In Nr. 88 schreibt er über die Regierung der Ukraine ganz im Stile der Putin-Ideologen: »Es ging also darum, die faschistische Junta, die im Fortgang des Maidan-Putsches die Macht bis heute an sich gerissen hat, zu entfernen. Doch die Offensive auf Kiew scheiterte auf der ganzen Linie. Das Nazi-Regime erwies sich als besser verankert und vernetzt als angenommen.« Nennen wir es einmal so: Die Komplexität der politischen Entwicklung will oder kann Ploppa nicht erfassen.

Wo Putin bejubelt wird, ist Trump nicht fern: »Der rätselhafte Steilaufstieg des Joe Biden in der Nacht vom 3. zum 4. November 2020: Wer die Wahlveranstaltungen (Election Rallys) im Oktober 2020 in den USA verfolgte, für den war am 3. November in der Wahlnacht klar, dass US-Präsident Donald Trump die Wahlen mit einem Erdrutschsieg gewann. Doch erstaunlicherweise wurde es nicht festlich laut, sondern verdächtig still. Was ging vor?« (Nachdruck dieses »Standpunktes« von Yana Milev, der, so meint der *DW* in Nr. 31, 24.12.2020, S. 4, »in deutschen Medien ansonsten völlig unterdrückt oder entstellt kolportiert wird«.) – Ja, was täten wir, wenn wir die *DW*-Redaktion nicht hätten? Verschwörungserzählungen zu lancieren, ist eine schöne Aufgabe, fast so schön, wie bitcoins zu bejubeln. Da blitzt gleich die große Rettungsillusion vor Bankenmacht und EU-Bürokratie auf. Dann wären da noch Geheimzirkel, die die Geschicke Deutschlands und der »Erde« bestimmen: »Der ›Great Reset‹ des sogenannten Weltwirtschaftsforums ist keine gute Sache für 99 Prozent der Erde und er ist demokratisch nicht legitimiert.« Wir beschränken uns hier auf diesen kurzen Blick auf diese Inhalte der Zeitung.

Das ›Querfront‹-Konzept: Der *DW* knüpft Bündnisse

In den Anfängen der Zeitung definierten sich die Macher*innen als ›linke‹ Kritiker*innen der Anti-Corona-Maßnahmen der Regierung. Das drückt Lenz mit seinem »Ich bin links«-Artikel aus. Deshalb sollten ausgewiesene Linke im *DW* mitmischen, wie mit einigen Artikeln z. B. Knut Mellenthin, ehemaliger leitender Kader des *Kommunistischen Bundes (KB)*. Er stellte allerdings nach einigen Ausgaben seine Mitarbeit ein. Zu dieser Zeit verschoben sich die Schwerpunkte des Bündniskonzeptes.

Das »politische Koordinatensystem« habe sich »diametral verschoben«, formuliert Ralph T. Niemeyer im *DW* Nr. 27 (S. 10) sein »Querfront«-Konzept. »Was einst als ultra-linke Forderung gegolten hat, ist plötzlich opportun in rechten Kreisen. Umgekehrt befürworten aufgeklärte Linke plötzlich den staatlichen Kontroll- und Regelungswahn, der ansonsten von Rechten gefordert wird.« DW-Autor*innen müssen sich, so ist zu folgern, nicht lange mit Abgrenzungen gegen Rechts abgeben, denn was gestern rechts war, ist heute links und umgekehrt. Und: Bei der Auswahl der Schreiberlinge kommen auch rechte Autor*innen zu Wort. Dies soll von den Leser*innen toleriert werden, oder anders ausgedrückt: Sie müssen daran gewöhnt werden.

Redaktionsmitglied Ullrich Mies wählt in *DW* Nr. 26 (14.11.2020, S. 15) unter der Überschrift *Querfront oder Burgfrieden* dann auch eine nationalistische Ausdrucksweise: »Zunächst gilt es festzuhalten, dass die transatlantischen Globalisten seit mindestens 30 Jahren den Nationalstaat, die kulturellen Traditionen der Völker, das nationale Erziehungs- und Bildungswesen und alle auf nationalstaatlicher Ebene gewonnenen demokratischen Errungenschaften unter Druck setzen, zersetzen und zerstören.« Was also vor einigen Jahren nur in rechten Kreisen beschworen wurde: dass die ›nationale Identität der Deutschen‹ gefährdet sei, wird für ihn zur allgemeingültigen Gewissheit. Im 2020 gegründeten *DW* wird das zukünftig als politische Weisheit verkauft. Mit dem Begriff des ›Nationalen‹ öffnet Mies die Tür für ein neues Bündnisspektrum. Als Fazit seines Artikels folgt dann diese Passage, die mit den gleichen Stilmitteln arbeitet, wie oben bei Lenz gezeigt: »Wir müssen uns der Covid-Zerstörungsorgie und dem faschistischen Merkel-Regime entgegenstemmen und seiner Schreckensherrschaft ein Ende setzen, bevor es definitiv zu spät ist. Hierzu müssen wir ein Bündnis aller Demokraten von links bis konservativ und patriotisch schmieden. Rassisten, Hassprediger oder Chauvinisten stehen außerhalb dieses Bündnisses.« Es ist ziemlich spitzfindig, sogenannte ›Patrioten‹ zu hofieren und ›Rassisten‹ auszuschließen. Das Spezialgebiet von ›Patrioten‹ ist der sogenannte ›Ethnopluralismus‹, eine andere Art, die ›Rassentrennung‹ zu fordern.

Die eigene Leserschaft weichzuklopfen, funktioniert auch mit der Methode, ihr ein schlechtes Gewissen zu machen. Ob das von der Zielgruppe bemerkt wird, ist für die Redaktion nebensächlich. Gleichzeitig wird der Terror der Nazi-Banden verniedlicht. Das versuchen die Redaktionsmitglieder Batseba N'Diaye und Johnny Rottweil in einem Artikel, der zur Sicherheit (keine*r soll ihn verpassen!) sowohl im *DW* Nr. 26 als auch 27 abgedruckt wird: »Die bürgerlichen Kinder (insbesondere der Nazis) haben seit der Hippie-Zeit nach 1968 viel mit ihren Fetisch-Themen zutun: Hinter jeder Hecke könnte ein Faschist lauern, hinter jeder angemalten Betonmauer eine Kommunistin. Ansonsten geht es viel, sehr viel, um die eigene Sexu*ali_tät, das werte Wohlbefinden und den eigenen Status. Man möchte günstiges Hauspersonal für die geerbte Altbauwohnung und beansprucht doch moralische Reinheit. Todeslüsterne Nazis oder wild entschlossene Kader-Stalinisten gibt es 2020 kaum mehr. Eine Bedrohung für Demokratie, Wissenschaft, Rechtsstaat und Pressefreiheit geht im Deutschland der Gegenwart, leider, von der ultra-extremistischen und gewaltbereiten Regierung Angela Merkels aus. […] Rationale Demokratinnen und Demokraten wenden sich aus Notwendigkeit gegen den neuen Totalitarismus – und lassen ansonsten, gleichsam, die Kirche im Dorf.« (sic!) Na, wenn es keine Nazis mehr gibt, dann müssen wir auch nicht hinschauen, wen wir einladen, bei uns mitzumachen, so ihre Devise. Und die Begriffsverdrehung wird gleich mitgeliefert. Die alte, falsche Totalitarismus-Theorie wird entkernt und – schwupp – umdefiniert und die Regierung damit beschrieben. Aus Worten folgen Taten. Sie lassen »die Kirche im Dorf«, für sie gibt es nichts zu bemängeln an den neuen Autorinnen und Autoren.

Und so läuft sie denn auf, die Kohorte, die bisher von Lenz und Co. in ihrer ›linken Jugend‹ gemieden worden ist. Und die bläst ins selbe Horn! Der Neuzugang wittert Erfolg beim Einstieg in dieses Zeitungsprojekt. Ellen Kositza (bürgerlicher Name: Ellen Schenke-Kubitschek) durfte in Nr. 26 unter dem Titel *Ich bin rechts* Folgendes schreiben: Sie stelle fest, »›… dass es ›Linke‹ und ›Rechte‹, die nur links oder nur rechts sind, im strengen Sinne kaum gibt, nicht mal unter den dezidiert politisch Engagierten. … ‹ In der Tat!« Das Zitat in diesem Zitat, dessen Inhalt Schenke-Kubitschek teilt, ist von ihrem Kampfgefährten Martin Lichtmesz (bürgerlich: Martin Semlitsch). Sie hätte auch schreiben können: ›So schlimm, wie Linke behaupten, bin ich doch gar nicht‹. Diese Nebelbombe braucht sie nicht zu werfen, um ihre Anbiederung zu verschleiern. Ihre Eintrittskarte für den Zutritt zur Zeitung hat sie ohne Verstellung erwerben können. Stolz, so scheint es, stellt der *DW* die neue Autorin mit ihrer politischen Vita vor: »Ellen Kositza lebt als Lektorin und Redakteurin der konservativen Zeitschrift Sezession in Sachsen-Anhalt. Sie steht der Partei AfD nahe.« Verschämt verschweigt der *DW*, dass die ›konservative‹ Schenke-Kubitschek und ihr *Institut für Staatspolitik* vom Verfassungsschutz beobachtet wird, genau wie alle ihre Gefolgsleute, die im *DW* schreiben dürfen. Um vorzugaukeln, dass sie politisch unschuldig ist, nennt sie ihre Lektüre-Lieblinge: »Zu meinen literarischen Helden zähle ich [...] Benn, Jünger« ›Jünger‹? Empfehlenswert? Dieser Ernst Jünger mit seinen faschistoiden Vorstellungen wie: »Das tiefste Glück des Menschen besteht darin, daß er geopfert wird, und die höchste Befehlskunst darin, Ziele zu zeigen, die des Opfers würdig sind«? – So wissen wir nun, wohin die Reise mit den Kubitscheks und ihrem Klüngel geht. In der Folgenummer durfte der nächste *Sezession*s-Autor, Benedikt Kaiser, Lektor in Götz Kubitscheks *Antaios-Verlag*, bekennen: »Ich bin rechts« (*DW* Nr. 27, 21.11.2020, S. 10) Und auch der S*ezession*s-Autor Martin Lichtmesz schrieb später in *DW*.

Kositza und ihr Partner Götz Kubitschek führen das *Institut für Staatspolitik* (hierzu: *hlz*, s. o.). Beide gehören nach Meinung von *DW*-Autor Mies zum Bündniskreis der Zeitung und sollen nicht außerhalb stehen. Für den *DW* Nr. 94 (18.6.2022) gab Kubitschek einen seiner Texte aus der S*ezession* frei. Anselm Lenz nennt ihn »Offizier der Bundeswehr«, »Germanist, Verleger (Antaios) und Chefredakteur der Zeitschrift Sezession«, ein »renommierter Autor«. Natürlich ›vergaß‹ er bei der Lobpreisung des Autors dessen politische Nähe zur rechten Münchener Burschenschaft *Danubia*, seine Höcke-*AfD*-Kontaktpflege und seine Nennung im Verfassungsschutzbericht des Bundes. Ob Lenz begriffen hat, warum Kubitschek gerade ihm für seinen *DW* einen Artikel zur Verfügung stellt? Nicht er, Lenz, ist der Planer, ein anderer beobachtet und überlegt, wie der durch *DW* geweckte Aufruhr genutzt werden kann: »Sollten je (aufgrund von echten Engpässen und Absättigungslücken) Entladungsszenarien in den Bereich des Möglichen geraten, wird man Sündenböcke finden und interessiert feststellen, daß man mittels Propaganda gerade woke Leute in einen Mob verwandeln kann.« Na, Herr Lenz, dann tanzen Sie mal nach Kubitscheks Pfeife!

Ende Juli 2022 verkündete dann das *Institut für Staatspolitik* einen Auftritt von Lenz bei deren Sommerfest. So einen will sich Kubitschek natürlich warmhalten. Lenz bestätigte seinen Auftritt im *DW* Nr. 106 (1.10.2022, S. 13). Er interviewte für *DW* auch Martin Sellner (*Identitäre Bewegung Österreich*) und ehrte »den Jürgen« Elsässer (Duz-Freund von Eliyah Tabere, siehe oben): »Er ist kontrovers und gilt auch manchen DW-Lesern als ›zu rechts‹. Was ihm unter dem Corona-Putsch gelungen ist, ist aller Ehren wert: Der Journalist Jürgen Elsässer hat über die Corona-Lüge aufgeklärt.« (*DW* Nr. 90, S. 4) Elsässer selbst schrieb im *DW* Nr. 31 (24.12.2020): »Seit unserer ersten Ausgabe 2010 (von *Compact*, Anm. W.S.) haben wir versucht, unsere publizistische Feuerkraft zur

Unterstützung von Stimmungen und Bewegungen einzusetzen, die das Regime kippen wollten. […] Aber ich habe in den letzten Monaten auch erkannt: Der Angriff, der mit der inszenierten Pandemie von den Eliten gefahren wird, geht nicht nur gegen die Nationen, sondern gegen unsere Gattung als solche«. Nun ›feuern‹ sie gemeinsam.

Im Januar 2023 wird das Konzept der Querfront im *DW* (Nr. 118, S. 7) erweitert. Diesmal darf der Rechtsanwalt und Gründer der *Freien Sachsen* (Chemnitz), Martin Kohlmann, den Leser*innen seine Taktik ans Herz legen: »Ein Teil des Erfolgsrezeptes war die größtmögliche Abwesenheit jeglicher Distanzeritis: ob alternativer Gesundheitsfreak, ›Reichsbürger‹, AfD-Mitglied, evangelikaler Christ, ex-grüner Friedensaktivist – wenn man erst auf das Gemeinsame guckt und dann gar nicht so sehr auf das Trennende, ist vieles möglich!« Habe man erst einmal seine Rechte durchgesetzt, dann sei »fast egal, unter welcher Fahne das Schiff segelt«. Und damit auch alle Leser*innen wissen, um was es geht, fügt er an: »Demokratie muss nicht immer Gutes hervorbringen. Für viele sicher ein verstörender Gedanke … Und um noch eins draufzusetzen: Ein weniger demokratisches System kann mitunter mehr Freiheit zulassen.« Vielleicht hat der ›wertgeschätzte Herr‹ Kohlhammer ja bei seiner Anwaltstätigkeit – Verteidigung von Neonazis – gut aufgepasst und sich ideologisch inspirieren lassen (*SZ,* 29.11.2021). Auch ›Reichsbürger‹ werden hier als mögliche Bündnispartner ins Spiel gebracht. So? Auch wenn sie morden? Das Redaktionsmitglied N'Diaye Batseba schreibt: Sie habe gesehen, wie die »Demokratiebewegung zur Querfront wurde« – mit den »*Freien Sachsen*«. Im nächsten Satz bring sie es auf den Punkt: »Ab Ende 2021 wurde sie erst richtig gut! Wir wollen mit ›den Rechten‹ zusammengehen, die uns im Winter 21/22 wirklich ›den Arsch gerettet‹ haben.« Die Rechten werden bejubelt wie der Auftritt des ›Führers‹. Gefährlich, dieser Überschwang!

Anselm Lenz weiß es natürlich wieder mal am besten: »Das Regime ist am Ende. Jede Entscheidung, die es trifft, führt es nur näher an seinen eigenen Abgrund. Für die Demokratiebewegung ist es allerhöchste Zeit, Betriebskampfgruppen, Gewerkschaften und Bürgerwehren aufzubauen« (*DW* Nr. 117, S. 7). Und natürlich: Eine Zusammenarbeit mit der AfD gehört gleichfalls in das Konzept von *DW*. In Nr. 73, S. 12/13, interviewte Alexandra Motschmann für die Leser*innen die AfD-Funktionäre Lars Hünich, AfD-Landtagsabgeordneter in Brandenburg und Christoph Berndt, AfD-Fraktionsvorsitzender im Landtag Brandenburg. Diese Wahlwerbung wirft Fragen auf. Eine andere Partei – *dieBasis* – will ja auch unterstützt werden.

Was hat die GEW mit all dem zu tun?

In der Tischvorlage des GEW-Vorstandes wird dem *Hamburger Forum* vorgehalten, in seinem *Rundbrief* 8/2022 Hannes Hofbauer zu Wort kommen gelassen zu haben. Nun muss sich Hannes Hofbauer in der Tat fragen lassen, warum er im Dezember 2020 in der Zeitschrift *DW* Nr. 31, die oben zitiert worden ist, ebenfalls einen Artikel veröffentlicht – wissend, dass diese Zeitschrift keine Skrupel hat, Verschwörungserzählungen und ausgewiesene rechte Positionen zu verbreiten. Denn klar ist: Hofbauer konnte nachlesen, wie die Macher*innen des *DW* einige Nummer vor seinem Beitrag die Strategie und Taktik gemeinsam mit Rechten diskutiert hatten.

Offensichtlich war ihm das egal – sonst hätte er im *DW* keinen Beitrag veröffentlicht. Vertritt die Zeitung genau das, was er selbst propagiert und ist sie somit für ihn die ideale Bündnispartnerin? Er schreibt in seinem Artikel über »Corona-Wahn« und stimmt mit den Zustandsbeschreibungen des *DW* überein: »Die massive staatliche Repression gegen die Demonstrant*innen und die beginnende Zensurwelle gegen Medien, die ihnen wohl gesonnen sind, zeigen, dass der Staat den gefährlichen Charakter dieser Bewegung erkennt«. In seinem Aufsatz stellt er fest, dass »der menschliche Körper und die menschliche Erfahrung« zum »Investitionsfeld« wird. Er schlussfolgert: »Ein gemeinsam getragener Widerstand gegen die Allianz von autoritärem Staat und den neuen kapitalistischen Leitsektoren ist notwendig.« Das lässt sich leicht als Aufforderung zur ›Querfront‹ interpretieren, wäre allerdings in früheren Zeiten auch als linke Strategie akzeptiert worden.
Nur: Wenn in der Zeitschrift *DW* heute das »Gemeinsam« gefordert wird, dann ist der Kontext entscheidend, in dem diese Forderung erhoben wird. Der Kontext ist das von der Redaktion des *DW* definierte Bündnisumfeld. Sollte das Hannes Hofbauer nicht gefallen, hätte er sich in seinem Artikel genauer ausdrücken müssen. In einem Publikationsorgan, das nicht das Geringste mit einem linken Diskussionsorgan zu tun hat, wird seine Aussage als Zustimmung zur Strategie gelesen. Allerdings: Nach diesem Artikel erschien in *DW* kein weiterer Artikel von ihm. Sollten die im *DW* sich positionierenden rechten Gestalten doch abschreckend gewirkt haben? Wer will den Zweiflern widersprechen? Denn: Hofbauer schrieb später auch für *compact-online*, der Zeitschrift von Jürgen Elsässer (vgl. 21.10.2021, 11.11.2021). Im Verfassungsschutzbericht des Bundes 2020 und 2021 wird *Compact* in der Rubrik *Rechtsextremistische Akteure der Neuen Rechten* aufgelistet. Hofbauer weiß, was er tut, er kann ja lesen.

»

Wer also in unserer Gewerkschaft die Partei *dieBasis*, wie das *Hamburger Forum* es macht, als »bürgerliche Partei« einordnet, der muss die Frage beantworten, warum prominente Mitglieder der *Basis* den *Demokratischen Widerstand* mit all seinen wirren, hetzerischen, aufwiegelnden Beiträgen nutzen, um sich bekannt zu machen – und warum sich viele Mitglieder dieser Partei in das Querfront-Bündnis einbinden lassen oder es aktiv vorantreiben.

Ein anderer wesentlicher Vorwurf des GEW-Vorstandes ist das Offen-Sein gegenüber einer Partei-Neugründung wie *dieBasis*. Ruft man*frau die Homepage dieser Partei auf, dann soll das Erscheinungsbild seriös-bürgerlich sein. Das hält aber viele Mitglieder dieser Partei nicht davon ab, sich im *DW* zu präsentieren. Die *DW*-Macher*innen knüpfen die vielfältigsten Verbindungen zu dieser Partei. Beispielhaft sei genannt: *DW* Nr. 54, S. 7: »Anlässlich der ersten Geburtstagsfeier der Partei Die Basis spricht der DW mit Dietmar Lucas, dem Basis-Spitzenkandidaten für die Berliner Abgeordnetenhauswahl am 26. September 2021.« Das Interview führte *DW*-Mitarbeiterin Ronja Palmer. Oder: *DW* Nr. 86, S. 13, Interview mit Prof. Martin Schwab, Partei *dieBasis*, der in Nordrhein-Westfalen Wahlkampf führte (›Landeslistenerster‹). In einem Papier der Hamburger Ortsgruppe der Partei *dieBasis* wird der *DW*-Ressortleiter Hermann Ploppa als Mitglied der Partei (KV Marburg-Biedenkopf/Demokratischer Widerstand) bezeichnet. Anselm Lenz meint: »Als einzige Partei macht die Partei Die Basis eine durchweg aufrichtige Figur.« (DW Nr. 62, S. 7) Da müssen sich die ›Herrn‹ von der AfD strecken, wenn sie einen Fuß in die Tür bekommen wollen.
Wer also in unserer Gewerkschaft die Partei *dieBasis,* wie das *Hamburger Forum* es macht, als »bürgerliche Partei« einordnet (vgl. *Rundbrief* 7/2022 vom 14.10.2022, S. 2), der muss die Frage beantworten, warum prominente Mitglieder der *Basis* den *DW* mit all seinen wirren, hetzerischen, aufwiegelnden Beiträgen nutzen, um sich bekannt zu machen – und warum sich viele Mitglieder dieser Partei in das Querfront-Bündnis einbinden lassen oder es aktiv vorantreiben.

Fazit: *Demokratischer Widerstand* und sein rechtes Bündnisumfeld verbreiten gewerkschaftsfeindliche Positionen. Dem ist entschieden entgegen zu treten! Nicht nur, weil sie bewusst rechte Narrative nutzen und sich aktiv in rechte Strategien und Ziele einbinden, sondern auch durch ihre gewerkschaftsfeindliche Taktik: Im DW ruft die von Lenz auf den Weg gebrachte Anti-Gewerkschaft *Demokratische Gewerkschaft* zu Spaltungen des DGB auf (hierzu: hlz 12/2020, S. 51-55), im Gewand einer ›Politik von unten‹, die aber nicht innergewerkschaftliche Kritik, sondern Teil des ›großen Umsturzes‹ sein will – eines Umsturzes von der Art, die wir als Gewerkschafter*innen nicht wollen können, weil sie allem Emanzipatorischen an den Kragen ginge.

WOLFGANG SVENSSON,
Ruheständler

Vermeintlich neutrale Experten

Zwei Kronzeugen der Friedensbewegung suchen seit Jahren die Nähe zur ›Neuen Rechten‹: Der Ex-Militär und frühere Merkel-Berater Erich Vad sowie der sozialdemokratische Historiker Peter Brandt. Das ist kein Zufall.

Für den Frieden wollten am 25. Februar 2023 Tausende am Brandenburger Tor in Berlin demonstrieren. Aufgerufen hatten neben der Publizistin Alice Schwarzer, der Politikerin Sahra Wagenknecht und vielen anderen auch der ehemalige Brigadegeneral Erich Vad und der Historiker Peter Brandt. Unter den Demonstrant*innen fanden sich schließlich eine Reihe prominenter Rechter – am bekanntesten wohl der Chef der Zeitschrift *Compact* Jürgen Elsässer, aber auch die neu-rechte Publizistin Ellen Kositza mischte sich unter die Menschen.
Vad und Brandt gelten durch ihre Biografien als vermeintlich neutrale Experten, um die Positionen der Bewegung aus unterschiedlichen Hintergründen zu stützen: Vad als ehemaliger Top-Militär und Ex-Mitarbeiter im Umfeld der früheren Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Brandt als anerkannter sozialdemokratischer Historiker und Sohn von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD), der vor allem mit seinen Bemühungen um Verständigung zwischen Ost und West in Erinnerung geblieben ist. Auffällig bei beiden: Wiederholt kreuzten ihre Wege die ›Neue Rechte‹ – und das nicht zufällig.

Erich Vad

Mit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine wurde Erich Vad zum Medien-Liebling. Mit provokanten Thesen, als Militär-Experte und früherer Mitarbeiter der Bundesregierung war er gern gesehener Gast in den Talkshows – selbst dann noch, als schon klar war, dass seine Prognose eines schnellen Siegs Russlands falsch war. Vad machte nach einem Studium an der Universität der Bundeswehr und einer Promotion Karriere in der Armee und in der Politik: Generalstabsausbildung, Chef des Stabs einer Panzerbrigade, Dienste in der NATO und im Verteidigungs- und Außenministerium, verteidigungspolitischer Referent der Bundestagsfraktion von CDU/CSU und schließlich Leiter einer für die Außenpolitik einflussreichen Struktur im Bundeskanzleramt. Auch wenn es zur Frage seines realen Einflusses im Kanzleramt widersprüchliche Aussagen gibt: Seine früheren Funktionen verschafften ihm in der aktuellen Debatte den Anschein von Kompetenz und Seriosität.

Von der Geopolitik zu Carl Schmitt

Vad war Vielschreiber. Bücher über Clausewitz, innere Führung der Bundeswehr oder neue Kriege – seine Themen waren vielfältig. In seinen Texten denkt er über »drängende geopolitische Fragen« nach, unter anderem über die Versorgung Europas mit Rohstoffen und Energie. Seine Überlegungen sind – so weit, so unspektakulär – geprägt vom Interesse an einem vitalen, starken Deutschland und Europa, von klassischem Sicherheitsdenken und militärischen Logiken. Beispielhaft wurde das 2010 in einem Aufsatz über *Neue geopolitische Herausforderungen* deutlich. Vom Frieden, Aussöhnung oder Diplomatie liest man wenig. Warum auch, ist Vad doch als PR-Berater im Lobbyregister des Bundestags registriert und für mindestens zwei Unternehmen tätig, die auch im Rüstungsbereich aktiv sind.

In seinen Texten verstecken sich jene Schlagworte und Verweise auf andere Autor*innen, die Hinweise auf eine mögliche Nähe zum Denken der radikalen Rechten geben können. Sein positiver Bezug auf Samuel P. Huntingtons Buch *Kampf der Kulturen* ist zwar noch lange kein ausreichender Hinweis, denn dieser wurde sowohl von Liberalen und Konservativen als auch von Rechtsradikalen beklatscht. Und auch Vads Träume vom Einsatz der Streitkräfte »im Inneren«, vom gewünschten Ausbau der europäischen »zivil-militärischen Planungs- und Führungsfähigkeit« oder von europäischer Vorherrschaft können noch bürgerlich-konservativ bestimmt sein: »Wenn wir wollen, dass unsere europäische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bestimmend in der Welt wird, dann muss die EU auch stärker nach außen auftreten.« Doch wenn Vad von »Großräumen« oder einer »Großraumordnung« schreibt, dann weiß der an Carl Schmitt geschulte Lesende um die Bedeutung der Worte aus dem Schreibbaukasten des »Kronjuristen des Dritten Reiches«.

Noch deutlicher wird das in dem 1996 veröffentlichten Buch *Strategie und Sicherheitspolitik – Perspektiven im Werk von Carl Schmitt*. Neben Schmitt stellte Vad dem Buch ein Zitat von Ernst Jünger, einem Wegbereiter des deutschen Faschismus, voran. Ein Wunder, dass bisher in Medien und Friedensbewegung niemand auf die Idee kam, hier einmal nachzuschlagen. In dem gut 250 Seiten starken Buch untersucht Vad auf der Grundlage von Schmitts Denken die »heutigen sicherheitspolitischen und strategischen Fragestellungen und Herausforderungen«. Auch in vielen aktuellen Beiträgen von jenen, die einen schnellen Kompromissfrieden zulasten der Ukraine fordern, findet sich das geopolitische Denken des Faschismus-Vordenkers Schmitt, wie Michael Wendl in einem lesenswerten Artikel im Mai-Heft der Zeitschrift *Sozialismus.de* nachweist. Er kritisiert die »Liebe zu Generälen und Carl Schmitt« und einen nicht analytischen, sondern »moralischen« Antiamerikanismus als zwei Phänomene aktueller Analysen aus der Friedensbewegung. Hier fänden sich in der Rechtfertigung des russischen Vorgehens ideologische Bezüge zur völkerrechtlichen Großraumphilosophie der einschlägigen Vordenker des deutschen Faschismus, nach der Großmächte auch ein über ihr eigenes Territorium hinausgehendes Recht auf Einflussnahme hätten und den Einfluss »raumfremder« Mächte dort zurückschlagen dürften. Wendl resümiert: »Vielen Linken ist nicht klar, dass sie einen Anhänger faschistischer Raumordnung zu ihrem Zeugen machen.« Für den ehemaligen General Vad hat Schmitts Denken trotz seiner Rolle vor und während des NS »Aktualität und Bedeutsamkeit« sowie »Brillanz« und »analytische Schärfe«. Seine Vorarbeiten zum NS seien vor allem »Verirrungen« und ein »naiv anmutender Versuch der Kollaboration mit dem Dritten Reich«. Frieden sei, so schreibt Vad in seinem Buch, »nicht ewig und universal, sondern stets konkret und raumgebunden«. Schmitts »Großraumkonzept« wird handlungsleitend: Humanitäre Interventionen zum Beispiel im Bereich der »Großraumordnung« seien schlimmer zu bewerten als die Menschenrechtsverletzungen an sich. Was zu Ende gedacht heißt: Die mächtigen Staaten können in dem durch sie selbst definierten Einflussbereich tun und lassen, was sie mögen.

Fotos: @derrechterand Archiv

Die Durchsetzung ihrer jeweiligen Interessen, Sicherheitsinteressen und deren Austarierung seien die einzigen legitimen Motive außenpolitischen Handelns. Das ist nicht Vads Analyse der Weltlage, sondern das sind Vads politische Empfehlungen auf der Grundlage des Denkens eines faschistischen Theoretikers.

Vads außenpolitisches Denken lässt die Herzen der ›Neuen Rechten‹ höherschlagen. Auf der *3. Winterakademie* im Februar 2002 des *Instituts für Staatspolitik* (IfS) referierte Vad – damals gerade verteidigungspolitischer Referent der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – zur »Friedenssicherung und Geopolitik im Denken von Carl Schmitt«. Sein Beitrag wurde anschließend in der ersten Ausgabe der Zeitschrift *Sezession* des IfS abgedruckt. In seinem Fazit wird die Gemeinsamkeit klar: Schmitts Denken, das »vom Ausnahmezustand und der ständigen Möglichkeit inner- und zwischenstaatlicher Anarchie und Gewalt ausging« und deren notfalls autoritäre Beherrschbarkeit fordert, »steht im Gegensatz zur idealistischen Utopie einer weltweiten Entfaltung der Menschenrechte, eines friedlichen Ausgleichs der Kulturen und Zivilisationen sowie freizügiger, offener und multikultureller Gesellschaften«. Dieser »Gefahr« könne man »nicht durch moralische Appelle begegnen (..), sondern nur durch Gefahrensinn, politischen und militärischen Realismus und durch rationale Antworten auf die konkreten Herausforderungen der Lage«. Schöner könnte auch das *Institut für Staatspolitik* die rechten, autoritären Träume nicht zusammenfassen. Und so war auch die Wochenzeitung *Junge Freiheit* (JF) begeistert: »Vad nahm die Gelegenheit wahr, bei seiner Reflexion über ›Friedenssicherung und Geopolitik im Denken Carl Schmitts‹ diesen dem überwiegend jungen Publikum als anhaltend brisante Problemperspektive vorzustellen, als ›Seismograph der politischen Wirklichkeit‹. Die sei in den letzten Jahrzehnten in der BRD aus der Perspektive eines außenpolitisch coupierten Pseudoidealismus wahrgenommen worden, der sich der Nischenexistenz der Nachkriegszeit verdankte, das heißt der bundesdeutschen Generallinie aus ›einzigartiger Schuld‹ und allgemeinem Wohlstand. Dagegen stelle Schmitts Realismus die richtigen Fragen und eröffne einen substanziellen Zugang zur internationalen Politik, auch heute noch.« Begeistern kann Vad die JF bis heute. Über einen Fernsehauftritt im April 2022 titelte sie: »Brigadegeneral knöpft sich Grünen-Politiker vor.«

Peter Brandt

Politisch kommt Peter Brandt von links. Der Historiker hat anerkannte Studien zur Geschichte der Arbeiter*innenbewegung, der Verfassungsgeschichte und des Trotzkismus geschrieben und lehrte als Professor an der *Fernuniversität Hagen*. Bis heute referiert und publiziert der Sozialdemokrat überwiegend in linken Kontexten und tritt als Hüter des politischen Erbes seines Vaters, des Ex-Kanzlers Willy Brandt, auf. Nun aber erschien in der aktuellen Ausgabe (März/April 2023) der neurechten Zeitschrift *Cato* ein langes, wohlwollendes Interview mit ihm unter dem Titel »Sind Sie ein Patriot, Herr Brandt?«. *Cato* ist Ergebnis einer Spaltung der ›Neuen Rechten‹ über den richtigen strategischen Weg. Ihr Vordenker und früherer Kopf der JF und des IfS, Karlheinz Weißmann, ist als »ständiger Mitarbeiter« ideologischer und strategischer Referenzpunkt des Magazins *Cato*. Das Blatt ist unübersehbar Teil der radikalen Rechten.

Dass Brandt im Kontext der ›Neuen Rechten‹ auftaucht, ist nicht neu. Ausgangspunkt für die Überschneidungen ist sein Blick auf die Nation. Seit den 1980er Jahren bemüht er sich mit Buchpublikationen, »die nationale Frage« von links zu besetzen – ein Versuch, der theoretisch falsch ist und in Deutschland immer zum Scheitern verurteilt war. Der Versuch, Nation von links positiv zu debattieren, führte ihn zeitweise ins neu-rechte Milieu. So verfasste er 2004 in der JF einen Nachruf auf den rechten Publizisten Wolfgang Venohr, war in einem von dem Chefredakteur des Blattes, Dieter Stein 2005 herausgegebenen Sammelband *Ein Leben für Deutschland. Gedenkschrift für Wolfgang Venohr* mit einem Beitrag präsent, referierte bei einer Berliner Burschenschaft und schrieb auch in *Wir selbst – Zeitschrift für nationale Identität*. 2010 sagte er dann in einem Interview mit der JF, seine Partei – die SPD – müsse ein »positives Verhältnis zu Volk und Nation« entwickeln. Zuletzt schien Brandts Ausflug ins neu-rechte Milieu nur mehr eine vergangene Episode zu sein. Doch mit dem aktuellen *Cato*-Interview kehrt er zurück: Zwar geht er auf Distanz zur explizit rechten Deutung von Nation, Staat und Volk und übernimmt nicht vollständig die angebotene rechte Deutung des Kriegs gegen die Ukraine. Doch Brandt spricht sich für »nationale Gemeinschaften« und »deutsche Traditionen« aus und wehrt sich dagegen, beim Begriff des »Volks« nur an eine völkische Interpretation zu denken. Die Idee von Nation und Volk scheint hier als quasi leeres Begriffsgefäß, das politisch beliebig gefüllt werden könnte. Brandt verknüpft die Begriffe aber nur schwammig mit progressiven Inhalten. Sein Appell für die Nation in einem Magazin der radikalen Rechten, das ist nicht mehr nur leichtfertig, sondern vielmehr als Versuch zu werten, eine Brücke von links nach rechts zu schlagen.

CHARLES PARESSE

Dieser Artikel erschien zuerst in *der rechte rand. Das Antifaschistische Magazin*, Ausgabe 202/2023, S. 12-13.

Die reaktionäre Offensive

Geschlechterverhältnisse als Kampfzone der Rechten

In der *hlz* 3-4/2023 mit dem Schwerpunkt *Gendern in Hamburg* wurde von einem Kulturkampf hier vor Ort berichtet, angetrieben durch eine Sprecherin der sogenannten Volksinitiative *Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung*. Diese sieht gewissermaßen das Ende der »Evolution« gekommen, weil »schwul, lesbisch und trans« (28) sich nicht mehr in Nischen, sondern öffentlich in ihrer ganzen Diversität präsentierten. Da die *hlz*-Redaktion damit eine »Diskussion anstoßen« (29) wollte, soll im Folgenden das, was sich seit einiger Zeit auf der großen politischen Ebene an kulturkämpferischem Elan zeigt, Thema sein: die oft bitteren, brutalen Erfolge einer national-völkischen Gegenbewegung, die für sich beansprucht, eine nationalstaatliche ›Normalität‹ zu vertreten. Nach der politischen Machtübernahme von Rechtskonservativen, Neo- und Post-Faschist*innen erhält in etlichen Ländern der Kulturkampf erheblichen Auftrieb: nämlich der Kampf zur Durchsetzung reaktionärer Denk- und Handlungsweisen, zur Wiederherstellung einer scheinbar längst überwundenen rückwärtsgerichteten Ideologie bis hin zum Aufzwingen entsprechender Lebensweise.

Weg mit dem Schwangerschaftsabbruch…

In Polen ist eine Schwangere mit einer Sepsis im Krankenhaus verstorben, weil ihr dort die Abtreibung verwehrt worden war, obwohl das Kind nicht lebensfähig gewesen wäre (vgl. derstandard.at vom 12.06.23). Ähnliches ist auch einer Amerikanerin auf Malta widerfahren – einem Land, das über das »strengste Abtreibungsverbot Europas« verfügt (welt.de vom 1.7.22). Der Patientin platzte die Fruchtblase nach starken Blutungen und ihr wurde vom Krankenhaus mitgeteilt, dass das Ungeborene zwar keine Überlebenschance habe, man ihr aber nicht helfen könne, solange das Herz des Fötus noch schlage. Nur durch ihre Reiseversicherung konnte sie nach Spanien ausgeflogen werden, wo sie behandelt wurde – nicht auszudenken, was sonst passiert wäre. Das seien keine Einzelfälle, jedes Jahr gebe es immer wieder einheimische Frauen, die aus Geldmangel nicht die Möglichkeit hätten, auszureisen, so eine maltesische Ärztin. Gegenwärtig werden in großen Teilen des Südens der USA die verstaubten früheren Abtreibungsverbote wieder herausgekramt. Das höchste Gericht, der *Supreme Court*, kippte das bisherige »Recht auf Abtreibung« mit republikanischer Mehrheit und leitete das Anliegen an die Landesparlamente weiter. Frauen hatten in den USA seit »1973 ein prinzipielles Recht auf Abtreibung bis zur Lebensfähigkeit des Fötus (etwa bis zur 24. Schwangerschaftswoche)« (welt.de vom 25.6.22).

… zurück zur traditionellen Familie – Regenbogenfarben sind out!

Polen und Ungarn mit ihren deftig rechtslastigen Regierungen, den hegemonialen Parteien PiS und *Fidesz*, bestärken sich gegenseitig bei der Demontage von Schutzparagrafen für ungewollte Schwangerschaften aus sozialer oder medizinischer Indikation, sie betreiben eine reaktionäre Sexual- und Familienpolitik: So brachte Ungarn 2021 ein ›Anti-Pädophilen‹-Gesetz auf den Weg, das »den Zugang zu Pornografie und Inhalte verbietet, die Sexualität um ihrer selbst willen, Homosexualität und Geschlechtsumwandlung fördern« (ungarnheute.hu/ne vom 24.6.22). Damit soll, so die Begründung, der Schutz von Minderjährigen ausgeweitet werden. 17 europäische Regierungen haben dagegen protestiert, denn es ist nach den Erfolgen der sozialen Bewegungen in den 1990ern und 2000ern ein Rückschritt in gesetzlicher Hinsicht, aber auch in der Lebensqualität von vielen.

Unbeeindruckt davon äußerte sich der polnische Botschafter Andrzej Przyebski in der BRD: Er bezeichnete das Gesetzeswerk als »evident und unbezweifelbar«, um »Schulkinder vor der Beschäftigung mit der homosexuellen Problematik« fernzuhalten (spiegel.de vom 24.6.22). Um Missverständnissen vorzubeugen: Im Prinzip geht es um nichts anderes als darum, Kinder erst gar nicht darüber sachlich zu informieren, dass es andere Lebensentwürfe als die heterosexuelle Kleinfamilie gibt. Damit wird gesellschaftliche Wirklichkeit gewaltsam verdrängt. Den Kindern werden Fakten verwehrt, bei einer drastischen gesetzlichen Gleichsetzung: Alles, was von der nationalen ›Norm‹ im Familienmodell abweicht, gilt als ›schlechter Einfluss‹ auf Kinder und wird mit kriminellen Taten und sexueller Gewalt auf eine Stufe gestellt. So wird Diskriminierung in Gesetzesform gebracht – im 21. Jahrhundert. Und wenn auch andere europäische Regierungen dagegen protestierten, hatte es denn Auswirkungen? So können auch die ungarische und polnische Regierung von sich behaupten, dass sie diese ›europäischen‹ oder ›abendländischen‹ Werte verteidigen. Es gilt jetzt: Sexualität ist nur im Zeugungsakt zulässig, ›um ihrer selbst willen‹ gehört sie sich nicht.

Das erinnert ans tiefste Mittelalter, wo die Macht der Kirche die Aufwertung des Körperlichen – der Begriff Sexualität war noch unbekannt – als Sünde bekämpfte. Jedes Lustempfinden sollte unterdrückt werden. Ihre Gläubigen sollten gemäß der herrschenden Sittenlehre erzogen werden, Sexualität diene ausschließlich dem Zweck der Fortpflanzung. Der körperlichen Liebe wurde die geistige gegenübergestellt. Die Fleischeslust sollte in der Ehe diszipliniert werden und Begierde in die Bahn der Zeugung von Kindern geleitet werden. Außerehelicher Verkehr wurde von den Vertretern der Moral sanktioniert, z. T. mit drakonischen Strafen gegen ›dämonische‹ Einflüsterungen.

›Cancel Culture‹ in Reinform: »Don't say gay!«

– So nennen Kritiker*innen das neue Gesetz »Parental Rights in Education« (dw.com vom 20.3.23) für Schulen in Florida. Dort wird von der republikanischen Partei ein Unterricht als sachliche Information »über sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität« für Kinder im Alter unter 10 Jahren verboten. Auch bei älteren Schüler*innen gilt das Verbot, mit ihnen in »unangemessener Art« darüber zu reden. Dabei sollen auch hier ›Kinderschutz‹ und ›Stärkung der Elternrechte‹ Pate gestanden haben und nicht der verunglimpfende Angriff auf LBGTQI*!

In der Schule, wo die gesellschaftliche Wirklichkeit im politisch gewünschten Rahmen vermittelt wird, so dass man sich in dieser Welt einigermaßen orientieren kann, hat diese Thematik also keine Existenzberechtigung mehr. Dort werden jetzt hochoffiziell unerwünschte sexuelle Präferenzen ausgegrenzt, zumindest für eine gewisse Altersgruppe soll die Freiheit sexueller Orientierung tabu sein. Ein kommender Präsidentschaftskandidat, der Republikaner Ron DeSantis, »fährt einen scharf rechten Kurs in gesellschaftspolitischen Fragen, mitunter schärfer als der frühere Präsident Trump« (orf.at vom 29.5.23). In der republikanischen Partei herrscht mittlerweile der Konsens, dass etliche Buchtitel zensiert und damit aus den Büchereien entfernt werden müssen, die sich positiv auf sexuelle und familiäre Diversität beziehen oder diese selbst nur darstellen, d. h. neutral schildern.

Homosexualität ist bislang noch nicht kriminalisiert, dabei ist aber zu bedenken, wie geschichtlich ›frisch‹ das alles ist: Das Gesetz ›gegen sexuelle Perversionen‹, wozu auch die Homosexualität gezählt wurde, wurde zuerst 1962 im Bundesstaat Illinois abgeschafft, in anderen Bundesstaaten der Vereinigten Staaten von Amerika konnten Handlungen, die von der heterosexuellen Norm abwichen, bis ins Jahr 2003 bestraft werden. Auch in der Bundesrepublik dauerte es bis ins Jahr 1994, um die letzte strafrechtliche Sondervorschrift zur Homosexualität zu streichen. Wie lange bereitete ein Outing in der Bundesrepublik in Familien, bei der Verwandtschaft oder in Freundeskreisen verlegenes Schweigen, Probleme oder Anfeindungen? Die allzu selbstverständliche zwischenmenschliche Wahl der Art der Liebesbeziehung überlassen Staaten überhaupt nicht den Entscheidungen von Individuen – sie fassen sie in ein rechtliches Verbot oder eine gesetzliche Genehmigung. Jahrzehntelang hatten sie bestimmte Formen der Sexualität kriminalisiert, seit etwa 30 Jahren liberalisiert – und nun bringt der Rechtsruck weltweit Regierungen an die Macht, die den ›Backlash‹ massiv vorantreiben.

Faschistisches: Nicht aus dem Untergrund, sondern von der italienischen Regierung

Ein Stern ist aufgegangen am europäischen Himmel der Rechten, die polnische und die ungarische Regierung haben diesen Ausgang der Wahl stürmisch gefeiert. Die Rede ist von der Ministerpräsidentin Giorgia Meloni. Sie führt die *Fratelli d'Italia*. Diese erzielte 2018 ca. 4 % der Wähler*innenstimmen, 2022 versechsfachte sie das Ergebnis, allerdings verweigerten gut 16 Millionen die Wahlbeteiligung (vgl. zeit.de vom 26.9.22), also über ein Drittel, obwohl es in Italien eine Wahlpflicht gibt, deren Nichtbeachtung früher »mit einem Eintrag in ihr polizeiliches Führungszeugnis« (n-tv.de vom 9.4.06) geahndet wurde.

Meloni führt sich selbst als Inbegriff der modernen Frau vor – insofern sind die heutigen Wiedergänger*innen der Braun- und Schwarzhemden in der Gegenwart angekommen: Die ›nationalen‹ Frauen werden nur von den ›Fremden‹ unterdrückt und ausgebeutet. Melonis modernes Erscheinen ist schon am Cover ihrer Biografie *Io sono Giorgia* (»Ich bin Giorgia«) und nicht erst bei ihrem Kampf gegen die Leihmutterschaft in Italien zu sehen. Ihr geplantes Gesetz gegen die »Gebärmutter-Vermietung« (de.euronews.com vom 20.6.23), wie ihre Partei es nennt, sieht »künftig […] Strafen zwischen 600.000 und einer Million Euro und […] Gefängnisstrafen zwischen zwei Monaten und drei Jahren« vor (derstandard.at vom 2.6.23). Menschen, die bei Kinderlosigkeit ihren Kinderwunsch über eine Leihmutter verwirklichen wollen, werden so kriminalisiert, die Meloni-Regierung erklärt das neue Gesetz einfach zu einem »universellen Delikt«. »Bei ›universellen Delikten‹ handelt es sich in der Regel um schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit. In Italien zählen bisher unter anderem Völkermord und Terrorismus dazu« (derstandard.at vom 2.6.2023). Auch wenn dieses Vergehen im Ausland staatfindet, können italienische Gerichte die ›Inkriminierten‹ im Lande bestrafen.

»Mein Bauch gehört mir« – nicht

In ihrem Buch steigt sie mit der dankenden Mitteilung ein, dass sie von ihrer Mutter in die Welt gesetzt worden sei, eigentlich hätte sie »gar nicht geboren werden sollen« (S. 11). Ihre Mutter, die wohl alleinerziehend zu werden drohte, da sie von ihrem Ehemann verlassen worden war, spielte mit dem Gedanken einer Abtreibung. Und dieser Entschluss, es nicht zu tun, wird als ein Akt des »reinen Instinkts« beschworen, d. h. heruntergebrochen: eben zu einer naturhaften Bestimmung, der eine Frau auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sei. Eine Abtreibung steht in diesem Gedankenkonstrukt einer Frau überhaupt nicht zu, vielmehr ist es hier die Bestimmung jeder Frau, Kinder in die Welt zu setzen, am besten gleich mehrere, wie es im Terminus der ›Gebärmaschine‹ karikiert wird. Keine Mutter zu sein, bedeutet für Meloni den Verzicht der Frau auf das, was sie ist und will: Kinder gebären! Egal, ob die Wohnungssituation das hergibt und frau* sich ein Kind leisten kann etc. – sie hat sich bedingungslos diesem Opfer auszusetzen.
Meloni feiert die Aufopferung der Frauen und gibt ihnen die christliche Weihe. Ihre Weltsicht lässt nur ›Frau, Mann und Kind‹ zu, d. h. möglichst viele Kinder, denn das »italienische Volk ist dabei zu verschwinden« (S. 132 ff). Das richtet sich gegen proletarische Familien, vor allem aus dem globalen Süden. Von den Familien, gerade den armen, verlangt Meloni ohne mit der Wimper zu zucken die nationalen Dienste ›von der Wiege bis zur Bahre‹: beim Großziehen der Kinder, bei den Härten des Lebens (Niedriglohn, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Trennung) und in der zu erwartenden Altersarmut. Dahinter steckt die Propaganda der Familie als ›Keimzelle der Gesellschaft‹. Nicht dass Frau und Mann einen Kinderwunsch aus Liebe und Zuneigung realisieren – vielmehr sollen für staatliche Anliegen möglichst viele kleine Italiener*innen als Dienstkräfte für den Bedarf der Ökonomie gezeugt werden. Und wenn es der Frieden in Europa erfordert und den nationalstaatlichen ›Prinzipien‹ dient, dann gibt es williges ›Kanonenfutter‹ in den Großraumkriegen des 21. Jahrhunderts.

Meloni trat schon in der Vergangenheit mit ihren *Fratelli d'Italia*, »homophob, migrantenfeindlich und europaskeptisch auf« (merkur.de vom 8.3.). Nach ihrem Amtsantritt soll ihre Außenpolitik so ausgestaltet werden, dass im »Mittelpunkt das nationale Interesse« sowie die »Verteidigung der Heimat« stünde (sueddeutsche.de vom 16.9.22), womit klargestellt ist, dass ›Bio-Italiener‹ absoluten Vorrang haben vor ›Einwanderung‹, besonders der ›illegalen‹. Die SZ erweckt allerdings den Eindruck, die Berufung aufs nationale Interesse und der Bezug auf die »Heimat« wären ein spezifisch italienisches Merkmal – dem ist nicht so, darauf legen im Grunde alle Parteien Wert. Und das sagt einiges über diesen Rechtsruck aus, über den alle seit vielen Jahrzehnten reden. Sie reden von Freiheit – und meinen Ausgrenzung, von ihrer hermetisch abgesperrten »Festung Europa«, vor der sie Flüchtlinge in außereuropäische Sammellager sperren lassen und dann nach ›brauchbar‹ oder ›nicht brauchbar‹ kategorisieren, um einige dann als billige Arbeitskräfte zu benutzen, die Mehrheit aber in die Wüste abschieben oder in das Elend (mit Krieg oder anderen zerstörten Lebensverhältnissen) zurückführen, dem sie entflohen sind.

»Die Freiheit, die ich meine…«

So heißt es in einem Volkslied zur Vaterlands-, Kriegs- und Heldenverehrung. Meloni destilliert ihren Begriff von »Freiheit« aus den Worten des früheren polnischen Papstes, sie besteht demnach »nicht darin, das zu tun, was einem gefällt, sondern darin, das Recht zu haben, das zu tun, was man zu tun verpflichtet ist«, so ihre Regierungserklärung vom 25. September 2022. Dort warb sie auch für die Wiederentdeckung der »Schönheit des Elternseins« (tagesschau.de vom 25.10.22) und da ist alles, was dem entgegensteht, nicht berücksichtigenswert. Freiheit gilt nur als Erfüllung von staatlich festgelegten Pflichten, jede*r darf tun, was von ihr*ihm verlangt wird! Der autoritäre Staat ist wieder eine Vorstellung, die europäische Staatslenker*innen vertreten, NATO-Verbündete und Nachbarstaaten.

Noch eine Schlussbemerkung zum Höchstwert Freiheit, den alle diese rechtskonservativen oder postfaschistischen Parteien so vehement und vermeintlich konsequent vertreten: Dem »Reich der Freiheit« (Marx in: MEW 25, 828) sind die Mühen im »Reich der Notwendigkeit« vorgeschaltet. Letzteres betrifft in dieser Welt die materielle Produktion, »wo das Arbeiten, das durch […] äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist«, auch als Lohnarbeit bekannt, die absolute Priorität hat. So ist der hochgehandelte Wert ›Freiheit‹ immer an Bedingungen geknüpft, die ›Pflichten‹ heißen. Der zeitlich begrenzte 24-Stunden-Tag abzüglich der nötigen sieben Stunden Schlaf reicht oft nicht aus, wenn mensch auf einem Arbeitsplatz jeden Tag acht Stunden und mehr für die Eigentümer*innen oder die Staatsapparate zu placken hat, die ihren Reichtum darüber flott anhäufen oder ihre zukünftigen Staatsbürger*innen ausbilden. Die Kosten durch die Knapphaltung des Lohns tragen immer noch die »unmittelbaren« Produzent*innen (Marx in: MEW 24, 793). Ihr Wohlbefinden hat hintenanzustehen, Profitmaximierung des Kapitals oder

Gehorsam gegenüber den nationalstaatlichen Pflichten steht ganz oben auf der staatlichen Agenda. Die Rechten vertreten das militant, dabei orten sie die Feinde ihrer Nation sowohl im Inneren wie auch außerhalb. Melonis Bekenntnisbuch fasst am Schluss ihr ›positives Menschenbild‹ zusammen: Den Sinn dieser Menschen sieht sie im braven Dienst für ihren Staat, gleichgültig, was sie davon haben. Und die Politik ihrer neo-faschistischen Partei – ganz nach ihrem Credo »Ich bin ein Soldat« – steht damit im ständigen Kampf.

Ihr Programm: »Ja zur natürlichen Familie - nein zur LGBT-Lobby. Ja zur Kultur des Lebens, nein zu Abtreibungen. Ja zu christlichen Prinzipien, nein zu islamistischer Gewalt. Ja zu sicheren Grenzen, nein zur Masseneinwanderung. Ja zu unseren Mitbürgern, nein zur internationalen Finanzwelt. Ja zur Unabhängigkeit der Völker, nein zu den Bürokraten in Brüssel« (tagesschau.de vom 23.7.22). Einige andere Parolen, die die *Tagesschau* wohl übersehen hat, führt das *Neue Deutschland* noch auf: »Ja zur sexuellen Identität; Nein zur Gender-Ideologie; Nein zur Kultur des Todes [Abtreibung und Sterbehilfe] […] Hoch lebe das Europa der Patrioten« (nd-aktuell.de vom 23.9.22). Wäre darüber nicht der Duce hocherfreut, auch wenn er nun eine Frau als Regierungschefin anerkennen müsste? Heutige Neo- oder Post-Faschist*innen können, da gewählt, frei als Regierungsvertreter*innen der Europäischen Union auftreten, sie sind Teil dieser Krisenlösung, die für Minderheiten, Geflüchtete und die vielen anderen Leidtragenden der modernisierten, europäischen Politik, der mittlerweile auch einige Frauen vorstehen, eine Verschlechterung ihrer Lebenssituationen bedeuten wird. Dagegen gilt es, ein kritisches Bewusstsein zu entwickeln..

FRANK BERNHARDT, Ruheständler

STREIK!

Mantelpaviane und Elefanten – Streik im Zoo

Seit dem 28. August streiken die Beschäftigten des privaten *Tierpark Hagenbeck* in Hamburg für einen Rahmentarifvertrag

»Die Streiktage reduzieren anteilig die freiwilligen Urlaubstage« steht auf einem an die »Lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter« adressierten internen Aushang von Mitte August, für den »Ihr Dirk Albrecht« verantwortlich zeichnet, der Geschäftsführer der *gemeinnützigen Tierpark Hagenbeck GmbH*. Der Tierpark ist der einzige Großzoo Deutschlands, der in privater Hand ist und keinen Tarifvertrag hat. Mit dem Aushang reagierte die Geschäftsführung auf das Ergebnis der gewerkschaftlichen Urabstimmung über einen unbefristeten Streik, mit dem die Aufnahme von Verhandlungen über einen Rahmentarifvertrag erreicht werden soll. In dem Aushang, welcher dem Autor vorliegt, droht die Geschäftsführung noch mit weiteren Geldkürzungen, die rechtlich allein deshalb möglich sind, weil es eben keinen Tarifvertrag gibt – und damit keinen Rechtsanspruch auf 30 Urlaubstage, Weihnachtsgeld, gleiche Überstundenzuschläge und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. So kann die Geschäftsführung im Aushang ankündigen: »Müsste der Tierpark schließen, reduzieren die fehlenden Besucher gegebenenfalls das Weihnachtsgeld«. Was als »einige Informationen« deklariert wird, sind Drohungen, erläutert Pascal Lechner, bei der *Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt*, IG BAU, für *Hagenbeck* zuständiger Gewerkschaftssekretär im Gespräch mit dem Autor: »Zudem wird immer wieder gedroht mit juristischen Mitteln auf die IG BAU einwirken zu wollen, beispielsweise mit der Androhung strafrechtlich gegen den Streik vorzugehen«.

Verhandlungsverweigerung und Kritikresistenz

Im April 2022 forderte die IG BAU die Geschäftsführung zur Aufnahme von Verhandlungen über einen Rahmentarifvertrag auf, in dem nicht nur die Zuschläge verbindlich festgeschrieben werden, sondern eben auch weiteres wie Urlaubsansprüche und Weihnachtsgeld geregelt wird. Zwar gibt es im *Tierpark Hagenbeck* einen Betriebsrat, aber eben keinen Tarifvertrag – weil »die Gesellschafter und der Geschäftsführer Dr. Dirk Albrecht sich weigern mit uns über einen Rahmentarifvertrag zu verhandeln«, so Pascal Lechner. Aber auch trotz dreier Warnstreiks am 3. August 2022 sowie am Karfreitag und am 1. Mai diesen Jahres gibt es bisher keine Verhandlungsbereitschaft. »Nun gibt es leider keine andere Möglichkeit mehr als den unbefristeten Streik«, erläutert Pascal Lechner. »Das Gebaren der Geschäftsführung von *Hagenbecks Tierpark* ist weiterhin ein Hohn gegenüber den Beschäftigten, die sich für gute Arbeitsbedingungen in Form eines Tarifvertrags einsetzen«, erklärt Tanja Chawla, Vorsitzende des *Deutschen Gewerkschaftsbundes* (DGB) Hamburg, im Gespräch mit dem Autor: »Der Streik jetzt ist das Ergebnis der Weigerung, sich mit den Kolleg*innen der Tarifkommission zu Verhandlungen an einen Tisch zu setzen«.

Die Familie Hagenbeck, welcher hinter der den Zoo tragenden Stiftung steht, ist allerdings dafür bekannt, Kritik zu ignorieren: Groß wurde Hagenbeck mit der Organisierung von ›Völkerschauen‹, bei denen Menschen aus dem globalen Süden vorgeführt wurden. Dort, wo jetzt das Elefantengehege ist, wurden noch 1931 Menschen aus Neukaledonien in der Südsee exotisierend ausgestellt. Die Eigentümer-Familie des Hamburger *Tierpark Hagenbeck* verweigert eine öffentliche Aufarbeitung dieses Teils der Unternehmensgeschichte.

Drohkulissen und Diskreditierung

Und jetzt? – Bietet Geschäftsführer Albrecht den Beschäftigten des Tierparks gar eine ›Nicht-Streik-Prämie‹ an: Allen, die trotz Streiks zur Arbeit kämen, versprach er eine Zahlung von einmalig 150 Euro brutto. Die unnachgiebige Ablehnung von Verhandlungen hat ebenso wie das »Führungsverhalten wie aus Zeiten des Feudalismus«, wie Lechner es charakterisiert, dazu geführt, dass weitere Beschäftigte des Tierparks in die Gewerkschaft IG BAU eingetreten sind. Mittlerweile sind über zwei Drittel der knapp 140 Angestellten dort Mitglied. Und deren Geduld scheint erschöpft zu sein: 86 Prozent stimmten bei der Urabstimmung unter den gewerkschaftlich Organisierten bei *Hagenbeck* für einen unbefristeten Streik, um dadurch die Aufnahme von Verhandlungen zu erzwingen.

Als dieses Ergebnis am 23. August bekannt gegeben wurde, dauerte es nur einen Tag, bis Hagenbecks Geschäftsführer Dr. Dirk Albrecht in einem »Offenen Brief an die IG BAU« unter Berufung

Foto: IG BAU

Die Streikenden in Tierkostümen – hoch die Hände, Tarifvertragswende!

auf die zuständige Amtstierärztin eine neue Drohkulisse auffuhr: »Die Behörde stellt klar und präzise fest, dass eine Einschränkung der Tierpflege durch einen gewerkschaftlich organisierten ›Notdienst‹ nicht zulässig ist und ggf. bei Missachtung der gesetzlichen Vorgaben Straftatbestände erfüllt sein können«. In dem angehängten Schreiben der Amtstierärztin Dr. May Looff, welches dem Autor vorliegt, warnt diese denn auch vor »Verstößen gegen das Tierschutzgesetz und das grundgesetzlich geschützte Rechtsgut Tierschutz«, die »je nach Schwere einen Ordnungswidrigkeiten- oder Straftatbestand« darstellen würden. Keinen Halbsatz verschwendet die Amtstierärztin auf das grundgesetzlich garantierte Streikrecht für lohnabhängige Menschen. Am Schluss des Briefes, macht die Amtstierärztin Dr. May Looff noch einmal deutlich, woran sie sich orientiert hat: »Für detaillierte Ausführungen hierzu wird auf die auch von Ihnen unterzeichnete Stellungnahme der zoologischen Experten des Tierparks Hagenbeck an die IG BAU verwiesen«. Adressiert ist ihr Brief an Dr. Guido Westhoff, den zoologischen Direktor des *Tierpark Hagenbeck*. Von der Sachkenntnis und realen Tätigkeit der Tierpfleger*innen ist dagegen nicht die Rede.
Im Gespräch erklärt Pascal Lechner, wie demagogisch diese Darstellung ist: Wenn der Tierpark geschlossen ist, etwa Weihnachten, seien Tierpfleger*innen auch nur bis 11 Uhr vor Ort. Und vom Feierabend bis frühmorgens sei bis auf eine Nachtwache auch kein Personal im Tierpark. Aber Dr. Dirk Albrecht spielt gegenüber den Medien gerne das Tierwohl gegen die streikenden Beschäftigten aus: Etwa, wenn er einem Redakteur der *Welt* erklärt, »die 50 Mantelpaviane auf dem Affenfelsen müssten den ganzen Tag über immer wieder durch Fütterungen abgelenkt werden, um Revierkämpfe zu vermeiden. ›Sonst gehen die aufeinander los‹«. Dabei sind sie abends und nachts immer Alleine – außer bei den ›Sommernacht Sonderöffnungen‹. Auch bei den Elefanten könne es zu »Reibereien« in der Herde kommen, so Dr. Albrecht. Dass hiergegen die von der IG BAU vorgeschlagene Notdienstvereinbarung nicht helfen würde, ist eine gewagte Behauptung des Geschäftsführers. In jedem Krankenhaus kann schließlich mit einem vereinbarten Notdienst gestreikt werden, warum dann nicht im Zoo?

Mittlerweile liegt als *Drucksache 22/12798* auch die Antwort des Hamburger Senats auf eine *Schriftliche Kleine Anfrage* der Bürgerschaftsfraktion der Linken zur behaupteten Gefahr der Tierwohlgefährdung durch den Streik vor. Darin heißt es unmissverständlich: »Zu keinem Zeitpunkt gab es einen konkreten Hinweis darauf, dass das Tierwohl im Tierpark Hagenbeck durch den angekündigten Streik tatsächlich gefährdet wäre. Gegenüber der Presse wurde durch die zuständigen Behörden dementsprechend keine Sorge bezüglich einer möglichen Tierwohlgefährdung geäußert«. Das Bezirksamt Eimsbüttel habe zwar in der ersten Streikwoche Kontakt zum Tierpark aufgenommen – es lagen aber keine Hinweise auf eine Tierwohlgefährdung vor. Die wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion *Die Linke* in der *Hamburgischen Bürgerschaft* kritisierte als Reaktion auf die Antwort des Sentes: »Immer wieder aufs Neue sucht Geschäftsführer Albrecht die Öffentlichkeit, um die Gewerkschaft zu diskreditieren. Nun wissen wir: Die eigene tierärztliche Betreuung konnte keine Probleme erkennen – der selbstorganisierte Notdienst der Beschäftigten funktioniert also gut«. Die *Linken*-Abgeordnete Olga Fritzsche bilanzierte: »Herr Albrecht ist ein Meister darin, Wahrheiten zu verdrehen und in seiner grenzenlosen Selbstherrlichkeit die Öffentlichkeit in die Irre zu führen. Das Einzige, was Hagenbeck unter seiner Leitung nicht hinkriegt, ist ein korrekter Umgang mit den eigenen Mitarbeiter*innen, ist die sachliche Zusammenarbeit mit Arbeitnehmervertretungen und die Suche nach Auswegen aus der von Albrecht persönlich zu verantwortenden Hagenbeck-Dauerkrise.«

Streikbereitschaft und Solidarität – auch von Pinguinen

Zu Streikbeginn wurde am Abend jeden Streiktags entschieden, ob am nächsten Tag gestreikt wird oder gearbeitet – eine schlaue Taktik, um das Management maximal im Unklaren zu lassen. Ein Nachteil hierbei allerdings: Vorgesetzte können die Streikwilligen bei der Arbeit überwachen und unter Druck setzen, wie Pascal Lechner berichtet. Aus dem Tierpark heraus wurde auch schon versucht, die Streikposten vor dem Haupttor abzufilmen. Nichts wirklich Neues: »Indirekt wurde immer wieder versucht ein Klima der Angst zu schaffen«, erläutert Pascal Lechner im Gespräch: »Beispielsweise werden Beschäftigte, welche unbequeme Fragen stellen zu Vier-Augen-Gesprächen mit Dr. Albrecht geladen«. Mittlerweile wird deswegen jeden Tag gestreikt.
Die Geschäftsführung veranstaltet »Mitarbeiterversammlungen« mit Anwesenheitspflicht, in denen außer den Geschäftsführungsverlautbarungen keine Wortbeiträge gewünscht sind und Fragen nicht zugelassen werden. »Die letzten Monate haben gezeigt, wie verbohrt die Geschäftsführung agiert, wenn es um die Mitspracherechte der Kolleg*innen geht« betont denn auch Tanja Chawla, nachdem sie am ersten Streiktag die Streikposten vor dem Haupteingang des Tierparks besucht hat. Nicht nur vom DGB, auch von Betriebs- und Personalräten anderer städtischer Großzoos kommen viele Solidaritätsbekundungen – auch die Hamburger Regierungsparteien SPD und *Grüne* unterstützen die Forderung nach Verhandlungen, ebenso *Die Linke* Hamburg. Von einer Besucherin kam scherzhaft der Vorschlag, die Pinguine könnten doch eine Streikpostenkette bilden. Dazu wird es wohl leider nicht kommen, aber die Aufmerksamkeit in der Stadt ist den Streikenden am Anfang auch so sicher gewesen.

Einschüchterungen und Sanktionierungen – auch kritischer Zoobesucher*innen

Mittlerweile geht der Streik in die vierte Woche und die Geschäftsführung ist weiterhin zu keiner Verhandlung mit der Gewerkschaft bereit. Stattdessen berichten Beschäftigte weiterhin von Einschüchterung seitens der Geschäftsführung in Einzelgesprächen: »Wer in ein Mikro spricht, werde gleich zum Chef zitiert« heißt es in einem Betrag des NDR dazu. Kein Wunder, dass sich auch einige Gewerkschaftsmitglieder in so einem Klima nicht am Streik beteiligen.

In der dritten Streikwoche wurde bekannt, dass der Geschäftsführer Dr. Dirk Albrecht mittlerweile auch bei den Besucher*innen des Tierparks, welche den Streik unterstützen, mit Einschüchterung und Sanktionierungen reagiert: »Mehrere Besucherinnen und Besucher sagten dem NDR, dass ihnen ein Hausverbot erteilt wurde«, heißt es in einem Radiobeitrag: »Die Betroffenen vermuten, der Grund sei, dass sie kritische Fragen an die Geschäftsleitung gestellt hätten«. Der Geschäftsführer hat laut NDR einem Rentnerehepaar persönlich ihre noch gültigen Dauerkarten weggenommen: »Es hatte Albrecht zuvor auf den Streik der Tierpflegerinnen und Tierpfleger angesprochen«. Eine weitere Dauerkartenbesitzerin berichtete dem NDR ebenfalls, dass ihr Dirk Albrecht am Eingang die Jahreskarte abgenommen hätte. Zuvor habe sie kritische Fragen zum Umgang mit dem Streik gestellt. Der Tierpark nahm zu dem Vorfall trotz Nachfrage des NDR öffentlich nicht Stellung. Die Geschäftsführung agiert immer selbstherrlicher.

Die Gewerkschaft IG BAU besteht weiterhin auf der Forderung nach einem für alle Beschäftigten geltenden Rahmentarifvertrag und ist jederzeit zu Verhandlungen bereit. Gegenüber dem Autor erklärte Ann-Christin Rath aus der Abteilung Presse und Marketing auf die Anfrage, wie der Tierpark Hagenbeck zum Streik und den Forderungen der IG BAU steht: »Der Tierpark gibt hierzu keine Kommentierung ab«.

GASTON KIRSCHE
ist Elternvertreter und kennt Hagenbecks Tierpark
seit seiner Kindheit

GEW TERMINE – GESCHÄFTSSTELLE – OKTOBER/NOVEMBER 2023

Referat F / Gruppe Gewerkschaftliche Bildung	Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Wolfgang Szepansky, mailto: info@szepansky.de
Referat B Bildungspolitik, -finanzierung	In der Geschäftsstelle nachfragen
GEW Studies	In der Geschäftsstelle nachfragen
Junge GEW	30.10.2023, 18.00-21.00 Uhr, GBW 06.11.2023, 18.00-21.00 Uhr, GBW
FG Grundschule	30.10.2023, 17.00-18.00 Uhr, Raum A 27.11.2023, 17.00-18.00 Uhr, Raum A
AG Vorschule	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Stadtteilschulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Berufliche Schulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Gymnasien	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Kinder- und Jugendhilfe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Kita Netzwerk	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Sonderpädagogik	23.112.2023, 17.00-19.00 Uhr, GBW
FG Hochschule u. Forschung	23.10.2023, 18.00-20.00 Uhr, GBW
AfGG Gleichstellungs- u. Genderpolitik	21.11.2023, 17.30-19.30 Uhr, Raum C
Landesausschuss für Migration	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Bildung statt Kinderarbeit	In der Geschäftsstelle nachfragen
Ausschuss für Friedensbildung	16.11.2023, 19.00-21.00 Uhr, Raum C
Mittelamerikagruppe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Ruheständler*innen	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Schulleitungen	In der Geschäftsstelle nachfragen
Sportausschuss	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Kindheitspädagogik	In der Geschäftsstelle nachfragen
AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien	06.11.2023, 18.30-21.30 Uhr, Raum A christoph.janzen@ajum.de
Bildungsclub	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Queere Lehrer*innen	In der Geschäftsstelle nachfragen

Für aktuelle Termine bitte auf unsere website gehen, unter https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen.

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15,
20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77,
Homepage www.gew-hamburg.de

Redaktion:
Antje Géra (Redaktionsleitung), Sebastian Schreull
E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Teilnehmer*innen offene Redaktionssitzung zum Titelthema:
Eberhard Brandt, delo, Joachim Geffers, Antje Géra, Susanne Gondermann, Manni Heede, Liese Kühnel, Livia Popp, Sebastian Schreull, Wolfgang Svensson

Illustrationen Titel und Thementeil: Andrea von Redecker
Grafische Assistenz: Jason Tsiakas

Anschrift der Redaktion:
Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg.
E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sechs Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor*innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Redaktionsschluss hlz 11-12/2023: 03.11.2023

Hier könnte Ihre Anzeige stehen **0157-38371442**

ANZEIGE

Debeka

Deutliche Verbesserung bei Long-Covid-Patienten

Gesundheitsminister Lauterbach verspricht laut Medienberichten Hilfe bei Long-Covid – Spezielle medizinische Betreuung der Debeka zeigt erste Erfolge: weniger Arbeitsunfähigkeit, mehr Lebensqualität

Eine deutliche Verbesserung bei Long-Covid-Patienten unter ihren Versicherten erreichte die Debeka bereits durch eine spezielle medizinische Betreuung: Waren ein Viertel der Teilnehmer zu Beginn dieses Programms arbeitsunfähig, so waren es bei einer Befragung am Ende nur noch ein Zehntel. 80 Prozent fanden, dass sich ihre Beschwerden deutlich verbessert haben, 82 Prozent empfanden eine deutlich höhere Lebensqualität. Somit zeigt das seit Juli 2021 existierende Angebot des größten privaten Krankenversicherers in Deutschland für seine Krankenvollversicherten, die nach einer Corona-Infektion mit gesundheitlichen Einschränkungen zu kämpfen haben, konkrete Erfolge.

Erfolge in Zahlen
Klagten anfangs noch 32 Prozent der befragten Teilnehmer über extreme Erschöpfung (Fatigue), so waren es am Ende des Programms nur noch 11 Prozent. Der Anteil derjenigen, die mit ständiger Müdigkeit kämpften, sank von 82 auf 62 Prozent. Ein weiterer signifikant messbarer Erfolg ist die Verbesserung der sogenannten körperlichen Rollenfunktion um 47 Prozent während der Dauer des Programms. Das bedeutet, dass erheblich mehr Teilnehmer wieder ihrer täglichen Arbeit oder regelmäßigen Aktivitäten nachgehen konnten.

Für bessere Lebensqualität
Mehr als 1.100 Debeka-Versicherte haben seit Einführung des Versorgungsprogramms covidcare im Juli 2021 teilgenommen. Das Ziel: Long-Covid-Symptome lindern beziehungsweise verhindern, dass sie chronisch werden, sowie eine bessere Lebensqualität.

Die Ausgangslage
Die Situation bei Beginn: Die weiblichen Teilnehmer machten 60 Prozent aus und waren durchschnittlich 49 Jahre alt, die männlichen 56 Jahre. Ein Viertel war arbeitsunfähig, knapp die Hälfte war kurzatmig, 44 Prozent sportlich nicht belastbar. Die Symptome waren vielfältig, darunter ständige Müdigkeit, Geschmacksverlust und Kurzatmigkeit.

Wie funktioniert das Angebot?
Das Versorgungsprogramm besteht aus einem telefonischen Coaching, das individuell auf die Beschwerden, Sorgen und Erlebnisse der Betroffenen abgestimmt ist, und durch digitale Anwendungen ergänzt wird. So sollen Langzeitschäden verhindert oder abgemildert werden. Mithilfe verschiedener Tools – wie zum Beispiel Apps bei Konzentrationsstörungen, zum Entspannen oder zur Bewegung, Riechsets, um den Geruchs- und Geschmackssinn wieder zu trainieren, – sowie durch mentale Unterstützung lotsen Spezialisten die Teilnehmenden nach ihren individuellen Bedürfnissen in Richtung Besserung.

Blick in die Zukunft
„Die konkreten Erfolge bestärken uns, auch weiterhin unsere Mitglieder bei Beschwerden und Folgen einer Corona-Infektion zu unterstützen", sagt Vorstandsmitglied Annabritta Biederbick und kündigt an: „Das Programm covidcare wird daher stetig weiter ausgebaut und an die Bedürfnisse der Betroffenen angepasst."

Lösungsansatz bei Post Covid
Für ihre Krankenvollversicherten, die auch noch drei Monate nach einer Corona-Infektion mit gesundheitlichen Beschwerden kämpfen (Post-Covid), bietet die Debeka bereits seit vorigem Jahr zusammen mit der Charité – Universitätsmedizin Berlin ein weiteres Versorgungsprogramm (RESTART) an. Dabei handelt es sich um eine strukturierte Erfassung der Post-Covid-Beschwerden anhand eines Online-Fragebogens sowie die anschließende medizinische Auswertung und Einschätzung durch das Diagnostik-Zentrum der Charité – Universitätsmedizin Berlin. Sind weitere Behandlungen nötig, können sie durch den Haus- oder einen Facharzt am Heimatort oder auch in den jeweiligen Hochschulambulanzen der Charité in Berlin in Anspruch genommen werden.

Weitere Informationen zum Programm: www.debeka.de/covidcare

HAMBURGER LEHRER–FEUERKASSE

VERSICHERUNGSVEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT / GEGRÜNDET 1897

Für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige

Die **preisgünstige Hausratversicherung in der Metropolregion Hamburg** für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige. Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme (inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

2017 bis 2023 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.

Ihr **Hausrat** ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert. Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen: Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen, Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €. Fahrräder bis 4.000 € (8.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme. Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:
040 333 505 14 (Tobias Mittag)
040 796 128 25 (Georg Plicht)
040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)
www.h-l-f.de (mit Beitragsrechner) / **info@h-l-f.de**

GEW, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt